

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

November 1987

18. Jg., 10

3,- DM

MOSAMBIK
SÜDAFRIKA
PALÄSTINA
PHILIPPINEN
FRIEDEN &
ENTWICKLUNG



MITTELAMERIKA
WER STÖRT DEN
FRIEDENSPROZESS?

Inhalt

BRD-Chile	
Interview mit Beatriz Brinkmann: Die Solidarität hat mir Kraft gegeben	3
Erklärung der Initiative „Freiheit für Beatriz Brinkmann“	4
Mittelamerika	
Wer hintertriebt das Friedensabkommen von Guatemala?	5
„La Prensa“ erscheint wieder	6
Tomas Borge: Ich bin nicht pessimistisch	9
Mexiko	
Streik durchkreuzte VW-Pläne	11
Südafrika	
Interview mit der südafrikanischen Rechtsanwältin Priscilla Jana: Mit neuer Entschlossenheit gegen die Apartheidsjustiz	12
Konferenz von Harare über die Infektierung und Folterung von Kindern	13
Mosambik	
Situationsbericht von François Misser: Apokalypse Mosambik	16
Contra-Pakt gegen Mosambik/Simbabwe	18
Palästina	
Interview mit dem PLO-Vorsitzenden Yasser Arafat: Es gibt einen Konsens für eine internationale Nahostkonferenz	20
Diskussionsforum Palästina/Nahost	22
Philippinen	
Aquino beugt sich dem Militär	24
Korea	
Reportagen von Rainer Werning aus Südkorea: Unter Adlern	26
Adler läßt Federn	28
Neukaledonien	
Das Scheinreferendum	30
Interview mit FLNKS-Führer Jean-Marie Tjibaou: Wir wollen nur die Unabhängigkeit	31
Weltwirtschaft	
IMF/Weltbank-Tagung: Die Krise wird vermarktet	31
Frieden	
New Yorker UNO-Konferenz für Abrüstung und Entwicklung: Das Prinzip „Abrüstung für Entwicklung“ im Werden	33
Energie	
Das weltweite Energieproblem (II)	37
Braucht die Dritte Welt AKWs?	37
Gewerkschaften	
Erstes Treffen gewerkschaftlicher Solidaritätsgruppen	41
Geschichte	
Che Guevara - nichts als ein Mythos?	42
Rezensionen	
Frauen in Befreiungsprozessen	45
Kultur	
Interview mit dem nicaraguanischen Karikaturisten Róger Sanchez: Der Humor ist nur ein Mittel	46
Lesermeinungen	
BRD-Infodienst	
Mittelamerika-Bundestreffen, ai zum Asylrecht, U-Boot-Affäre, Buchtip-Latinamerika, Energiekongress in Südamerika	48
Kurzinformationen	
USA-Geheimdienste, Fidschi, Sri Lanka, Persischer Golf, Ägypten, Angola, Südafrika, Surinam, Argentinien	50



Mittelamerika

S.5

Am 7. November d.J. läuft die Frist für die Erfüllung des Mittelamerika-Friedensabkommens ab, das im August in Guatemala unterzeichnet wurde. Wir berichten über die seitherigen Maßnahmen Nicaraguas, die Resonanz in El Salvador und die Hinhaltetaktik der restlichen Vertragspartner. Wir beleuchten das Gegentaktieren Washingtons und wägen die Folgen des Gelings oder Scheiterns des Friedensprozesses ab.



Philippinen

S.24

Auf den Philippinen will die Serie der Putschversuche gegen die Regierung Aquino nicht abreissen. Die Präsidentin ist dabei, Stück für Stück an Macht gegenüber den Militärs zu verlieren. Um Exverteidigungsminister Enrile und Vizepräsident Laurel sammelt sich bereits eine ultrarechte „Schattenregierung“. Ist Corazon Aquino noch zu retten?



Abrüstung und Entwicklung

S.33

Zwischen Abrüstung und Entwicklung, so argumentierte die Reagan-Administration, sei absolut kein Zusammenhang zu entdecken. Deshalb blieb sie auch der ersten, von der UNO in New York ausgerichteten Konferenz, die sich diesem Thema widmete, fern.

Die Konferenzteilnehmer, gerade jene aus der Dritten Welt, sahen das ganz anders. Warum, zeigt unsere Bilanz dieser dreiwöchigen Weltpremiere.

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 06421/24672

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulf

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, A. Ebtehaj, Marianne Kolter, Andreas Krajczeck, Ulrich Rupp, Petra Sittig.

ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, U. Kampmann, Ivesa Lübben-Pistofidis, Plaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Riberia, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: H. Bömer, F. Bräsel, R. Brückner, H. Czapek, H. Denk, M. Fey, P. Imbusch, C. Pauli, G. Schmidt-Böllmann, G. Schucher, H. Thompsen.

Redaktionsschluss: 9. Oktober 1987.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Anzeigen: Hansa-Tourist, Pahl-Rugenstein, antimalitärismus-information.

Titel: Foto Cordelia Dilg, Gestaltung Udo Tremmel

Fotonachweis: R. Brückner, C. Sodemann, Informationsstelle Korea, Prensa Latina, South, AIM, AIB-Archiv

Chile – BRD

Am 23. September d.J. öffneten sich für Beatriz Brinkmann nach mehr als einjähriger Haft die Gefängnistore in Valdivia. Die chilenische Lehrerin, die von 1968-85 in Marburg lebte, mußte jedoch ihre Heimat verlassen und traf am 26. September in der Bundesrepublik ein. Mitte Oktober führte Nico Biver mit ihr dieses AIB-Gespräch.

Interview mit Beatriz Brinkmann

Die Solidarität hat mir Kraft gegeben



te sie Auswirkungen auf die Haftbedingungen?

B. BRINKMANN: Sie hat ganz sicher Auswirkungen auf die Haftbedingungen gehabt, denn diese haben sich mit der Zeit immer weiter verbessert.

B. BRINKMANN:

Ich glaube,

dass es da-

für mehrere Gründe gibt.

Der Hauptgrund ist bestimmt die anhal-

tende Solidarität, die Tatsache, daß im-

mer wieder meine Freilassung gefordert

wurde. Wahrscheinlich hatte die Diktatur damit gerechnet, daß sie vielleicht

zwei, drei Monate andauern und dann

wieder abflauen würde.

Aber genau das Gegenteil war der Fall.

Die Forderung nach meiner Freilassung

wurde von immer neuen Kreisen vorge-

tragen.

Andererseits hatte sich erwiesen, daß die

Anschuldigungen, die gegen mich vorge-

tragen wurden, unhaltbar waren.

Es hatten dann auch Gespräche statt-

gefunden von Vertretern der Bundes-

regierung und der Botschaft in Santiago

mit Vertretern des Regimes. Außerdem

standen Kreditvergaben an, was bei den

Gesprächen wahrscheinlich eine Rolle

gespielt hat. Im Augenblick findet die

UN-Vollversammlung statt, wo Chile

sicher eine neue Verurteilung wegen

Menschenrechtsverletzungen verhindern

will. Von daher versuchte die Diktatur

vielleicht noch ihr Image zu verbessern,

indem sie mich frei ließ.

All diese Gründe kamen zusammen, so

daß mir genau ein Jahr nach meiner Ver-

haftung mitgeteilt wurde, daß ich gegen

Kaution freikommen würde. Gleichzei-

tig sollte ich aber in die Bundesrepublik

ausreisen, allerdings ohne, daß mir eine

Rückkehr unmöglich gemacht wird.

Das war für mich eine der Hauptbedin-

gungen. Außerdem läuft der Prozeß ge-

gen mich weiter, und auch das ist für

mir sehr wichtig. Mir liegt daran, daß

die Anschuldigungen, die gegen mich er-

hoben wurden, entkräftet werden.

AIB: Wie hast Du die Solidarität aus der

Bundesrepublik konkret erfahren? Hat-



sie alles täten, um meine Freilassung zu erreichen. Ich konnte damals nicht beurteilen und ich kann es heute auch noch nicht, ob tatsächlich alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden, um meine Freilassung so bald wie möglich zu erreichen. Ich weiß, daß Außenminister Genscher persönlich mit dem chilenischen Außenminister gesprochen hat, zuerst mit Delvalle und später mit Garcia. Das waren sicher sehr wichtige Faktoren für meine Freilassung.

Blüms Engagement war positiv

AIB: Bundesarbeitsminister Blüm hat sich sehr aktiv für die Aufnahme der von der Todesstrafe bedrohten chilenischen Widerstandskämpfer in der Bundesrepublik und auch für Deine Freilassung eingesetzt. Hier hatte man oft den Eindruck, daß für ihn Chile nur ein Mittel war, um eine Kursänderung in der CDU durchzusetzen. Wie bewertest Du sein Engagement?

B. BRINKMANN: Es kommt auf die Perspektive an, aus der man es betrachtet. Wenn ich es als Chilenen betrachte und die Wirkung beurteile, die sein Besuch auf Kreise der Opposition hatte, so muß ich sagen, daß es positiv war.

Ich habe mich nach seinem Besuch mit vielen darüber unterhalten, mit Kollegen, chilenischen Freunden, die mich be-

sucht haben. Alle waren der Meinung, daß es gut war, daß er so offen gesprochen hat.

Kreise der Opposition fühlten sich durch diese offene Kritik an den Menschenrechtsverletzungen moralisch gestärkt. Ich kann natürlich nicht ausschließen, daß er dabei auch an Wählerstimmen in der Bundesrepublik gedacht hat.

Es ist aber schade, daß besonders der Besuch von Norbert Blüm so hervorgehoben wird, weil er vielleicht spektakulärer war. Es haben sich auch andere eingesetzt, z.B. Freimut Duve, Bundestagsabgeordneter der SPD. Er besuchte mich bereits im Oktober 1986, also einen Monat nach meiner Verhaftung. Er ist jemand, der sich kontinuierlich um Chile bemüht hat, der versucht hat, dort die Opposition zu unterstützen.

AIB: Der Prozeß gegen Dich in Chile wird stattfinden. Was wirst Du tun, wenn Du freigesprochen wirst bzw. wenn ein Schulterspruch dich zwingt hierzubleiben?

B. BRINKMANN: Ich glaube nicht, daß ein Schulterspruch konkret beinhaltet könnte, daß ich nicht mehr in Chile einreisen darf. Es könnte sein, daß es bei dem Strafantrag des Staatsanwaltes bleibt, also drei Jahre und ein Tag.

Das würde bedeuten, daß die Strafe nicht auf Bewährung ausgesetzt wird, sondern daß man einen Großteil der Strafe wirklich im Gefängnis absitzen muß. In dem

Fall hat es natürlich wenig Sinn, nach Chile zurückzukehren.

Wenn es weniger als drei Jahre und ein Tag sind, dann kann die Strafe zur Bewährung ausgesetzt werden. Dann müßte ich sehen, ob es günstig wäre, nach Chile zurückzukehren.

Wenn ich freigesprochen werde, will ich auf jeden Fall versuchen zurückzukehren. Es ist natürlich nicht gesagt, daß ich keine Schwierigkeiten haben werde, wieder einzureisen. Aber Vertreter der Botschaft in Santiago haben mir versprochen, mir dabei behilflich zu sein. Darauf werde ich dann zurückkommen.

AIB: Trotz eines Beschlusses des Bundestags vom 8. Oktober d.J., die Bundesregierung solle alles unternehmen, um die 15 chilenischen Widerstandskämpfer vor der Todesstrafe zu bewahren, weigert sich Innenminister Zimmermann noch immer, sie in der Bundesrepublik aufzunehmen. Welche konkreten Vorschläge hast Du, was hier getan werden kann, um sie zu retten und um auch die anderen politischen Gefangenen zu unterstützen und sie freizubekommen?

B. BRINKMANN: Ich denke daß es wichtig ist, weiterhin von der Bundesregierung zu fordern, daß den von der Todesstrafe Bedrohten, sofort politisches Asyl gewährt wird. Das ist im Antrag der Koalitionsparteien, der im Bundestag angenommen wurde, nicht enthalten.

Konkret kann man ihnen jedoch nur durch die sofortige Gewährung von politischem Asyl helfen. Alles andere kann sie nicht vor einer möglichen Todesstrafe bewahren oder verhindern, daß sie plötzlich im Gefängnis umgebracht werden, wie es schon mehrmals passiert ist.

Patenschaften für Gefangene

In bezug auf die anderen politischen Gefangenen habe ich mir als Aufgabe gestellt zu versuchen, daß alle in irgendeiner Form Solidarität erhalten. Ich habe aus eigener Erfahrung gemerkt, wie wichtig es ist, daß man einen Brief, daß man eine Solidaritätskarte erhält. Deshalb möchte ich versuchen, daß über Solidaritätskomitees, über Gewerkschaftsorganisationen Patenschaften für bestimmte Gefangene übernommen werden. Das bedeutet konkret, Kontakt zu ihnen aufzunehmen, zu schreiben, damit der Gefangene erfährt, es gibt jemand in der Bundesrepublik, der von mir weiß, der an meinem Schicksal interessiert ist.

Da es nicht in allen Gefängnissen so ist, daß die Post, die ankommt, auch ausgehändigt wird, werde ich nach Wegen suchen, wie man gewährleisten kann, daß die Post auch wirklich ankommt, z.B. über den Verband der Angehörigen der politischen Gefangenen.

Initiative „Freiheit für Beatriz Brinkmann“, Ulrike Alms-Hartwig, Goldbergstr. 17, 3550 Marburg, Tel. 06421/ 42403. Spendenkonto: Ulrike Alms-Hartwig, Nr. 40068141, Stadtsparkasse Marburg, Kennwort: Beatriz Brinkmann.

Erklärung der Initiative „Freiheit für Beatriz Brinkmann“

Es war ein bewegender Augenblick, als wir Beatriz Brinkmann am Samstag, dem 26.9.1987, auf dem Flughafen in Frankfurt empfangen konnten. Wir möchten Ihnen allen, die Sie sich mit Spenden, Unterschriften, Schreiben, Informationsveranstaltungen, Einflußnahme über Politiker, Kirchen, Gewerkschaften, amnesty international und mit vielen anderen Aktivitäten für ihre Freilassung eingesetzt haben, sehr herzlich danken.

Die Initiative „Freiheit für Beatriz Brinkmann“ wird sich nach dem 10.10.1987 auflösen; ihre Mitglieder werden in anderen Formen für die Menschenrechte und Demokratie in Chile weiterarbeiten. Wir möchten allen, denen weiter auch an der Chile-Solidarität gelegen ist, vorschlagen, Patenschaften für politische Gefangene zu übernehmen. Namen, Anschriften u.a. können über uns angefragt werden.

Wir stellen uns vor, daß eine Gruppe Verbindung zu den Gefangenen und ihren Angehörigen in einer Stadt aufnehmen und durch die solidarische Unterstützung die Kraft vermitteln könnte, die von Beatriz Brinkmann immer als so wichtig dargestellt worden ist.

Über die regionale Presse könnten die Fälle bekannt gemacht werden, so daß sich vom Ort her Hilfe entwickeln ließe (Schreiben, Geld u.a.). Mitglieder unserer Initiative in

Kreise der Opposition fühlten sich durch diese offene Kritik an den Menschenrechtsverletzungen moralisch gestärkt. Ich kann natürlich nicht ausschließen, daß er dabei auch an Wählerstimmen in der Bundesrepublik gedacht hat.

Es ist aber schade, daß besonders der Besuch von Norbert Blüm so hervorgehoben wird, weil er vielleicht spektakulärer war. Es haben sich auch andere eingesetzt, z.B. Freimut Duve, Bundestagsabgeordneter der SPD. Er besuchte mich bereits im Oktober 1986, also einen Monat nach meiner Verhaftung. Er ist jemand, der sich kontinuierlich um Chile bemüht hat, der versucht hat, dort die Opposition zu unterstützen.

AIB: Der Prozeß gegen Dich in Chile wird stattfinden. Was wirst Du tun, wenn Du freigesprochen wirst bzw. wenn ein Schulterspruch dich zwingt hierzubleiben?

B. BRINKMANN: Ich glaube nicht, daß ein Schulterspruch konkret beinhaltet könnte, daß ich nicht mehr in Chile einreisen darf. Es könnte sein, daß es bei dem Strafantrag des Staatsanwaltes bleibt, also drei Jahre und ein Tag.

Das würde bedeuten, daß die Strafe nicht auf Bewährung ausgesetzt wird, sondern daß man einen Großteil der Strafe wirklich im Gefängnis absitzen muß. In dem

Mittelamerika

Nico Biver

Wer hintertriebt das Friedensabkommen?



Nicaragua's President Ortega defends the Central American Accord at the UN General Assembly

Neun Wochen nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Esquipulas (Guatemala) am 7. August d.J. durch die Staatschefs der mittelamerikanischen Staaten Nicaragua, Honduras, El Salvador, Guatemala und Costa Rica (siehe AIB 8/1987) bleibt weiterhin ungewiß, ob die Konflikte beigelegt werden können. Bis zum 7. November d.J. sollen alle Länder die Bestimmungen des Abkommens erfüllt haben.

Konkret kann man ihnen jedoch nur durch die sofortige Gewährung von politischem Asyl helfen. Alles andere kann sie nicht vor einer möglichen Todesstrafe bewahren oder verhindern, daß sie plötzlich im Gefängnis umgebracht werden, wie es schon mehrmals passiert ist.

Einmütige Unterstützung

Betrachtet man sich die Anzahl der Befürworter des Abkommens, dürfte es eigentlich keine Probleme bei seiner Umsetzung geben.

Dazu gehören die Contadora-Staaten (Mexiko, Venezuela, Panama, Kolumbien), ihre Unterstützergruppe (Argentinien, Brasilien, Peru, Uruguay) und die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS).

Die UN-Vollversammlung begrüßte das Abkommen Anfang Oktober d.J. einmütig. Und selbst US-Präsident Ronald Reagan erklärte vor der OAS am 7. Oktober, das Abkommen enthalte „eine An-

zahl von Elementen, die zu einem dauerhaften Frieden und einer stabilen Demokratie in der Region“ führen könnten.

Im Weißen Haus und in den meisten Massenmedien wird der Eindruck erweckt, als liege der Schlüssel für das Gelingen des Abkommens in Nicaragua. Das Verhalten der anderen Vertragspartner spielt so gut wie keine Rolle.

Da wird beklagt, daß im August zwei

Führer der nicaraguanischen Opposition, die an einer nicht genehmigten Demonstration teilgenommen hatten, verhaftet wurden, und die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustands verlangt. In El Salvador hingegen scheint die Beschließung von Gewerkschaftsdemonstrationen, die Ermordung von Oppositionellen und die Beibehaltung des Ausnahmezustands zum guten Ton der Demokratie zu gehören.

Als Maßstab für die Erfüllung des Friedensplans in Nicaragua gelten in Washington nicht so sehr die Buchstaben des Abkommens, sondern weiterreichende Forderungen, die an die Sandinisten gestellt werden. Dazu gehören Verhandlungen mit den Contras und vorgezogene Wahlen. Mit diesem Blickwinkel ist es nicht verwunderlich, daß Ronald Reagan zu diesem Thema: „Es wird nichts nützen, wenn wir mit ihnen verhandeln.“ Die Contras seien nicht das Problem, „denn die US-Regierung wird ihre aggressive Politik beibehalten, und wenn es keine Söldner gibt, wird sie ihre Truppen benutzen“.

Die Regierung führt jedoch seit dem 5. Oktober Verhandlungen mit der „nicht-

Abkommen vorgesehene Versöhnungskommission einsetzte. Diese soll die Amnestie, den Waffenstillstand und den Demokratisierungsprozeß überwachen. Daß die Kommission dennoch erst am 1. September, also nach der im Abkommen vorgesehenen Frist zustandekam, lag nicht an der Regierung, sondern an den Streitereien der Oppositionsparteien über ihre Kandidaten für die Kommission.

Ihr gehören Vizepräsident Sergio Ramírez als Regierungsvorsteher, Mauricio Diaz von der Christlichen Sozialen Volkspartei (PPSC) als Vertreter der Oppositionsparteien und Gustavo Parajon vom Evangelischen Entwicklungskomitee als unabhängige Persönlichkeit an. Den Vorsitz führt der Kirchenvertreter, Leitfigur der rechten Opposition, Kardinal Obando y Bravo.

Nicaragua vorbildlich

Zusätzlich wurden über 200 regionale Friedenskommissionen eingerichtet, die sich aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen und politischen Gruppen zusammensetzen und der Nationalen Versöhnungskommission unterstehen. Sie bemühen sich darum, die Amnestie für die Contras, die ebenfalls im Abkommen vorgesehen ist, in die Tat umzusetzen. Sie führen u.a. Gespräche mit regionalen Führern der Contras, um sie zu einer Annahme der Amnestie zu bewegen.

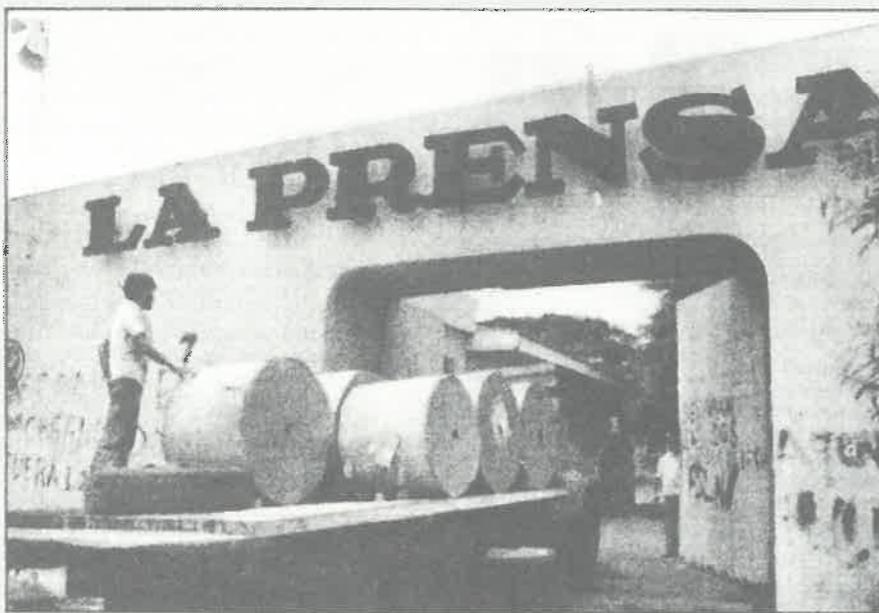
Ob die im Abkommen vorgesehene Amnestie auch für Gefangene gelten soll, ist nicht näher festgelegt. Dennoch hat Präsident Daniel Ortega Ende September angekündigt, daß inhaftierte Contras freikommen werden. Er schloß jedoch eine Amnestie für jene Contras aus, die abscheuliche Verbrechen begangen haben, und für die ehemaligen Mitglieder der Nationalgarde Somoza. Dies war am 17. September von der Bischofskonferenz ebenso gefordert worden wie Verhandlungen mit der Contra.

Obwohl im Abkommen nicht vorgesehen, ist dies auch eine Hauptforderung der US-Regierung.

Der Staatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten, Elliot Abrams, warf gar den Sandinisten vor, den Vertrag nicht zu erfüllen, da sie nicht mit den Contras verhandeln würden. Vor der UN-Vollversammlung erklärte Daniel Ortega zu diesem Thema: „Es wird nichts nützen, wenn wir mit ihnen verhandeln.“ Die Contras seien nicht das Problem, „denn die US-Regierung wird ihre aggressive Politik beibehalten, und wenn es keine Söldner gibt, wird sie ihre Truppen benutzen“.

Die Regierung führt jedoch seit dem 5. Oktober Verhandlungen mit der „nicht-

Regine Meyer „La Prensa“ erscheint wieder



Papierlieferung für das Neuerscheinen von „La Prensa“

Da ist sie wieder, „La Prensa“, reaktionär wie eh und je: Nach über 15 Monaten Verbot wegen ihrer offenen Unterstützung für Reagans Forderung nach 100 Mio \$ für die Contra, konnte sie am 1. Oktober d.J. im Rahmen des nationalen Versöhnungsprozesses nach dem Abkommen von Guatemala ohne Zensur und mit einer Rekordauflage von 200.000 wieder erscheinen.

Daß die erste Ausgabe wegging wie warme Semmeln, dürfte wohl eher mit dem Neutreiteffekt als mit dem Nachrichtenwert zu tun haben. Denn „La Prensa“ ist ebenso langweilig und provinziell wie die Bourgeoisie dieses Landes, die im Windschatten des „Kolosses im Norden“ nie ihre historische Mission entfalten konnte.

„Die Stimme unseres Hirten“...

Doña Violeta Barrios, Witwe des 1978 von der somozistischen Nationalgarde ermordeten Herausgebers Pedro Joaquín Chamorro und bis April 1980 Mitglied der damaligen Regierungsjunta, vergißt nicht in ihrem Leitartikel zu erwähnen, daß der Außenminister Miguel d’Escoto sie beim Besuch zwecks Ankündigung der Wiedereröffnung der Zeitung um eine Tablette gegen Sodbrennen bat. Da ist auch wieder „Die Stimme unseres Hirten“, des Kardinal Obando y Bravo, auf der Kommentarseite, der die Geschmacklosigkeit besitzt, in einem weiteren Artikel die Totalamnestie zu fordern, d.h. also auch die Freilassung der Mörder Chamorros.

Neben reichlich Selbstbeweihraucherung dürfen natürlich die antikommunistischen Horrorstories nicht fehlen: Surinam: „Alles geht bergab, seit der Marxismus an die Macht kam“, nur daß am folgenden Tag dann ein positiver Artikel über die Verabschiedung des surinamesischen Verfassungsentwurfs erscheint, der im o.g. Artikel noch als totalitar qualifiziert wird.

Der unvermeidliche Anti-Castro-Artikel über den angeblichen großspurigen, verschwendischen Lebenswandel Fidels ist direkt

ungen aller jener Gesetze notwendig ist, die das Eigentumsrecht einschränken.“ Die Absicht ist klar: Freilassung sämtlicher abgeurteilter Somozisten und Konterrevolutionäre, Reprivatisierung des Volkseigentums, Rückgangigmachung der Landreform und damit Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse. Aber die diesbezüglichen Hoffnungen der Bourgeoisie entbehren jeglicher Grundlage: Die sandinistische Regierung hat den Friedensplan nicht aus einer Position der Schwäche heraus unterschrieben. Ganz im Gegenteil, in den beiden Kernfragen des Wer – Wen, der Amnestie- und der Eigentumsfrage, sind die Positionen klar: keine Generalamnestie und keine Rückgabe der konfiszierten und verteilten Produktionsmittel.

Das alte Denken nicht verbieten

Dann hat die Regierung die eindeutige Unterstützung der breiten Mehrheit der Bevölkerung, wie zahlreiche Versammlungen und Kundgebungen der letzten Tage und Wochen zeigen.

So konnte Daniel Ortega einen Tag vor Erscheinung von „La Prensa“ und zwei Tage, bevor „Radio Católica“ wieder auf Sendung ging, in einer nationalen Konferenz der Vertreter der technischen und akademischen Berufe eindeutig aus einer Position der politischen und moralischen Stärke heraus sagen: „Es existiert kein Prinzip des nicaraguanischen revolutionären Prozesses, die privaten Medien zu liquidieren... Unabhängig vom Willen der Revolution gibt es eine Realität in diesem Land, und die besteht darin, daß das alte Denken, sogar das somozistische, nicht verschwunden ist... Dieses Denken ist da, unabhängig davon, ob Medien existieren, die es widerspiegeln oder nicht. Und es wird nicht per Dekret verschwinden, sondern es muß bekämpft werden mit dem erworbenen Recht, das revolutionäre Denken zum Ausdruck zu bringen.“

Diese ideologische Auseinandersetzung ist in

Kardinal Obando y Bravo, Vorsitzender der Nationalen Versöhnungskommission



vollem Gange: In Diskussionen der Regierung, der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), der Massenorganisationen, der Friedenskommissionen mit allen Gruppen der Bevölkerung. Eine hervorragende Rolle dabei spielt die FSLN-Zeitung „Barricada“, die täglich erläutert, kommentiert, diskutiert und informiert, so z.B. in den letzten Tagen mit Reportagen aus den nationalisierten Betrieben über Diskussionen mit den Belegschaften.

So kann es auch nur als Stärke interpretiert werden, wenn Daniel Ortega in der schon erwähnten Konferenz eine einseitige Feuerpause in drei genau definierten Zonen von insgesamt 1.450 qkm vom 7. Oktober - 7. November 1987 bekanntgab. Das Heer wird sich zurückziehen, während die dort ansässige Bevölkerung ihre Selbstverteidigung beibehält.

Im Angriffsfall rückt das Heer sofort wieder ein, während im Bewährungsfall die Feuerpause verlängert und auf Antrag der örtlichen Friedenskommissionen auch auf andere Zonen ausgedehnt werden kann. Sowohl die Amnestie als auch die Feuerpause sind keine Neuerfindungen von Esquipulas II.

Sie haben ihre Vorgeschichte in der Amnestie seit Januar 1985 und dem Waffenstillstand, der vor genau zwei Jahren zwischen Sandinisten und einem Teil der Miskito-Contra geschlossen wurde. Beide haben sich bewahrt, weil die Bedingungen reif sind. Und die wichtigste Bedingung ist die strategische Niederlage der Contra.

Flexibel auf der politischen Ebene

„Das Wesentliche ist, das Leben zu schützen“, sagt Daniel Ortega den Kritikern, die besorgt sind, daß zu große Zugeständnisse gemacht werden. „Wir haben eine kleine Bevölkerung von 3.3 Mio Einwohnern... Die Situation bei der Rekrutierung ist ernst, und es ist die Jugend, die dezimiert wird... Wir wünschten, daß der Chef einer Contra-Einheit mit 500 Mann auftauchte und sagte: Gut, ich akzeptiere den Waffenstillstand. Es ist es wert, diesem Verbrecher Sicherheit und Amnestie zu gewähren, damit wir vermeiden, daß er weiterhin Bauern und unsere Jugend umbringt, die in eine Schule gehen oder arbeiten sollte.“

„Wir müssen die Amnestie unter übergreifenden politischen Gesichtspunkten verstehen, unter dem Gesichtspunkt, diesen Krieg zu beenden, der das Volk ausblutet... Deshalb ist es notwendig, auf der politischen Ebene flexibel mit diesen Leuten zu sein, auch wenn wir ihnen auf der emotionalen Ebene niemals vergeben können.“

Es wäre vollkommen verfehlt, die politische Klugheit und die Menschlichkeit, die aus dieser Haltung sprechen, mit Schwäche zu verwechseln. Wo die Contra die ihr gegebene Chance nicht wahrnimmt, wird sie weiterhin effektiv und ohne Pardon bekämpft. Aber täglich begreifen mehr Contras, daß sie nur eine Wahl haben, die Waffen niederzulegen oder früher oder später zu sterben.

Auch wenn „La Prensa“ das Gegenteil behauptet, haben in den letzten Wochen immer mehr Contras die Waffen niedergelegt, allein am 3. Oktober d.J. in Puerto Cabezas ein komplettes Kommando mit 400 Mann und bei der letzten Familienbegegnung im nicaraguanisch-honduranischen Grenzort Las Manos am 26. September sind 500 Contras und Flüchtlinge zurückgekehrt.



Von der Regierung verlegnet: Contra-Lager in Honduras

bewaffneten Opposition“, wie es das Abkommen vorsieht. Am ersten Treffen nahmen 11 Oppositionsparteien teil. Vertreter der Demokratischen Koordination, einem Zusammenschluß rechter Parteien und Organisationen wollen, jedoch weitere Sitzungen boykottieren, da sie sich unterrepräsentiert fühlen. Zu weiteren Maßnahmen der sandinistischen Regierung gehören die Wiederzulassung der rechten Tageszeitung „La Prensa“ und des Kirchensenders „Radio Católica“ (siehe Kasten). Die Vorzensur wurde aufgehoben, ein neues Pressegesetz wird ausgearbeitet. Dennoch meinte eine Sprecherin des US-Außenministeriums, dies seien noch keine Beweise für Pressefreiheit.

Schließlich bemüht sich die Regierung, nicht nur über die Friedenskommissionen den im Abkommen vorgesehenen Waffenstillstand zu erreichen. Bereits am 22. September d.J. kündigte sie eine einseitige Teilwaffenruhe für drei begrenzte Gebiete an. Wenn die Contras positiv darauf reagieren, sollen diese Gebiete weiter ausgedehnt werden.

Ob Nicaragua alle im Abkommen vorgesehenen Maßnahmen, darunter auch die vollständige Aufhebung des Notstands durchführen wird, hängt nicht zuletzt auch von der Vertragstreue der Nachbarstaaten ab.

Die geringsten Probleme dürften in diesem Zusammenhang von Costa Rica ausgehen. Hier findet kein bewaffneter Konflikt statt, und deshalb sind einige der im Abkommen vorgesehenen Maßnahmen überflüssig. Staatspräsident Oscar Arias hat angekündigt, daß bis zum 7. November d.J. die im Land verbliebenen Contras das Land verlassen müßten.

Anders sieht die Lage in Honduras aus. Die Regierung leugnet rundweg die Anwesenheit der Contras und unternimmt nichts, um sie des Landes zu verweisen. Da diese Frage für Nicaragua entscheidend ist, könnte hier ein Grund für das Scheitern des Abkommens liegen, sofern sich die Haltung der honduranischen Regierung nicht ändert.

Nach deren Ansicht handelt es sich bei

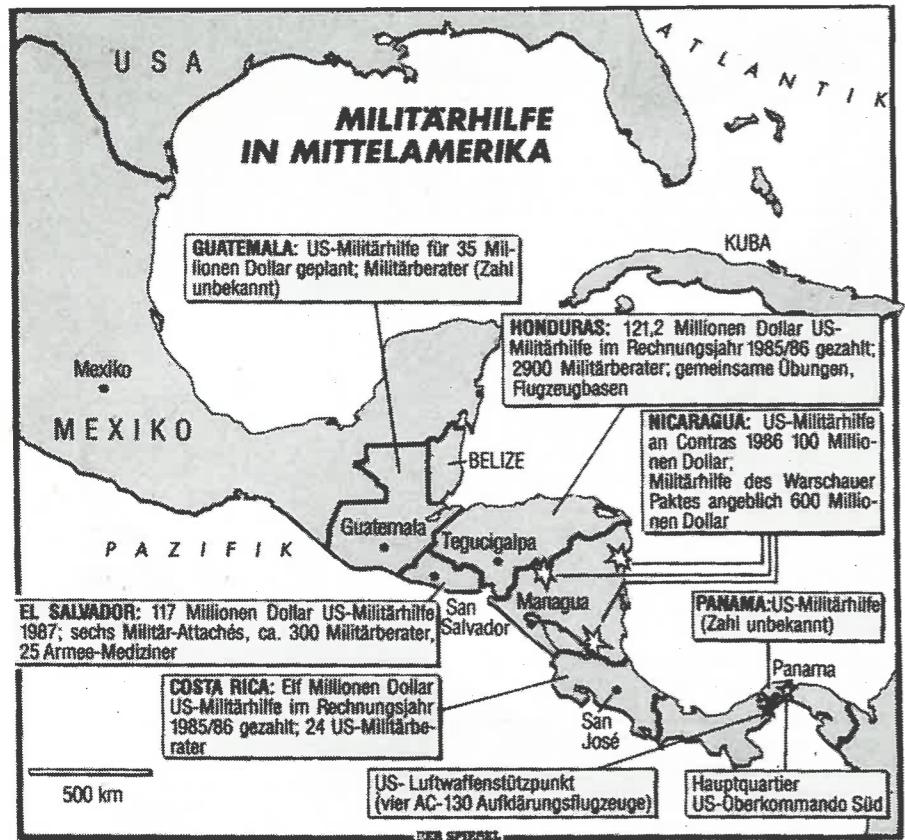
dem Abkommen lediglich um einen unverbindlichen Vorschlag. Sie sah deshalb auch keinen Anlaß, eine Nationale Versöhnungskommission einzurichten. Präsident José Ascona erklärte, sie wäre nicht nötig, weil es keine aufständischen Kräfte gebe und legale Gruppen genügend Freiraum hätten. Tatsächlich ist die linke Opposition jedoch in den Untergrund gezwungen und führt sporadisch bewaffnete Aktionen durch. Über 100 Oppositionelle sind spurlos verschwunden.

Druck von den kleineren Oppositionsparteien, von Menschenrechtsgruppen, vom Unternehmerverband, der Bischofskonferenz und Gewerkschaften zwang die Regierung schließlich Anfang Oktober doch, eine Versöhnungskommission einzurichten. Ob sie jedoch eine Beendigung der Menschenrechtsverletzungen, die Legalisierung der Linksparteien und die Rückkehr der Exilierten herbeiführen kann, bleibt zweifelhaft, solange die USA und die Armee im Land das Sagen haben.

Auf Washingtons Drängen dürfte auch die Boykothaltung bei Treffen von Präsentanten der mittelamerikanischen Staaten zurückzuführen sein, die der Umsetzung des Abkommens dienen sollen. Entweder erschienen die honduranischen Minister nicht, oder wenn doch, nahmen sie nicht an den Treffen teil. Ein ähnliches Verhalten kann Guatemala, das sich aktiv für ein Friedensabkommen eingesetzt hat, nicht nachge-

Friedens-Nobelpreisträger O. Arias (r.) konnte R. Reagan nicht von der Einstellung der Contra-Hilfe überzeugen





sagt werden. Aber was die innere Demokratisierung angeht, ist die Regierung ähnlich stark von den Wünschen der Armee abhängig. Dennoch konnten die drei in der Guatamaltekenischen Nationalen Revolutionären Einheit (URNG) zusammengeschlossenen Guerillaorganisationen einen Achtungserfolg verbuchen. Erstmals seit Beginn der Aufstandsbewegung vor fast 30 Jahren erklärte sich die Regierung zu Kontakten bereit.

Die Regierung bestand jedoch darauf, daß es sich bei der Zusammenkunft in Madrid vom 7.-10. Oktober d.J. nicht um Verhandlungen, sondern lediglich um Gespräche handele. Sie unterstrich dies, indem sie nicht einen Regierungsvertreter, sondern den Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses zum Delegationsleiter ernannte. Ob die Gespräche, die fortgesetzt werden sollen, zu einem Waffenstillstand führen können, wird sich noch erweisen müssen. Die Streitkräfte lehnen dies jedenfalls strikt ab. Nach Honduras legte El Salvador die geringsten Bemühungen zur Verwirklichung des Friedensabkommens an den Tag. Zwar kam bereits Anfang September eine Nationale Versöhnungskonferenz zustande, doch sind alle ihre Mitglieder rechts vom vorsitzenden christdemokratischen Vizepräsidenten Rodolfo Castillo angesiedelt. Mit Marcos René Revelo wählte die Regierung den rechten Bischof des Landes für die Kommission aus. Mitglieder sind außerdem Alfredo Cristiani, der Vorsitzende der faschistischen ARENA-Partei und der Vorgänger von Napoleon Duarte im Präsidentenamt, Alvaro Magaña. Den eigentlichen Schlüssel zur Beendi-

Besonders was die Demokratisierungsbe-

nung des Krieges, nämlich Verhandlungen mit der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí/Demokratisch-Revolutionäre Front (FMLN/FDR), wollte Duarte nicht anpacken. Großzügig bot er der FMLN/FDR zwar Verhandlungen an, forderte aber, daß die sandinistische Regierung gleichzeitig mit den Contras verhandeln müsse. Wohlwissend, daß sie dies nicht tun würde.

Daß Duarte diese Bedingung schließlich fallen ließ, war nicht so sehr auf die Vermittlungsbemühungen von Oscar Arias zurückzuführen, als vielmehr auf den Druck im eigenen Lande. Fast alle Parteien, darunter selbst die ultrarechte ARENA, Unternehmerverbände, Gewerkschaften und die Universitäten forderten den Dialog mit der FMLN/FDR. In einer Umfrage sprachen sich 90% der Bevölkerung für einen Waffenstillstand aus.

Dies bewirkte schließlich, daß Duarte für den 4.-5. Oktober d.J. Verhandlungen anberaumte. Die Tatsache, daß die Gespräche, wie stets von der FMLN/FDR gefordert, in der Hauptstadt stattfanden und von zweitägigen Sympathiekundgebungen Tausender für die Revolutionäre begleitet waren, zeugt von der Zwangslage, in der sich das Regime befindet. Als Ergebnis der Verhandlungen, an denen fast die gesamte Führung der FMLN/FDR teilnahm, wurde die Bildung von zwei Kommissionen beschlossen, die bis Anfang November d.J. Vorschläge für ein Waffenstillstandsabkommen und die Verwirklichung der anderen Bestimmungen des Abkommens ausarbeiten sollen.

Den eigentlichen Schlüssel zur Beendi-

stimmungen angeht, hat das Regime bisher nichts unternommen. Eine Amnestie für politische Gefangene ist ebensowenig vorgesehen wie Garantien für die Pressefreiheit. Symptomatisch für diese Einstellung ist auch die Weigerung, das Führungsmittel der FDR, Ruben Zamora, ins Land zurückkehren zu lassen, um sich dort legal politisch zu betätigen.

Ob das Friedensabkommen verwirklicht werden kann, hängt in allerster Linie jedoch von den USA ab. Dies nicht nur, weil sie weitgehenden Einfluß auf die Vertragspartner Nicaraguas haben, sondern weil es ohne ihre Bemühungen, die Revolution Nicaraguas rückgängig zu machen und einen Sieg der Befreiungsbewegung in El Salvador zu verhindern, den Konflikt gar nicht gäbe.

Duarte an den Verhandlungstisch gezwungen

Obwohl weitgehend isoliert und in der Defensive, versucht die Reagan-Administration weiterhin, eine harte Linie zu fahren und Vorwände für eine weitere Fortsetzung des Contra-Krieges zu schaffen. Zwar lehnt Reagan, wie in seiner o.g. Rede vor der OAS, das Abkommen nicht offen ab. Er knüpft daran jedoch einige Zusatzforderungen.

Vor der OAS beklagte er, daß das Problem die sowjetisch-kubanische Präsenz in Nicaragua sei, d.h. US-Sicherheitsinteressen im Friedensabkommen nicht berücksichtigt seien. Er versicherte, daß die US-Regierung die Contras weiterhin unterstützen werde, um damit Nicaragua zum Einhalten des Abkommens zu zwingen. Daß eher das Gegenteil der Fall sein wird, machte Daniel Ortega am 8. Oktober d.J. in New York klar. Er erklärte, weitere Hilfe für die Contras würde das Abkommen verletzen und Nicaragua von der Verpflichtung entheben, den Pakt zu erfüllen.

US-Außenminister George Shultz hatte bereits am 10. September d.J. vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats angekündigt, die Regierung würde 270 Mio \$ Contra-Hilfe für die nächsten 18

Verhandlungen zwischen der FMLN/FDR und der salvadorianischen Regierung: G. Ungo (l.v.l.), J. Shafik (2.v.l.) und N. Duarte (l.v.r)

Monate beantragen. Da eine Verabschiebung dieser Summe durch den Kongreß noch vor dem 7. November d.J., dem Stichtag für die Erfüllung des Abkommens, völlig aussichtslos war, wurde die Beantragung der Mittel auf die Zeit danach verschoben. Außenminister Shultz entdeckte dabei noch einen besonderen Vorteil. Am 9. Oktober d.J. erklärte er, daß die Contra-Hilfe keine Verletzung des Abkommens darstellen würde, da sie nach dem 7. November beantragt würde. Sollte es bis zu diesem Zeitpunkt zu keinem Waffenstillstand in Nicaragua gekommen sein – was wiederum von den USA abhängt –, könnte die Reagan-Administration dies als Argument benutzen, um die Bewilligung der 270 Mio \$ zu erreichen. Ob das gelingt, kann bezweifelt werden.

Denn viele Kongreßmitglieder sehen im Friedensabkommen eine Möglichkeit,

daß sich die USA aus der Affäre ziehen können, ohne dabei das Gesicht zu verlieren. Außerdem dürfte der Vorwurf der Kumpanei mit den Kommunisten an die Gegner der Contra-Hilfe bei einem Abkommen, das von fast der ganzen Welt unterstützt wird, kaum ziehen.

Sollte dennoch die Contra-Hilfe bewilligt werden oder das Abkommen an der Obstruktion von Honduras oder El Salvador scheitern, könnte sich die Gelegenheit für die USA bieten, die Intervention weiter zu steigern.

Daß dabei selbst eine Invasion Nicaraguas nicht ausgeschlossen ist, macht ein geheimes Memorandum über den Besuch einer hochkarätigen US-Delegation bei Napoleon Duarte am 6. Mai d.J. deutlich.

Darin heißt es u.a.: „Wenn Präsident Reagan zu dem Schluß kommt, daß der Skandal (die Iran-Contra-Affäre; N.B.) ihn nicht direkt kompromittiert oder betrifft, könnte eine direkte Intervention in Nicaragua festgelegt werden.“ (Inforpress · Centroamericana, Guatemala-Stadt, 10.9.1987). Duarte wird darin außerdem um Vermittlung bei Vinicio Cerezo gebeten, um eine neutrale Position Guatemalas im Fall einer Invasion zu gewährleisten.

daß sie nach dem 7. November beantragt würde. Sollte es bis zu diesem Zeitpunkt zu keinem Waffenstillstand in Nicaragua gekommen sein – was wiederum von den USA abhängt –, könnte die Reagan-Administration dies als Argument benutzen, um die Bewilligung der 270 Mio \$ zu erreichen. Ob das gelingt, kann bezweifelt werden.

Denn viele Kongreßmitglieder sehen im Friedensabkommen eine Möglichkeit,

daß sich die USA aus der Affäre ziehen können, ohne dabei das Gesicht zu verlieren. Außerdem dürfte der Vorwurf der Kumpanei mit den Kommunisten an die Gegner der Contra-Hilfe bei einem Abkommen, das von fast der ganzen Welt unterstützt wird, kaum ziehen.

Sollte dennoch die Contra-Hilfe bewilligt werden oder das Abkommen an der Obstruktion von Honduras oder El Salvador scheitern, könnte sich die Gelegenheit für die USA bieten, die Intervention weiter zu steigern.

Daß dabei selbst eine Invasion Nicaraguas nicht ausgeschlossen ist, macht ein geheimes Memorandum über den Besuch einer hochkarätigen US-Delegation bei Napoleon Duarte am 6. Mai d.J. deutlich.

Darin heißt es u.a.: „Wenn Präsident Reagan zu dem Schluß kommt, daß der Skandal (die Iran-Contra-Affäre; N.B.) ihn nicht direkt kompromittiert oder betrifft, könnte eine direkte Intervention in Nicaragua festgelegt werden.“ (Inforpress · Centroamericana, Guatemala-Stadt, 10.9.1987). Duarte wird darin außerdem um Vermittlung bei Vinicio Cerezo gebeten, um eine neutrale Position Guatemalas im Fall einer Invasion zu gewährleisten.

Tomas Borge

Ich bin nicht pessimistisch



T. Borge (l.) im Gespräch mit D. Ortega

Am 26. August d.J. sprach der nicaraguanische Innenminister und Mitglied der Leitung der Sandinistischen Front, Tomas Borge, in Managua vor einer Konferenz von Wissenschaftlerinnen und Technikerinnen aus Mittelamerika, den USA und Westeuropa. In der Einleitung seiner Rede, die sich hauptsächlich mit der Geschichte der Frauenunterdrückung, der Entwicklung des Feminismus und dessen Beziehung zum Klassenkampf beschäftigte, erläuterte Borge die Position der Sandinisten zum Friedensabkommen von Guatema-

könnte die inneren Widersprüche zum Aufbrechen bringen und den pragmatischen Sandinisten helfen.“

Die „New York Times“ sagt außerdem: „Die sowjetische Sparsamkeit beginnt sich bemerkbar zu machen. Die sowjetische Weigerung, die Hilfe für Nicaragua zu erhöhen, hat eine Wirtschaftskrise verursacht.“

Der „Christian Science Monitor“ fragt: „Können die Sandinisten ihre inneren Spaltungen überwinden und Reformen durchführen? Werden sie den gleichen Antrieb haben, eine solche Politik der (Demokratisierung) beizubehalten, wenn einmal die US-Hilfe für die Contras unterbrochen ist?“

Das „Wall Street Journal“ sagt, daß „die Sandinisten es nicht erlauben werden, daß der Friedensplan sie so einfach zwingt, die Macht aufzugeben“. Natürlich nicht.

Kein Blut und keine Schüsse

Andererseits berichtet die „Washington Post“, daß „die Polizei eine Demonstration von 2.000 Oppositionellen durch Blutvergießen und Schußwaffengebrauch aufgelöst hat. Unter den vier oder sechs Verhafteten sind zwei...“ Und sie erwähnt ihre Namen. Ich muß Ihnen sagen, daß an der versuchten Demonstration 400 und nicht 2.000 teilnahmen. Und sie wurde nicht durch Blutvergießen und Schußwaffengebrauch aufgelöst.

Linie in seiner eigenen Regierung zu mindern. Ortega beschäftigen vor allem die Herausforderungen des Innenministers Tomas Borge, der die Sicherheits- und Geheimdienstbehörden kontrolliert.“

Ein Leitartikel der „New York Times“ berichtet, daß „es Anzeichen gibt, daß nicht alle Sandinisten dem Friedensplan zustimmen. Einer von ihnen ist Borge, dessen Polizisten Demonstranten verprügeln und Menschenrechtskämpfer einkerkern. Dies

In jeder anderen Stadt der Welt ist ein solcher Zwischenfall unwichtig. (...) Trotzdem



war dieser unbedeutende Zwischenfall es wert, daß eine US-Tageszeitung ihm fünf Spalten widmete. Und er wurde zu einem Skandal in den USA und anderen Teilen der Welt.

Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, daß es innerhalb der Sandinistischen Front jene gibt, die gegen das Friedensabkommen sind und jene, die es unterstützen. Als ob es blutdürstige Tiger auf der einen Seite und sanfte Lämmer auf der anderen gäbe. Schwester, Sie und die ganze Welt sollten wissen: In diesem Land gibt es weder Tiger noch Lämmer. Was wir haben, sind Löwen, um das Vaterland zu verteidigen.

Sie lachten, als ich diese Nachrichten vorlas. Aber glauben Sie mir, sie hinterlassen ihren Eindruck im Bewußtsein der Menschen in den USA.

Selbstverständlich ist es nicht möglich, daß die revolutionäre Führung dieses Landes, die Nationale Leitung der Sandinistischen Front, bedeutende Meinungsverschiedenheiten bei den Entscheidungen hat, die wir treffen. Jedoch sollten diese scheinbar verwirrten Leute – und sie sind nicht wirklich verwirrt, sondern versuchen vorsätzlich die öffentliche Meinung zu verwirren – wissen, daß glücklicherweise für Nicaragua und die Revolution in diesem Land niemand individuelle Entscheidungen trifft. Entscheidungen werden getroffen, nachdem sie diskutiert wurden.

Warum das Abkommen erreicht wurde

Und wer könnte gegen den Frieden sein? Wer könnte gegen das Guatemala-Abkommen sein? Nur jene die unverantwortlich sind, die Provokateure, die sich selbst mit der US-Politik identifizieren, können gegen diese Art Wunder sein, das in Guatemala geschehen ist.

Nicaragua und die Sandinistische Front unterstützen und werden auch weiterhin das Abkommen von Guatemala unterstützen. Bei einer Tagung der Sandinistischen Versammlung legte die Sandinistische Front ein einziges Positionspapier vor, das die Unterzeichnung dieser Übereinkunft durch den Präsidenten Nicaraguas unterstützte.

Es ist natürlich für uns Nicaraguaner, daß wir ein besonderes Interesse am Frieden haben. Wir sollten nicht fragen, warum Nicaragua diese Übereinkunft unterschrieben hat, sondern eher, wie es kommt, daß die anderen mittelamerikanischen Präsidenten es schließlich unterschrieben haben. All diese Jahre haben wir unermüdlich gekämpft, um ein Abkommen zu erreichen. Als die Contadora-Akte vorgeschlagen wurde (1984), waren die Nicaraguaner die einzigen, die sie unterschreiben wollten.

Dieses Guatemala-Abkommen wäre selbstverständlich nicht möglich gewesen, ohne die Faktoren, die zu diesem historischen Augenblick in Mittelamerika beigetragen haben. Dazu gehören nicht nur die innere Krise in den USA, die vom IranGate-Skandal hervorruht; nicht nur, daß es eine schwere Wirtschaftskrise in Mittelamerika gibt und man der Spannungen und des andauernden Drucks der USA sehr überdrüssig ist. Sie beinhaltet auch die Tatsache, daß das nicaraguanische Volk die sandinistische Revolution unterstützt und daß die Konterrevolutionäre in strategischer Hinsicht geschlagen wurden.

Denn, wenn die Konterrevolutionäre nicht geschlagen worden wären und das Volk von

Nicaragua der Revolution den Rücken gekehrt hätte, hätte es kein Abkommen gegeben. Das einheimische Kräfteverhältnis innerhalb dieses Landes war entscheidend, um diese vernünftige und realistische Übereinkunft zu erzielen.

Was die Zukunft bereithält, wissen wir nicht. Es gibt jene, die pessimistisch sind, was die Haltung angeht, die die US-Regierung einnehmen könnte. Und es gibt offensichtliche, objektive Gründe, pessimistisch zu sein. Die Grundlinie der Politik Herrn Reagans läßt vermuten, daß es für ihn sehr schwierig sein wird, nicht irgendwie Einspruch gegen das Guatemala-Abkommen zu erheben.

Die Unterstützung ist zu lau

Nichtsdestoweniger bin ich nicht so pessimistisch. Denn Herr Reagan wollte auch die Revolution in Nicaragua zerstören, und er war dazu nicht in der Lage.

Und es gab einen Augenblick, als sie in ihren konkreten Planen in den USA entschieden hatten, in Nicaragua einzufallen. Aber es traten bestimmte Faktoren auf, die es ihnen zu jenem Zeitpunkt unmöglich machten, in unserem Land einzumarschieren.

Ich glaube nicht, daß es für Herrn Reagan ausreicht, das Guatemala-Abkommen liquidiern zu wollen. Die Unterstützung, die dieses Abkommen erhalten hat, ist so groß, so einmütig, so universell, daß sie dem bissigen Maul des Imperialismus einen Maulkorb umlegen wird und ihn daran hindern wird, das Abkommen zu zerfetzen.

(Quelle: The Militant, New York, 18.9.1987)



Ebene des Weltfriedens, sein werden. In Nicaragua können wir die Tatsache nicht verborgen, daß wir in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation sind. Die internationales Nachrichtenagenturen spekulieren darüber, und sagen sogar, wir hätten das Abkommen unterschrieben, weil wir unter einer Wirtschaftskrise leiden. Das sind doch Narren! Wir unterschrieben dieses Abkommen, weil wir aus Prinzip den Frieden unterstützen.

Und wenn es ein Land gibt, dem wir zu tiefem Dank verpflichtet sind für seine selbstlose und bedingungslose Hilfe, dann ist dieses Land die Sowjetunion.

Sie hat alle Solidaritätsabkommen mit Nicaragua erfüllt. Es ist sogar möglich, daß die Sowjetunion über diese Abmachungen hinausgeht und ihre Hilfe in dieser Situation des Landes verstärkt.

Aber wichtiger als das Ol, das die Sowjetunion uns gegeben hat – oder uns geben könnte, indem sie ihre Quote anhebt – ist der Respekt, mit dem sie uns behandelt hat. Sie haben uns nie die geringste Bedingung auferlegt.

Natürlich würden wir von niemandem Bedingungen akzeptieren. Die Sowjetunion ist in dieser Hinsicht beispielhaft gewesen. Und wir haben die moralische Verpflichtung, dies so zu sagen.

(Quelle: The Militant, New York, 18.9.1987)

Mexiko

Peter Imbusch

Streik durchkreuzt VW-Pläne

„Willkommen in Puebla, der Hauptstadt des VW“, so prangt schon von weitem sichtbar das Schild auf der Autobahn. Hier begann jüngst einer der härtesten und längsten Streiks, der durch einen abenteuerlichen Coup der Geschäftsführung von VW de México ausgelöst wurde. Angefangen hatte es damit, daß die mexikanische Regierung im Juni d.J. die Mindestlöhne um 23% angehoben hatte, eine Empfehlung, die eigentlich als Richtschnur von allen mexikanischen Unternehmen in Lohnverhandlungen befolgt wird. Um den Forderungen der Arbeiter zuvorzukommen, reichte das Volkswagenwerk beim Arbeitsministerium einen „Demanda de Orden Económico“ (Antrag aus wirtschaftlichen Gründen) ein.

Darin wurde nicht nur die Herabsetzung der Löhne um 15%, sondern darüber hinaus der Verzicht auf Lohnerhöhungen bis Mitte 1988, die Halbierung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes, die Streichung weiterer Sozialleistungen und schließlich die Entlassung von rund 700 Arbeitern gefordert. Begründet wurde dies mit Problemen der Zahlungsfähigkeit und der wirtschaftlichen Lage.

„Ein Sieg der Arbeiterbewegung“

Daraufhin traten am 1. Juli die 10.500 Arbeiter des VW-Werks in Puebla mit der Forderung nach 100% mehr Lohn (die Inflationsrate beläuft sich 1987 auf rd. 130% und fräß damit selbst erhebliche Einkommenszuwächse sofort auf) in den Streik.

Knapp zwei Monate später, Ende August, konnte die Unabhängige Gewerkschaft der VW-Arbeiter (SITVW), die nicht vom regierungsnahen Gewerkschaftsdachverband CTM kontrolliert wird, den Sieg davontragen. Sie hatte eine Lohnerhöhung um 78% (32% allgemeine Lohnerhöhung, Inflationsausgleich von 23% und 23% Vorwegnahme der nächsten staatlich festgesetzten Erhöhung der Mindestlöhne) sowie die Aussetzung der anderen von VW verfolgten Maßnahmen erkämpft. „Wir sind sehr zufrieden, denn dies ist ein Sieg der ganzen Arbeiterbewegung“, erklärte Facundo Antelino Ochoa, der Sekretär der SITVW.

Die Bedeutung von VW (mit rund 30% Marktanteil war es bis vor kurzem noch Marktführer vor Nissan; die Automobilindustrie ist nach der Petroleumindustrie der zweitwichtigste Wirtschaftszweig in Mexiko) macht den Konflikt beispielhaft für die gesamte mexikanische Industriearbeiterschaft. VW ging es nicht nur um kurzfristige materielle Interessen, sondern auch darum, Druck auf die kampfkraftige und streitbare Gewerkschaft auszuüben. Denn der Konflikt geht nicht auf die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes bzw. auf die Finanzlage des Unternehmens zurück. Nach Angaben einer gemeinsamen Studie der Universität Puebla und der Gewerkschaft wurde im letzten Jahr ein Bruttogewinn von 175 Mio DM gemacht.

Der Rückgang der Fahrzeugproduktion infolge der mexikanischen Wirtschaftskrise seit 1982 konnte größtenteils durch die Fertigung von Fahrzeugteilen für den Export in die USA, nach Brasilien und in die BRD ausgeglichen werden.

Er muß vielmehr als Teilstrategie der „reconversion industrial“ (industrielle Umstrukturierung) gelten. Seit 1982 richtet VW seine Produktion (u.a. auf Druck der Regierung und wegen der weltweit verfolgten Konzernstrategie) zunehmend auf den Export aus, was eine Veränderung der Arbeitsbedingungen, insbesondere eine starke Rationalisierung, zur Folge hat, die bereits zum Abbau der Belegschaft von 15.400 (1981) auf 10.500 geführt hat.

Die im Laufe der Jahre von den Arbei-

tern erkämpften „Sozialleistungen“ und Löhne liegen zwar über dem Durchschnitt mexikanischer Automobilarbeiter. Aber Umstrukturierung der Arbeitsplätze und Wechsel im Arbeitsrhythmus gefährden die Gesundheit. Die Zahl der monatlichen Arbeitsunfälle ist hoch. Die Arbeitszeit ist erheblich länger als in anderen Autowerken.

Kumpanei mit der Regierung

Unter diesen Bedingungen und angesichts der katastrophalen nationalen Wirtschaftslage kam der Vorschlag einem Frontalangriff auf die gewerkschaftlich erkämpften Rechte gleich.

Die Kampfkraft einer der wichtigsten unabhängigen Gewerkschaften Mexikos sollte in einem langen Auszehrungsprozeß geschwächt werden. Bei der Verfolgung dieses Ziels saß VW mit bestimmten Regierungsbehörden in einem Boot. Darauf deuten zumindest die gegenwärtigen politischen Rahmenbedingungen hin (siehe AIB 8/1987, S. 10-12), die allgemein auf eine Schwächung der Arbeiterbewegung abzielen.

U.a. aufgrund der nationalen und internationalen Solidarität konnten die Arbeiter der sturen Haltung von VW trotzen. Aber wie gerade die bundesrepublikanische Gewerkschaftssolidarität zeigte, liegt hier noch einiges im Argen. Der weltweiten Konzernstrategie steht noch keine entsprechende Gewerkschaftsstrategie gegenüber, die dringend notwendige Aktionen aus der gemeinsamen Betroffenheit heraus organisiert hätte.



Im September d.J. lenkten zwei Ereignisse die Aufmerksamkeit auf die abartige Unterdrückungspraktiken des Apartheidregimes: Mit Moses Jantjies und Mlamli Mielies wurden wiederum zwei Widerstandskämpfer hingerichtet, 31 weiteren Verurteilten droht dasselbe Schicksal am Galgen. Und im Nachbarland Simbabwe klagte eine internationale Konferenz Pretoria wegen der massenhaften Inhaftierung und Folterung schwarzer Kinder an (siehe Kasten).

Unser Interview mit der Rechtsanwältin Priscilla Jana zeigt auf, daß es sich hier nur um Ausschnitte einer alltäglichen Gewalt handelt, die die Rechtslage im Apartheidstaat prägt. P. Jana zählt zu den prominentesten Verteidigern politischer Gefangener in Südafrika und hat in den 80er Jahren rund 3/4 aller Fälle von Mitgliedern bzw. Sympathisanten des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) vertreten. Mit ihr sprach für das AIB in Johannesburg Reinhard Brückner.



Interview mit Priscilla Jana

Mit neuer Entschlossenheit gegen die Apartheidjustiz

AIB: Wir haben uns das letzte Mal 1976 in Ihrem Office gesehen, als Rita Ndzanga, die jetzige Gewerkschaftsführerin, gerade aus dem Gefängnis kam, ohne Geld, die Kinder zuhause. Ihr Mann war im Gefängnis gestorben, wahrscheinlich umgebracht worden. Seitdem vermute ich, hatten Sie viele solcher Fälle. Wann haben Sie angefangen?

P. JANA: Ich habe 1975 begonnen und 1979 meine eigene Praxis eröffnet. Seitdem haben wir uns hauptsächlich auf politische Arbeit konzentriert.

AIB: 1976 hatten Sie eine ganze Menge von Fällen mit Soweto-Schülern...

P. JANA: Ja, die meisten Fälle, die im Zusammenhang mit den Unruhen 1976 entstanden, auch die Festnahmen, die

unter dem Terrorismusgesetz belang wurden.

AIB: Wieviele Fälle haben Sie seither übernommen?

P. JANA: Das ist unmöglich zu sagen, es waren ungeheuer viele.

Aber ich denke, man kann sagen, daß wir in Transvaal 75% der politischen Fälle und bestimmt 80% der ANC-Fälle im ganzen Land hatten.

AIB: Sie haben auch den Delmas-Prozeß für die 19 Führer der Vereinigten Demokratischen Front (UDF)?

P. JANA: Ja. Wir vertreten 10 von den 19. Wir waren auch im UDF-Prozeß von Pietermaritzburg beteiligt, der letztes Jahr erfolgreich endete, so daß alle freigesprochen wurden.

AIB: Sind Sie hoffnungsvoll im Hinblick

auf den Delmas-Prozeß?

P. JANA: Ich glaube, daß sie ganz bestimmt nicht vor Gericht gehören und daß sie freigesprochen werden sollten. Aber wir haben einige Schwierigkeiten mit dem Gericht, besonders hinsichtlich der Tatsache, daß einer der beiden Beisitzer ein Mitglied des Bruderbundes ist. Dennoch glauben wir, daß wir gute Erfolgschancen haben. Wir sind der Meinung, daß alle unsere Klienten freigesprochen werden sollten.

AIB: Gibt es andere wichtige Prozesse, die Sie zur Zeit führen?

P. JANA: Ja, wir sind an einem der größten Prozesse in Transvaal beteiligt, der im Johannesburger Obergericht läuft. Es ist der Fall von Ashwell Zwane und sieben anderen aus Alexandra, die wegen Hochverrat und Aufruhr angeklagt sind.

Die Anklagen ergeben sich angeblich aus den alternativen Strukturen, die zur Bildung eines Volksgerichtes (Peoples Court) und solchen Aktivitäten geführt haben. Es gibt auch eine Anklage wegen Verschwörung zwischen ANC und UDF. Dieser Prozeß wird zur Zeit in Transvaal vorbereitet und eine Reihe von Monaten dauern.

Wir sind auch mit anderen ANC-Hochverratsprozessen beschäftigt. Zum ersten Mal ist auch ein hoher ANC-Führer beteiligt, der Vorsitzende des regionalen politischen und militärischen Komitees, Ismael Ibrahim, der von der südafrikanischen Regierung aus Swasiland entführt wurde.

Wir haben einen Antrag für seine Freilassung eingebracht und hatten auch Erfolg, so daß er aus der Haft entlassen wurde. Sie haben aber entschieden, Anklage zu erheben.

Wir bereiten jetzt einen Antrag vor, um die Berechtigung des südafrikanischen Gerichtes, ihn anzuklagen, zu prüfen. Dies aufgrund der Tatsache, daß er durch die südafrikanische Regierung widerrechtlich in Swasiland verhaftet und entführt wurde. Wir meinen, daß dies auch eine Angelegenheit für den Internationalen Gerichtshof ist, denn wir sind der Ansicht, daß es sich in der Tat um eine Verletzung des internationalen Rechtes handelt.

Wir haben da einen starken Beweis und die Anträge sind in Vorbereitung. Wir hoffen, daß entweder Indien oder Swasiland Klage erheben, denn er hat einen indischen Paß, ist indischer Bürger und lebte in Swasiland.

AIB: Denken Sie, daß der Internationale Gerichtshof Stellung beziehen wird?

P. JANA: Wir hoffen, daß er das tut. Wir haben ihn dazu aufgefordert, d.h. Swasiland hat ihn durch die Organisation für Afrikanische Einheit aufgefordert.

So viel ich weiß, hat die indische Regierung bereits eine Protestnote geschickt.

AIB: Wurden Sie selbst auch inhaftiert?

P. JANA: Ich bin nicht für längere Zeit inhaftiert worden, immer nur für eine sehr kurze Zeit. Ich bin für vier von insgesamt fünf Jahren gebannt worden.

Ich habe auch andere Formen von Nachstellung erlebt: Mein Haus wurde zweimal, 1979 und 1984, mit Benzinbomben beworfen.

AIB: Ganz oder teilweise ausgebrannt?

P. JANA: Teilweise. Es gab auch andere Formen von Belästigung. Meine Wagenreifen wurden aufgeschlitzt, unsere Büroräume sind ständigen Durchsuchungen durch die Sicherheitspolizei ausgesetzt.

Ich bin auch oft bedroht worden, erst kürzlich, letzte Woche.

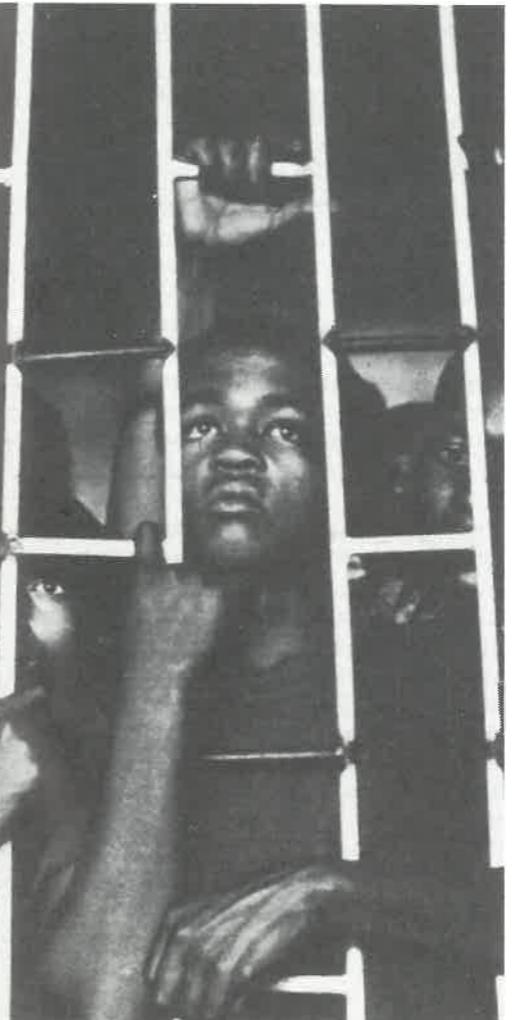
AIB: Was heißt bedroht?

P. JANA: Das heißt Telefonanrufe, in denen unser Leben bedroht wird.

AIB: Fürchten Sie sich, wenn Sie an Victoria Mxenge denken? (Sie war eine schwarze Anwältin in Durban, die für ihre politischen Fälle bekannt war und die im August 1985 ermordet wurde. 1981 war ihr Mann, Griffiths Mxenge, ebenfalls politischer Anwalt, ermordet worden; R.B.)

P. JANA: Ja, natürlich. Wir sind realistisch und wir wissen, es wird Wiederholungen solcher Aktivitäten gegen Leute geben, die aktiv am Kampf beteiligt sind. Aber irgendwie denke ich, die Apartheid ist so böse, daß man sich nicht durch Angst abschrecken lassen darf, sondern

Schwarze in den Gefängnissen des Apartheidstaates



weitermachen muß.

AIB: War für Sie die Erfahrung wichtig, für kurze Zeit inhaftiert und für vier Jahre gebannt worden zu sein?

P. JANA: Ja, ich denke, man kommt am Ende besser heraus, mit einer neuen Entschlossenheit. Das ist die Art, wie wir in Südafrika leben, besonders die Schwarzen.

Die meisten Schwarzen wissen, daß sie eines Tages verhaftet und eingesperrt werden, widerrechtlich, für nichts. Und die meisten Leute waren im Gefängnis wegen sog. Gesetzesübertretungen, z.B. in der Vergangenheit wegen der Arbeitspaßgesetzgebung.

Schuldige sind Regierung und Gesetze

Dann wurden die Kinder festgenommen. Eltern wurden festgenommen und die Kinder wissen nicht, wann sie zurückkommen. Das ist in diesem Land wirklich eine Art zu leben geworden.

AIB: Sind Sie mit vielen Fällen von Kindern beschäftigt?

P. JANA: Ja, die meisten der Verhafteten sind am 11. Juni d.J. entlassen worden, als das alte Ausnahmerecht aufgehoben und das neue eingeführt wurde.

Aber zur Zeit habe ich keine sehr jungen Kinder. Wir hatten im Vorjahr zeitweise drei 11jährige, einmal ein 10jähriges Kind.

AIB: Würden Sie feststellen, daß die meisten, für die Sie als Anwältin arbeiten, Opfer von ungerechten Gesetzen sind? Würden Sie sagen, sie sind nicht schuldig, sondern die Gesetze sind schuldig?

P. JANA: Oh ja, ganz bestimmt. Denn die meisten der Fälle, mit denen ich zu tun habe, fallen unter die unterdrückende Gesetzgebung dieses Landes, vor allem das Gesetz für Innere Sicherheit.

Die meisten Leute sind am Kampf gegen die Apartheid beteiligt. Im letzten Jahr, ja seit 1984, wurde es ganz klar, daß jede Art von Stellungnahme gegen die Apartheid strafbar ist.

Die Menschen wurden unter hohe Anklage gestellt, auch wenn in der Tat keinerlei gewalttätige Handlung nachweisbar war, nur wegen ihrer politischen Haltung gegen die Apartheid. Die Schuldigen sind die Regierung und die regierende Partei und die ungerechten Gesetze, denen sie die Menschen unterworfen haben.

AIB: Beobachten Sie eine besondere Unterdrückung gegenüber Anwältinnen, die an politischen Prozessen beteiligt sind?

P. JANA: Ja, es ist immer sehr schwierig, besonders in diesem Lande. Die Aufgabe, die man bewältigen muß, ist doppelt.

Dies gilt nicht nur, weil man eine Frau ist, sondern weil das ganze System hier mit seiner tief calvinistischen Einstellung

gegenüber dem Leben eine männlich orientierte Gesellschaft ist. Es sind immer die Frauen, die verfolgt werden, Tag um Tag im Hinblick auf Jobs, Anerkennung und Respekt.

Aber ich denke, mit Entschlossenheit kann man das bewältigen.

AIB: Erfahren Sie das auch persönlich im Gericht oder von Kollegen?

P. JANA: Ja, besonders am Anfang als ich zum Gericht kam, fanden es die Offiziellen sehr schwierig, mich zu akzeptieren, besonders wenn eine schwarze Frau kommt.

Aber ich denke, das hört nun langsam auf.

AIB: Sie erwähnten, daß sie 80% der ANC-Prozesse im Lande haben? Ist das ein Zeichen für die wachsende Gegenwart des ANC?

P. JANA: Ich denke, es ist zweifelsfrei, daß die Gegenwart des ANC in diesem Lande sehr stark empfunden wird, ganz gleich, wie stark er diskreditiert wird.

Die ANC-Guerilla schont Menschenleben

Es wird keine Veränderung in diesem Land geben, ohne daß der ANC eine bedeutende Rolle spielt und einen sehr strategischen Anteil am Wechsel hat.

AIB: Sind die ANC-Mitglieder bei diesen Prozessen meistens wegen Gewalt, wegen militanter Aktionen angeklagt? Oder würden Sie sagen, die ANC-Leute folgen noch immer dem alten Grundsatz, Regierungseinrichtungen zu zerstören, aber menschliches Leben soweit wie möglich zu schützen?

P. JANA: Ganz unverkennbar. Ich kann persönlich feststellen, daß in all den Prozessen, an denen ich beteiligt war, an denen Jugendliche, mittlere Jahrgänge und sogar ältere Männer und Frauen des ANC beteiligt sind, allgemeine Übereinstimmung besteht, jede Gewaltanwendung sei in einem besonderen Zusammenhang zu sehen.

Sie wird lediglich als Taktik gesehen, Druck auf diese Regierung auszuüben, damit sie den ANC anerkennt und beginnt, mit ihm zu verhandeln. Mir ist kein einziger Fall bekannt, in dem Gewalt ohne Rücksicht auf Menschenleben akzeptiert würde, nur um das System zu beenden.

AIB: Heißt das, daß in fast allen Fällen die Situation sorgfältig beobachtet wird, ehe man handelt, um menschliches Leben zu schonen?

P. JANA: Das ist richtig. Da sind immer Vorsichtsmaßnahmen.

Es gab natürlich diesen ungewöhnlichen Fall von Pretoria mit der Bombe, aber selbst diese Aktion war, wie ich es verstehe, auf ein militärisches Ziel gerichtet. Im allgemeinen haben die Leute, die vom



Prominente Teilnehmer der Harare-Konferenz (v.r.n.l.), Reverend Trevor Huddleston, ANC-Präsident Tambo, Angela Davis

Inhaftierung und Folterung von Kindern

Die Inhaftierung und schwere Mißhandlung von südafrikanischen Kindern und Jugendlichen durch den Apartheidstaat untersuchte Ende September d.J. eine „Internationale Konferenz über Kinder, Repression und Rechtslage in Apartheid-Südafrika“ in der simbabwischen Hauptstadt Harare. Auf dem Forum kamen erstmals Betroffene aus Südafrika sowie südafrikanische Sozialarbeiter, Psychologen und Richter zu Wort. Außerdem erstatteten in Südafrika tätige Auslandskorrespondenten Bericht, die ihre zahlreichen Belege über Kindesmißhandlungen durch die Apartheidspolizei wegen der Ausnahmeregelungen des Botha-Regimes nicht veröffentlichten können.

30 schwarze südafrikanische Jugendliche bezeugten vor den rund 600 Konferenzteilnehmern, daß die Rassistenpolizei sie mit Elektroschocks, Schlägen und anderen Foltermethoden mißhandelt habe und daß dies in den Gefängnissen gängige Praxis sei.

Der jüngste Zeuge, der 11jährige William Modibedi, berichtete, daß ihm beim Verhör in Urugersdorf (nahe Johannesburg) die Vorderzähne ausgeschlagen wurden. Ihn und

Folterzeuge William Modibedi (11 J.)



seine drei Geschwister hatte man im Oktober 1986 für zwei Monate inhaftiert und mit Elektroschocks gefoltert.

Ein anderer Zeuge, der 17jährige Vorsitzende der Schülerorganisation von Tembisa, Buras Nhalabathie, wurde Ende 1986 verhaftet und für drei Monate interniert. Durch Schläge mit Gewehrkolben, Tritte und Verabreichung von Elektroschocks suchte man ihm das Eingeständnis von Kontakten zum illegalen Afrikanischen Nationalkongress (ANC) abzuringen. Man sperrte ihn außerdem in einen Kühlraum und blendete ihn darunter, daß er heute stark sehbehindert ist.

AIB: Gibt es eine Menge von Prozessen der Bewegung Schwarzes Bewußtsein (Black Consciousness), der Azanischen Volksorganisation (AZAPO)?

P. JANA: Es gibt sehr viel weniger. Die UDF hat seit 1984, ich denke da gibt es eine allgemeine Übereinstimmung, sehr viel mehr öffentliche Unterstützung.

Verurteilte nicht vergessen

AIB: Haben Sie viel Kontakt mit denen, die inhaftiert sind und Prozesse erwarten, ebenso mit Verurteilten?

P. JANA: Wenn eine Person verurteilt ist, darf sie nicht vergessen werden. Deshalb kümmern wir uns weiter um sie.

Wir sorgen für Familienbesuche, wenn sie in den Haftbestimmungen vorgesehen sind. Wir kümmern uns um Verstöße gegen Bestimmungen. Wir besuchen sie regelmäßig und arrangieren Studienmöglichkeiten.

Wir versuchen Vorsorge zu treffen, wenn sie entlassen werden, zu helfen einen Job zu finden. Mindestens vier- bis fünfmal jährlich mache ich Besuche in den größeren Gefängnissen, die politische Gefangene haben, wie Robben Island, Pollsmoor (bei Kapstadt, wo Nelson Mandela und andere inhaftiert sind; R.B.). Johannesburg, Pretoria, Potchefstrom.

AIB: Auch bei Mandela und den anderen?

P. JANA: Ja, ich sah Mandela letztes Jahr. Aber normalerweise besuche ich alle die anderen, denn ich vertrete Man-

ANC her am Kampf beteiligt sind, Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um Menschenleben zu schützen.

AIB: Würden Sie sagen, daß seit Mitte oder Ende der 60er Jahre Prozesse gegen den Panafrikanischen Kongreß (PAC) immer weniger geworden sind?

P. JANA: Ich weiß nicht, ob ich sagen kann, immer weniger. Aber sie sind ganz bestimmt nicht so bemerkenswert, wie die Zunahme der ANC-Fälle.

AIB: Ist das ein Zeichen dafür, daß der PAC nicht so präsent ist?

P. JANA: Ich denke, er ist präsent, aber nicht so vorherrschend, so aktiv wie der ANC.

AIB: Es gibt eine Menge von UDF-Prozessen. Sind sie im Zusammenhang mit den ANC-Prozessen zu sehen?

P. JANA: Es gibt einen sehr starken Versuch der Regierung, die UDF mit dem ANC zu verbinden. Ich denke nicht, daß die UDF notwendigerweise die Ideen, die Politik und Ideologie des ANC wider-spiegeln.

Natürlich ist es wahr, daß die UDF und ihre Mitgliedsorganisationen einen großen Respekt und Verstehen für den ANC haben, so wie viele Menschen im Lande. Nur das bedeutet nicht notwendigerweise, daß sie Teil des ANC sind.

AIB: Gibt es eine Menge von Prozessen der Bewegung Schwarzes Bewußtsein (Black Consciousness), der Azanischen Volksorganisation (AZAPO)?

P. JANA: Es gibt sehr viel weniger. Die UDF hat seit 1984, ich denke da gibt es eine allgemeine Übereinstimmung, sehr viel mehr öffentliche Unterstützung.

dela nicht offiziell.

AIB: Wie werden die Verhafteten bzw. die Verurteilten behandelt?

P. JANA: Oh, über die Behandlung von Verhafteten bin ich sehr, sehr unglücklich. Ich habe herausgefunden, daß sie meistens viel mehr als die Verurteilten betrogen werden, da sie keinen Zugang zu Zeitungen haben oder Lesematerial, nur Magazine...

Sie werden in großer Anzahl in einer Zelle gehalten. Sie dürfen keine Filme sehen oder Radios besitzen, oder irgend-eine Art von Kommunikation mit der Außenwelt unterhalten.

Sie dürfen keine Nahrungsmittel von außen bekommen. Nur ein Besuch in 14 Tagen ist ihnen erlaubt, und auch da muß jedesmal ein schriftlicher Antrag gestellt werden, und dann nur für die normalen 30 Minuten.

Sie werden in Gefängnissen gehalten, die weit weg von zuhause sind, so daß es für ihre Familien sehr schwierig ist, die Entfernung zu bewältigen.

Sie sind wirklich in einer schlechteren Position.

AIB: Betrifft das auch die Kinder?

P. JANA: Ja, auch die Kinder.

AIB: Und Haft bedeutet sehr oft ein Jahr, zwei Jahre?

P. JANA: Oh ja, meistens werden sie in Einzelhaft gehalten.

Kaum erträglicher Druck

Die meisten Zellen sind kalt und haben keinerlei Heizungsmöglichkeit. Ich war letzthin während eines kalten Wochenendes in einem Gefängnis und fand die Verhafteten vollkommen kalt und zitternd vor. Sie erzählten mir, es sei absolut unerträglich in den Zellen.

AIB: Heißt das, das Zehntausende von Gefangenen frieren und krank werden?

P. JANA: Oh ja, ja, ja. Sie brechen zusammen und brauchen psychologische Behandlung, eine große Anzahl von Häftlingen.

AIB: Ist da ein Unterschied bei den Lebensbedingungen von verurteilten Häftlingen? Sind die besser?

P. JANA: Ja, sie sind ein wenig besser in dem Sinne, daß die Bestimmungen klar sind, und wir können Studienmöglichkeiten arrangieren.

Sie wissen, daß sie Zugang zu Anwälten und Rechtsberatern haben. Und wenn sie im Gefängnis sind, wie auf Robben Island, dürfen sie etwas Sport treiben. Sie dürfen andere Häftlinge sehen und werden nicht isoliert gehalten.

Besonders unter Ausnahmerecht Verhaftete wurden von Gefängnisbehörden und Personal unzulässig behandelt. Sie werden willkürlich behandelt, einfach in Isolierhaft getan, ohne Nahrung. Oder sie erhalten qualitativ schlechte Nah-

verzweifelt sie sind, wie entfremdet von ihren eigenen Familien und Freunden. Und die einzige Person, auf die sie sich wirklich verlassen können, auf die sie hoffen, der sie vertrauen können, ist der Anwalt. Dann bekommst du etwas Hoffnung weiterzumachen.

Aber ich weiß nicht, ob das genug ist und wie lange das geht. Ich weiß nicht, wie lange wir weitermachen können.

Es wird zu schwer, all den Druck zu ertragen, zur Zeit. Man ist jeder Art von Schwierigkeiten unterworfen, jeden Tag. Ich weiß nicht, wieviel länger ich persönlich das aushalte. Es ist eine ungeheure Aufgabe. Ich weiß wirklich nicht, ob es das Richtige für mich ist, für meine Entschlossenheit, zur Veränderung in diesem Lande beizutragen.

Ich denke, es ist ein sehr kleiner Beitrag. Aber die Menschen, die genötigt sind, gegen die Gesetze dieses Landes zu handeln, brauchen den Schutz der Anwälte.

AIB: Würden Sie gerne eine Botschaft an Ihre überseeischen Kollegen geben, besonders an die deutschen?

P. JANA: Ja, das möchte ich. Bei diesem Kampf ist man abhängig von der Unterstützung des Auslandes.

Ich spreche nicht von finanzieller Hilfe, sondern von Unterstützung durch Protest, Öffentlichkeit und Verdeutlichung, was dieses System hier wirklich ist. Das Wichtigste ist natürlich das Eintreten für Nahrungsmittelboykott und Sanktionen.

Ich denke, daß die Befreiung kommen muß. Und sie kann nicht durch unsere eigene Hingabe hier kommen oder durch eine Art von Beteiligung der Welt außerhalb. Es muß eine gemeinsame Anstrengung sein und die Menschen außerhalb müssen erkennen, daß sie so viel von uns abhängen wie wir von ihnen.

Das ist ein zweiseitiger Weg.



lung, ohne Erlaubnis von ihren Familien besucht zu werden.

AIB: Gibt es einen Beweis betreffs Folter?

P. JANA: Ja, sie sind von Wärtern gewalttätig angegriffen, mißhandelt, beleidigt worden. Die Familien wurden von Wärtern mißhandelt und beleidigt. Sie sind wirklich der schlimmsten Form von Mißhandlung unterworfen worden.

AIB: Wie fühlen Sie sich persönlich bei dieser Arbeit, Gerechtigkeit für Ihre eigenen Leute zu erreichen und natürlich auch im Blick auf Weiße? Sie arbeiten ja als Anwältin für Gerechtigkeit in Südafrika.

P. JANA: Ja, es gibt Zeiten, in denen man sich sehr verzweifelt fühlt. Du hast das Gefühl, es ist nicht die richtige Richtung, du erreichst vielleicht keinen Riß in der Apartheid.

Aber es gibt andere Zeiten, wenn du deine Klienten triffst und erfährst, wie

AIB-Vertrieb mit neuer Adresse

Seit dem 1. April d.J. wird der Vertrieb des AIB nicht mehr über unsere Marburger Adresse, sondern über den Pahl-Rugenstein Verlag in Köln abgewickelt. Für

- Bestellungen von AIB-Heften
- Abonnements
- Adressenänderungen
- Kündigungen

gilt ab sofort folgende Adresse:
AIB-Leserservice, Postfach 510868,
5000 Köln 51, Tel. 0221/36002-0





Mosambikanische Bauern auf der Flucht vor dem RNM-Terror

François Misser

Apokalypse Mosambik

Nichts blieb übrig von der kleinen Stadt Sena, 200 km nördlich von Beira am Beira-Fluß, nach der Offensive der RNM-Guerilla (Mosambikanischer Nationaler Widerstand) vor einem Jahr. Die Stadt ist hernach von einem simbabwischen Infanteriebataillon zurückerober und gehalten worden, aber sie liegt noch immer in Schutt und Asche. Die „bewaffneten Banditen“, wie der RNM vor Ort genannt wird, sprengten die 6 km lange Eisenbahnbrücke an zwei Punkten. In der Stadt ist kein einziges Fenster oder Zinkdach übriggeblieben. Die Apotheke, die Schule und das Verwaltungshauptquartier wurden alle systematisch zerstört. Zwei lokale „machimbombos“ (Busse) sind gänzlich von Unkraut überwachsen. Und der Bahnhof mit seinen umgekippten Waggons hat sich praktisch wieder in Buschland verwandelt. Die Sabotage hindert Mosambik daran, seine Kohle aus der Mine von Moatize in der Provinz Tete zu exportieren. Weit bedeutsamer aber als die wirtschaftlichen Folgen ist der Schaden, den sie bei den Menschen anrichtete. Eine Hungersnot wird dadurch abgewendet, daß von der Abteilung zur Verhütung und Bekämpfung von Naturkata-

strophen Nahrungsmittel per Luftbrücke geliefert werden. In diesem Land der Paradoxien fliegen südafrikanische Piloten die Hilfsflugzeuge.

Die Menschen in Sena sind zwar nicht am Verhungern. Sie sind aber gänzlich auf internationale Hilfe angewiesen, wie die 4,5 Mio betroffenen Menschen in Mosambik und die 1,8 Mio derer, die aus ihren Häusern gewaltsam vertrieben wurden.

Von Banditen verschleppt

Die gut ausgerüsteten simbabwischen Soldaten, deren Shona-Sprache von den Einheimischen verstanden wird, bringen ein Gefühl der Sicherheit. Dennoch stehen Fanuel Arrivista (33) und Amigo Chizinga (57) noch immer unter Schockwirkung nach einer viermonatigen Gefangenschaft im Rebellenstützpunkt bei Paraseco. Sie wurden am 24. September 1986 zusammen mit einer Gruppe von Frauen und Kindern gefangen genommen und zu einem Dauermarsch von vier Tagen und Nächten bis zum Rebellenlager gezwungen. Dabei mußten sie all die Nahrungsmittel tragen, die die Rebellen erbeutet

hatten. Zwei Männer starben tatsächlich an Erschöpfung.

Jetzt ist ihre Hauptsorge, Hacken zu bekommen, damit sie anfangen können, ihre „machamba“ (Feldstücke) zu bebauen. Sie kommen gut mit den „Genossen“ aus, wie die Simbabwer sich selbst nennen, sagen aber, sie seien kriegsmüde. Alles, was sie wollten, sei Frieden.

Ich besuchte Sena im Juni 1987 und brauchte eine Eskorte, um die „dislocados“-Siedlung zu besichtigen. In der Nacht davor war eine RNM-Gruppe gekommen. Sie sahen nach, ob die Nahrungsmittelhilfslieferungen angekommen waren, um sie sich mit Gewalt zu nehmen.

Dennoch war die Lage besser. Die Leute lebten nicht mehr in „einem Zustand der Sklaverei“, obwohl sie alles verloren hatten – selbst ihre Kleidung. Sie aßen Wurzeln und Beeren und trugen Sacklein, bis Kleiderhilfslieferungen eintrafen. Der Landarzt war abhanden gekommen, und es gab niemanden, der sich um ihre Verletzungen und Krankheiten kümmern konnte.

Die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft bestätigt, daß es etwa 1 Mio Menschen gibt, die wegen Rebellenaktivitäten und Treibstoffknappheit

„außer Reichweite“ sind. Selbst in zugänglichen Ortschaften wie Nhamatanda, 100 km von Beira entfernt, sind Kinder von Kwashiorkor (Proteinmangelkrankung mit Rottfärbung der Haare; d. Red.), Marasmus (fortschreitende Auszehrung bei dauernder Magen-Darm-Verstimmung; d. Red.), Malaria und Tuberkulose befallen, und viele sterben. Wo es möglich ist, werden ganze Gemeinden umgesiedelt.

3.000 Einwohnern aus Mwanza sind Felder bei Dondo, 30 km von Beira entfernt an der Bahnlinie, zugeteilt worden. Sie bauen Cassava an, doch ist die Maisernte aufgrund spärlicher Niederschläge mißraten.

Ein Korridor der Hoffnung

Der RNM ist nicht überall in der Lage, den Verkehr zwischen Simbabwe und Beira aufzuhalten. Ruí Fonseca, Leiter der Korridorbehörde, sagt, daß das Verkehrsaufkommen in den letzten 12 Monaten um 87% zugenommen habe, großteils in Form von Kupfertransporten aus Sambia.

Einigen Gesellschaften wie Lomaco, die bei Nhamatanda Baumwolle anbaut, ist es gestattet worden, ihre Arbeiter in Volksmilizen zu organisieren, die von westlichen Ausländern ausgebildet werden. Sie haben die Lage tagsüber unter Kontrolle, doch nachts schlägt die RNM zu.

Anfang Juni wurden in Nhamatanda 27 Menschen von den Rebellen entführt, und auf eine Kaserne bei Dondo gab es einen mißlungenen Angriff. Die Rebellen sind aber in den letzten Monaten gezwungen worden, sich weiter vom Korridor zurückzuziehen.

Doch soll eine Gruppe von etwa 100 RNM-Leuten den Korridor von Norden nach Süden durchquert haben, wobei ein portugiesischer Restaurantbesitzer auf der Straße zwischen Chimoio und Inchope getötet wurde. Er könnte natürlich auch von gewöhnlichen Kriminellen umgebracht worden sein; die ganze Verbrechergesellschaft nutzt die „confusão“ (Wirrungen) der gegenwärtigen Lage aus.

Die Armee ist oft völlig ineffektiv, weil ihr Beförderungsmittel und Treibstoff fehlen. Anfang Juni wurde ein Privat-LKW auf der Straße am Korridor von mosambikanischen Soldaten angehalten. Diese zwangen den Fahrer, sie an einen Ort zu fahren, wo vier Stunden zuvor geschossen worden sein sollte.

Der Regierung ist klar, daß derartige Vorfälle einfach die allgemeine Unsicherheit verstärken, weshalb sie im Juni d.J. beschloß, die Armee umzustrukturen und zu professionalisieren. In der nördlichen Provinz Sambesi wer-

den die Rebellen von etwa 3.000 tansanischen Soldaten und einigen mosambikanischen „Elitekommandos“ in Schach gehalten. Aber tausende Ortsansässige sind obdachlos, eine geregelte Landwirtschaft ist unmöglich und die Ernte läßt man verrotten. Der Krieg zieht von einem Gebiet zum anderen. Viele Stellen, die bislang friedlich waren, hat es in jüngster Zeit getrofen.

Der Krieg macht die Runde

Carlos Cardoso, Chefredakteur der Mosambikanischen Nachrichtenagentur, sagt, daß dies durch erneute Infiltration aus Südafrika und durch Bewegungen des RNM aus „befreiten Gebieten“ verursacht werde. So sei das ehemalige Umerziehungslager Unango bei Lichinga, der Hauptstadt der Provinz Niassa, im Juli d.J. völlig zerstört worden. In der Provinz Tete sei die Lage so schlimm, daß eine normale Wirtschaftstätigkeit unmöglich sei.

Ich kam eines Tages in Estima, südlich des Cabo-Bassa-Staudamms, an und stellte fest, daß Menschen die Straßen entlang flohen, weil sie durch das Geräusch von Rebellen-Bazookas erschreckt worden waren. Ein hiesiger Beamter sagte, daß die Rebellen nur 15 km entfernt seien.

In jener Nacht konnte ich das Blitzen von Gewehrfeuer vom Dach des Hotels Sambesi aus sehen. Angst erfaßte auch die 1.200 Rückkehrer aus Malawi, die, wie ich feststellte, in Güterwaggons auf dem Bahnhof von Moatize wohnten. Die Rebellen hatten zwei Menschen nur 10 km entfernt getötet.

In der Provinz Tete, im fruchtbaren Nordwesten nahe der sambischen Grenze, ist jegliche Form geordneter Wirtschaftstätigkeit unmöglich. Selbst die einst als sicher geltende Küste

Zwei von 424 Opfern, die bei einem RNM-Massaker am 18. Juli in Homoine (nördlich von Maputo) ermordet wurden



Contra-Pakt gegen Mosambik-Simbabwe



Von den mosambikanischen Regierungstreitkräften gefangengenommene RNM-Rebellen

Am Abend des 25. Juli 1987 sprengte eine Gruppe „bewaffneter Banditen“ eine Teefabrik im Honde Valley in Nordostsimbabwe. Sie griff Arbeiter sowie Bewohner eines nahegelegenen Dorfes an und beraubte sie. Danach flohen die „bewaffneten Banditen“ über die nahe Grenze nach Mosambik.¹ Eine Contraquelle behauptete, der Anschlag sei gemeinsam vom sog. Nationalen Mosambikanischen Widerstand (RNM) und der Freiheitsarmee Simbabwes (Zifa) ausgeführt worden.² Am 16.8.1986 schlossen die RNM und eine sog. Demokratische Freiheitsbewegung Simbabwes (ZDFM), deren bewaffneter Arm die Zifa ist, einen Contrapakt im Mariott Hotel in Washington.³

Heritage Foundation ald Pate

Die ZDFM wird von Ndabaningi Sithole, der im selbstgewählten US-Exil lebt, angeführt. Ndabaningi Sitholes Karriere durfte nach seinem Abstieg vom Gründungspräsidenten der heute in Simbabwe regierenden Afrikanischen Nationalunion Simbabwes/Patriotische Front (ZANU/PF) zum Kumpan des weißen Siedlerregimes im Rahmen der „inneren Lösung“ Ende der 70er Jahre nun mit seiner Rolle als Contra-Chef und US-Briefkastenadresse unter dem Decknamen Stanley Hatfield für den südafrikanischen Propagandaser Radio Truth⁴ ihren Tiefpunkt erreicht haben.

Sitholes Contra-Gruppe genießt wie der RNM die Unterstützung der ebenso einflussreichen wie reaktionären Heritage Foundation in den USA.⁵ Hochrangige US-Politiker und Mitglieder der Heritage Foundation sollen auch unter den Gästen bei der Unterzeichnungseremonie gewesen sein.⁶ Die Unterstützer der ZDFM, die 1.500 „Kämpfer“ reklamiert,⁷ wollen anscheinend neben dem Matabeleland in Südostsimbabwe einen weiteren Unruheherd schaffen.

Die Afrikanische Nationalunion Simbabwes (ZANU) N. Sitholes ist seit den Wahlen von 1985 mit einem im Südosten des Landes mit hauchdünner Mehrheit gewählten Abgeord-

neten im Parlament vertreten. Dieser Abgeordnete zeigte sich allerdings letztes Jahr eher an einer Vereinigung mit der regierenden ZANU/PF interessiert.⁸

Der Anschlag auf die Teefabrik war nicht der erste des RNM in Simbabwe. Banditen des RNM beraubten immer wieder Dorfbewohner im feuchten Bergland um Mt. Selinda in Südostsimbabwe und zwangen Geiseln, das geplünderte Gut nach Mosambik zu transportieren.⁹ Sie plünderten auch Dorfbewohner im Nordosten des Landes aus und brachten sie um.¹⁰

Als Reaktion auf die Banditenaktivitäten im bergigen Grenzland nach Mosambik verstärkte Simbabwe die Präsenz seiner Sicherheitskräfte im Grenzgebiet. Ein Festnageln des simbabwischen Militärs, das die Frelimo-Regierung in Mosambik entscheidend entlastet, an möglichst vielen Stellen in Simbabwe ist offensichtlich Ziel der Apartheidstrategen.

Es gibt auch Beweise für die erneute Unterstützung Südafrikas für „bewaffnete Banden“, sog. „Dissidenten“, im Matabeleland im Westen Simbabwes.¹¹ Verantwortliche Politiker in der ZANU/PF und der Afrikanischen Volksunion Simbabwes (ZAPU) hoffen, durch die Vereinigung der beiden Parteien den „Dissidenten“ politisch Wind aus den Segeln zu nehmen. Im August d.J. soll eine erneute Verhandlungsrunde an Widerständen in der ZANU/PF gescheitert sein.¹²

Joachim Becker

Anmerkungen:

- 1) The Herald (H), Harare, 28.7. 1987
- 2) The Citizen, Johannesburg, 29.7. 1987
- 3) Vgl. Sunday Mail (SM), Harare, 31.8. 1986; Informationsdienst südliches Afrika (issa), Bonn, Nr. 5/1987, S. 31
- 4) H, 27.7.1987
- 5) Vgl. The Star, Johannesburg, 27.2. 1987
- 6) issa, Nr. 5/1987, S. 31
- 7) The Star, 27.2.1987
- 8) SM, 31.8.1986
- 9) The Guardian, London, 20.6.1987
- 10) Vgl. z.B. The Guardian, 20.6.1987; H, 31.7.1987
- 11) The Observer, London, 26.7.1987
- 12) The Independent, London, 14.8.1987

Läden sind jetzt angefüllt mit Obst und Gemüsesorten, die in den Grünzonen, die die Städte umgeben, angebaut werden. Es wird jede Anstrengung unternommen, die Bauern zu ermutigen mehr Nahrungsmittel anzubauen.

Doch zuerst müssen Handelsgüter produziert oder importiert werden, um ihnen einen Anreiz zu bieten. Auf der Strecke nach Cabo Bassa traf ich Bauern, die ihre Hühner nicht einmal gegen US-Dollars verkaufen wollten. Sie wollten nur Salz und Batterien.

In dem Maße wie die Produktion sich langsam vorwärts müht und mehr Importwaren zu bekommen sind, bessert sich die Wirtschaftslage, wobei der Schwarzmarktkurs für den Metical sich von 1:20 vor gerade einem Jahr auf heute 1:2,5 verbessert hat. Aber die Preise sind immer noch weit höher als die Gehälter.

Angestellte im öffentlichen Dienst lassen ihre Büros im Stich, so daß sie ein eigenes kleines Privatunternehmen betreiben können. Sie handeln auch auf dem Schwarzmarkt direkt unter den Plakaten, die „Chicote ao Candongueiro“ – „Prügel für den Schwarzhändler“ androhen.

Sprache der Macheten

Ein an einem hiesigen öffentlichen Projekt Beschäftigter sagte: „Prügel sind eine schnellere Bestrafung als Gefängnis und werden in der hiesigen Kultur akzeptiert. Bei einer Gelegenheit tranken der Prügelnde und das Opfer nach der Bestrafung beide zusammen ein Bier. So ist Mosambik!“

Aber der riesige Zustrom an internationaler Hilfe, der jetzt hereinkommt, stellt für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes eine Versuchung dar.

Ein Parteichef versuchte Baumaterialien für Getreidelagerhallen auf dem Lande für sein persönliches Bauprojekt abzuzeigen. Er wurde erwischt.

In dieser Situation gedeihen die Gerüchte. Der RNM verbreitet mit Wonne Gerüchte über hohe Beamte. Sie sagt, die Beamten horteten Hilfslieferungen, die der Rationierung entgangen seien, in besonderen Lagern.

Der RNM nährt auch die Klagen darüber, daß der südliche Changane-Stamm, die „mestiços“ (gemischtrassige Menschen) und die Weißen in der Regierung überrepräsentiert seien.

Inzwischen klagen Parteioffizielle und Intellektuelle in der Regierung über „spalterische Praktiken“. Während ich dort war, waren sie besonders wegen eines Dokumentes besorgt, das Frelimo-Kämpfern der alten Garde aus den Nord- und Zentralprovinzen zugeschrieben wird.

Sie hatten den größten Anteil am Unabhängigkeitskrieg. Das Dokument zirkulierte innerhalb des Zentralkomitees und forderte eine stärkere Vertretung für sie und schwarze Mosambikaner im allgemeinen.

Auch die Technokraten stimmen nicht mit den Parteiideologien überein. Sie sagen, daß Anreize notwendig seien, um einen weiteren Verlust an qualifizierten Fachkräften zu vermeiden.

Sie behaupten auch, es sei ganz natürlich, daß die Weißen und Farbigen den größten Teil der Führung stellten, da sie die gebildetesten Fachkräfte stellten. Dies sei unter dem Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit notwendig. Aufgabe der Frelimo sei es, für Chancengleichheit zu sorgen.

Redakteur Carlos Cardoso meint: „Hier herrscht Krieg. Ja, wir haben enorme Probleme. Aber wir sind diejenigen, die der südafrikanischen Aggression Widerstand leisten.“

Wir sind die wirkliche Mosambikanische Nationale Widerstandsbewegung (RNM)! Je mehr der RNM das Volk zu terrorisieren sucht, um so mehr wird sie die jüngere Generation politisieren.

Der RNM behauptet, den Sozialismus zu bekämpfen. Sie zerstört Schulen und Krankenhäuser. Wissen Sie, was geschieht? Schlichte Menschen setzen in ihrem Verständnis solche Gebäude mit dem Sozialismus gleich. Terrorismus schafft auch Bewußtsein.“

Cardoso könnte recht haben. Allein das Krankenhaus von Beira zeigt genug, um

auf Minen getreten sind, die auf ihren Feldern und den Wegen rings um ihre Dörfer gelegt wurden. Ein paar Wochen vorher hatte es Fälle von vorsätzlicher Verstümmelung gegeben, wo Ohren, Nasen und weibliche Brüste gezielt mit Macheten (catanas) abgehauen wurden. Aber die katholische Kirche und die Regierung sind verschiedener Meinung über eine Lösung der ganzen schmutzigen Angelegenheit.

Die katholischen Bischöfe gaben einen Hirtenbrief heraus, in dem sie die Frelimo und den RNM ersuchten, ihre Differenzen beiseite zu legen und zusammenzukommen.

Nicht alle Geistlichen stimmen dem zu. Ein Priester meinte, die Aussagen der Bischöfe sei „nicht angemessen“ und lobte Präsident Chissanos Diplomatie, weil er die Bischöfe nicht persönlich angegriffen habe.

Chissano hat auch versucht, mit der Kirche gute Beziehungen beizubehalten, indem er Rom besuchte und viele Kirchen in der Diözese Maputo wieder öffnete. Aber er verwandte einen großen Teil seiner Rede zum Unabhängigkeitstag auf eine Antwort auf den Hirtenbrief der Bischöfe.

Der Vorsitzende der Volksversammlung, Marcelino dos Santos, ging noch weiter. Er sagte, daß die Bischöfe nicht Rom, sondern Pretoria dienten.

Aber der Präsident ließ keinen Zweifel aufkommen: „Wie können einige Leute von Versöhnung sprechen? Mit wem können wir sprechen und worüber?



Südafrikanisches Frachtgut im Hafen von Maputo

diese Aussage zu erhärten.

In einer Abteilung kämpft eine Frau mit dem Tod, nachdem sie eine Kugel in den Leib bekommen hat. Dort weint ein sechs Monate altes Baby. Der Junge verlor Daumen und Zeigefinger, als seine Mutter getötet wurde, nachdem ihr Bus auf eine Landmine fuhr.

Es gibt dort Menschen beiderlei Geschlechts und jeder Altersgruppe mit amputierten Gliedmaßen, nachdem sie

Er beschuldigt Südafrika auch, daß es im vergangenen Mai den Tod dreier mosambikanischer Zivilpersonen verursacht habe, als man auf der Suche nach ANC-Kämpfern eine Razzia durchführte.

Im Juni d.J. gaben die südafrikanischen Sicherheitskräfte bekannt, daß sie den in Angola geborenen, aber in Mosambik lebenden George Olimpio Nunes verhaftet hätten, der angeblich die Bombe gelegt hat, die am 13. März d.J. in Matola zwei Menschen tötete.

Aber trotz alledem und trotz der Drohungen seitens des südafrikanischen Generals Magnus Malan gegen Präsident Chissano meinen die meisten Parteiführer, daß Mosambik sich nicht dazu hinreißen lassen wird, das Abkommen von Nkomati zu brechen, das 1984 mit Südafrika unterzeichnet wurde.

„Nkomati vermeidet zumindest einen offenen Krieg, der viel mehr Todesopfer auf beiden Seiten zur Folge haben und noch mehr Probleme schaffen würde“, erläutert Cardoso.

Pretorias Katz-und-Maus-Spiel

Unterdessen treibt Südafrika ein inkonsistentes Katz-und-Maus-Spiel.

Es schüttete 3 Mio Rand für die Wiederinbetriebnahme der Kräne im Hafen von Maputo aus. Es stellt noch immer den größten Teil der Energielieferungen an Maputo aus dem Transvaalgebiet. Und es ist dabei, die südafrikanische Handelsmission zu erweitern.

Manche sagen, dies diene der Ruhe und Sicherheit der Kräfte des südafrikanischen Geheimdienstes. Hiesige Geschäftsleute sagen, daß Südafrika bloß die lokale Infrastruktur aufbaue, um seine Zulieferer in Erwartung schärferer Sanktionen in den kommenden Jahren zu stärken.

Diese Haltung verträgt sich aber nicht damit, daß man dem RNM erlaubt, die Strommasten zu zerstören, die Elektrizität von Cabo Bassa nach Südafrika befördern sollten. Genausowenig paßt dies zu der gezielten Einschränkung des südafrikanischen Handels über den Hafen von Maputo, der lange Zeit als „natürlicher Ausgang für den südafrikanischen Handel“ galt. Ferner paßt es nicht zu dem Versuch der südafrikanischen Schifffahrtslobby, welche die internationale Schifffahrtsorganisationen dazu anhält, Schiffe, die Beira benutzen, mit Gebührenaufschlägen zu belegen.

„Es ist Südafrikas Ziel, eine nichtrassistische Gesellschaft wie unsere funktionsunfähig zu machen. Sie wollen, daß wir schwach und abhängig sind“, sagt Cardoso, der kein Ende der Destabilisierung sieht, bis die Apartheid abgeschafft ist. (Quelle: New African, London, September 1987, S. 9-13)

Erstmals seit dem israelischen Libanonkrieg von 1982 ist die Nahostdiplomatie wieder in Bewegung geraten. Seit Monaten denken die diversen Konfliktparteien laut über den Rahmen einer internationalen Nahostkonferenz nach (siehe L. Burhani, in: AIB 7/1987). Auch die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) hat sich mit ihrem Vereinigungsnationalrat von Alger (siehe AIB 6/1987) rechtzeitig in den Diskussionsprozeß eingeschaltet. Der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat (58 J.) steckt die palästinensische Haltung zu einer Nahostkonferenz ab. Und er räumt dem Projekt durchaus Chancen ein.

Interview mit Yassir Arafat Konsens für eine Nahostkonferenz

FRAGE: In Algier haben sich soeben der Palästinensische Nationalrat (PNC) und das Exekutivkomitee der PLO für eine internationale Konferenz für den Frieden im Nahen Osten ausgesprochen. Glauben Sie an die Möglichkeit einer solchen Konferenz?

Y. ARAFAT: Die Haltung des PNC hierzu ist klar und deutlich. Wir hoffen, daß das Vorbereitungskomitee dieses Jahr zusammenkommen wird.

Es besteht ein Konsens über eine internationale Konferenz. Es hat die französisch-sowjetische Initiative beim Besuch von Präsident Mitterrand in Moskau gegeben.

Es gab die Erklärung der chinesischen

Regierung und die der Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in der vom Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und der Teilnahme der PLO die Rede ist.

Israels Regierung ist gespalten

Die Idee einer internationalen Konferenz ist gebilligt worden von der Gipfelkonferenz von Harare (der nichtpaktgebundenen Länder, abgehalten im September 1986 in Simbabwe).

Sie ist bekräftigt worden von der Islamischen Konferenz und unterstützt worden durch die überaus bedeutsame Ent-

schließung des Arabischen Gipfels in Casablanca. Und sie ist jetzt theoretisch erstmals von den USA gebilligt worden. Erstmals ist auch die israelische Regierung gespalten: Ein Teil der Kabinettsmitglieder hat die Idee der Konferenz übernommen, wobei sie natürlich von ihrem Standpunkt aus an sie herangehen.

FRAGE: Glauben Sie, daß diese amerikanische Haltung Bestand haben wird?

Y. ARAFAT: Nach „Irangate“ müht sich die amerikanische Administration, ihr Ansehen aufzupolieren, besonders im Nahen und Mittleren Osten und bei ihren Freunden in der Region. Das übersehen wir nicht.

Aber es ist das erste Mal, daß sie die Idee einer internationalen Konferenz in Erwägung zieht.

FRAGE: Was hat die Haltung der PLO anders werden lassen? Nicht immer war es Ihre Meinung, daß dies der Weg zur Lösung des Konflikts im Nahen Osten sei.

Y. ARAFAT: Wir haben nur zwei Möglichkeiten: diese brutale militärische Konfrontation mit ihnen fortzusetzen oder durch Vermittlung der Vereinten Nationen, also durch eine internationale Konferenz, eine umfassende, dauerhafte und permanente Lösung für die Krise im Nahen Osten zu finden.

FRAGE: Haben Sie sich mit den Einzelheiten ihrer Durchführung befaßt? Wer wird daran teilnehmen, und mit welchen Zielen?

Y. ARAFAT: Angesichts der Stellungnahmen, von denen ich gesprochen habe, werden die Teilnehmer die fünf ständi-

gen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und alle vom Nahostkonflikt betroffenen Parteien einschließlich der PLO sein, auf einer Basis der Gleichheit.

FRAGE: Wer sind für Sie die betroffenen Parteien? Alle arabischen Staaten?

Y. ARAFAT: Alle betroffenen arabischen Staaten: Syrien, Libanon, Jordanien, Ägypten, die PLO.

Zugeständnisse nur von den Opfern?

FRAGE: Wie sieht die Politik der PLO gegenüber einer Friedenskonferenz aus? 1985 hatte Ihre Organisation mit König Hussein von Jordanien das Abkommen von Amman geschlossen...

Y. ARAFAT: Auf dem Arabischen Gipfel von Casablanca (August 1985) ist entschieden worden, daß das jordanisch-palästinensische Abkommen einer der Mechanismen zur Durchführung des Friedensplans von Fes sei (vorgelegt vom Arabischen Gipfel von Fes im September 1962). Es sollte der zweite Mechanismus sein, nachdem der erste das – „Ad-hoc-Komitee“ unter Vorsitz von König Hassan II. von Marokko und später von König Hussein – aufgehört hatte zu bestehen.

Wir haben jetzt einen dritten Mechanismus. Diesbezüglich habe ich erklärt (oft genug hat man mich zitiert), wir seien bereit, an der internationalen Konferenz als unabhängige palästinensische Delegation oder auch im Rahmen einer gemeinsamen arabischen Delegation teilzunehmen.

FRAGE: Kurz vor der Sitzung des PNC hier in Algier hat das Exekutivkomitee der PLO verkündet, das Abkommen von Amman sei annulliert. Heißt das, daß das Exekutivkomitee der PLO die drei Hauptpunkte des Abkommens aufkündigt: Anerkennung des Prinzips „Land im Austausch gegen Frieden“, Selbstbestimmung der Palästinenser im Rahmen einer jordanisch-palästinensischen Konföderation und Teilnahme der PLO an einer Konferenz im Rahmen einer jordanisch-palästinensischen Delegation?

Y. ARAFAT: Zunächst muß die Wahrheit gesagt werden. Nicht die PLO hat das Abkommen annulliert, das war die jordanische Regierung.

Letztes Jahr hat König Hussein jede Koordinierung mit der PLO über dieses Abkommen eingestellt. Und nicht nur das, sondern er hat gesagt, er werde nicht mit ihrer jetzigen Führung zusammenarbeiten.

Jetzt haben wir eine neue Führung. Ich

weiß nicht, ob er bereit sein wird, mit ihr zusammenzuarbeiten. Aber wenn nicht, mit wem dann? Dieses Abkommen hat er mit der PLO unterzeichnet, mit dem Vorsitzenden der PLO.

15 Monate hatte ich ihm für den Entschluß gelassen, das Abkommen anzunehmen, aber er hat sich überhaupt nicht gerührt. Mehr noch, er hat die schwere Verantwortung auf sich genommen, unsere Kader und unsere Büros aus Amman auszuweisen.

FRAGE: Viele Beobachter vermuten, das Abkommen von Amman habe deshalb nicht zu einer Friedenskonferenz geführt, weil alte Hindernisse wieder aufgetürmt wurden, besonders die Frage der Anerkennung Israels durch die arabischen Länder und die PLO.

Y. ARAFAT: Ihr verlangt immerzu, daß die PLO Israel anerkennen soll. Und währenddessen hören Schamir und die israelische Militärclique nicht auf zu wiederholen: „Mit der PLO wollen wir auch dann nicht verhandeln oder sie anerkennen, wenn sie Israel anerkennt.“ Versteht ihr sie denn nicht? Der Westen ist völlig ungerecht. Warum werden Zugeständnisse nur von den Opfern verlangt?

Was ist mit meinen Rechten? Was ist mit den Rechten meines Volkes? Was ist mit dem Recht meines Volkes, wie menschliche Wesen zu leben?

Ein Palästinenserstaat wäre keine Bedrohung für Israel

Das Abkommen von Amman ist gescheitert durch den Druck der USA und Israels auf Jordanien, daß es allein (mit Israel) verhandeln solle. Denn sie haben sich vorgestellt, sobald König Hussein das tun würde (mit Israel zu verhandeln), würde unser ganzes Volk mitmachen. Was sind die Ergebnisse? Den König hat man falsch unterrichtet. Es ist offenkundig, daß unser Volk gegen diese Besatzung kämpfen will, bis es sein Ziel erreicht, und nicht in Knechtschaft leben will. Von unserer ganzen Bevölkerung werden wir uneingeschränkt unterstützt, in den besetzten Gebieten und sogar im Ausland.

Der „Lagerkrieg“ im Libanon läßt deutlich den Widerstand unserer Bevölkerung unter dem Banner der PLO erkennen. (...)

Ich habe einen Sinn für die Geschichte. Ich habe eine klare Vision, und sie leitet mich.

Nicht aus Zufall werden innerhalb von Israel die Strömungen zugunsten des Friedens täglich breiter. Viele Israelis fangen an, die Realitäten zu entdecken. Sie können nicht 5 Mio Palästinenser

erdücken. Sie können sie nicht vernichten.

FRAGE: Sie haben vom Grundsatz „Land im Austausch gegen Frieden“ gesprochen. Wie ist Ihre Vision von einem palästinensischen Staat? (...) Soll das ein Staat aus Gaza und Westjordanien sein?

Y. ARAFAT: Vergessen Sie nicht, daß Sie mit dem Vorsitzenden der PLO sprechen: Alle Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrats muß ich genau beachten.

Einen seiner wichtigsten Beschlüsse will ich Ihnen wiederholen: Wir haben gesagt, daß wir bereit seien, unseren Staat auf jedem Stück Land zu errichten, aus dem Israel abzieht, oder das befreit wird, ganz gleich welches.

Sobald sie aus Gaza abziehen, schaffe ich dort meinen Staat. Wenn sie aus Jericho abziehen, hisse ich dort meine Fahne.

FRAGE: Die Israelis sagen ihren Kindern, wenn die Palästinenser einen Staat in Gaza oder Jericho oder Westjordanien haben, würde dieser Staat eine Bedrohung für Israel sein.

Y. ARAFAT: Und ihre 37 Atombomben, sind die etwa keine Bedrohung?

FRAGE: Sie haben gesagt, daß Ihnen gegenüber die Israelis nicht die Stärkeren sind. Sie könnten befürchten, feindliche Nachbarn in Ihnen zu haben.

Y. ARAFAT: Sie hätten Angst vor den Palästinensern? Ich habe eine Lösung. Ich bin einverstanden, daß die UNO an der Grenze zwischen ihnen und uns eine Ordnungstruppe stationiert. Einverständen?

Ezer Weizman hat mich neulich herausgefordert, einer israelisch-palästinensischen Konföderation zuzustimmen. Ich fordere ihn heraus, dem demokratischen Staat zuzustimmen, in dem wir beide leben könnten.

Eine Konföderation? Nein. Ein demokratischer Staat. Er hat ein Angebot formuliert, ich formuliere ein anderes. Mit zwei Gemeinschaften. (...)

Mit Syrien verständigen

FRAGE: Glauben Sie an die Möglichkeit der Schaffung eines jordanisch-israelischen Kondominiums (Gemeinschaftsverwaltung; d. Red.), die sich über Westjordanien erstrecken würde?

Y. ARAFAT: Wären Sie an meiner Stelle damit einverstanden? Das wäre ein Bantustan.

In Südafrika kämpfen sie gegen die Bantustans. Ich würde auch dagegen kämpfen.

FRAGE: Bahnt die Wiedervereinigung der PLO den Weg für Ihre Rückkehr nach Damaskus, für eine Verständigung mit Präsident Assad?

PLO-Vorsitzender Yassir Arafat als Redner auf der Wiedervereinigungstagung des Palästinensischen Nationalrats im April d. J. in Algier



Y. ARAFAT: Wir haben einen klaren und deutlichen Beschuß des PNC zur Schaffung neuer palästinensisch-syrischer Beziehungen.

Dr. Habbasch hat von der PLO den Auftrag erhalten, zu Gesprächen darüber zu Präsident Assad zu fahren. Er hat es getan.

FRAGE: Mit welchen Ergebnissen?

Y. ARAFAT: Es gibt positive Anzeichen. Aber wir brauchen noch mehr Begegnungen und Gespräche.

FRAGE: Die Syrer haben Sie 1983 von ihrem Boden ausgewiesen. Sie haben die Rebellion gegen Sie ermutigt. Kann das überbrückt werden?

Y. ARAFAT: Berücksichtigen Sie unsere arabische Mentalität.

Es hat einen Bruch zwischen den Algeriern und den Marokkanern gegeben. Die Beziehungen sind wieder aufgenommen worden – mit dem Treffen der beiden Staatsoberhäupter an der Grenze.

Es gab einen ganz bösen Konflikt zwischen den Syrern und König Hussein. Und dann wurde er mit einer einzigen Begegnung beigelegt.

Das ist unsere Art des Handelns. Wir wissen zu verhandeln.

FRAGE: Glauben Sie, daß Assad die Abhaltung einer internationalen Konferenz wirklich wünscht?

Y. ARAFAT: Die letzte offizielle Erklärung Syriens war die gemeinsame von Genosse Gorbatschow und von Assad (26.4.1987; d. Red.). Sie stimmten einer Konferenz über den Frieden im Nahen Osten zu.

Abu Nidal gehört nicht zur PLO

FRAGE: Werden Sie zu einem offiziellen Besuch nach Moskau reisen?

Y. ARAFAT: Das ist nicht nötig. Aber letztes Jahr hatte ich eine wichtige Begegnung mit dem Genossen Gorbatschow in Berlin.

In Moskau sind die Türen für uns offen.

FRAGE: Man hat angedeutet, die Sowjetunion habe eine wichtige Rolle gespielt bei der Lösung des Konflikts innerhalb der PLO und bei der Förderung der Einheit Ihrer Organisation.

Y. ARAFAT: Nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Jemeniten, die Algerier, die Libyer. (...)

FRAGE: Welche Zukunft hat Abu Nidal in der palästinensischen Bewegung?

Y. ARAFAT: Sie wissen, wir haben keine Mitwirkung in der PLO nicht geduldet. Für uns ist das klar.

Er ist (nach Algier) mit einer Delegation aus Tripolis gekommen. Aber für uns war es klar und einfach: Er gehört nicht zur PLO.

(Quelle: Jeune Afrique, Paris, Nr. 1389-90/19.-26. August 1987)

Diskussionsforum Palästina/Nahostkonflikt

Lösungsschlüssel Panarabismus – eine Illusion

Der Leserbrief von H.Chr. Wagner in AIB 8/1987 „Lösungsschlüssel Panarabismus“ bedarf bezüglich seiner Grundaussage einer Entgegnung, wenn diese auch durch seine recht chaotische Argumentation erschwert wird. Zunächst ein paar sachliche Richtigstellungen:

1. Der israelische Überfall auf den Libanon 1982 hatte die Zerschlagung des gesamten palästinensischen nationalen Widerstandes zum Ziel, in dem die vom Südlibanon ausgegangenen und faktisch schon seit längerer Zeit ruhenden militärischen Operationen der PLO gegen die Nordgrenze Israels nur einen untergeordneten Stellenwert hatten. Es ging nicht um den Schutz der zionistischen Siedlungen in Galiläa, sondern um die „Endlösung“ der palästinensischen Nationalfrage, und damit gleichzeitig um einen Einbruch (militärisch, politisch und nicht zuletzt wirtschaftlich) Israels in sein arabisches Hinterland.

2. Die FRNL ist keine schiitische Organisation, sondern wesentlich von laizistischen multikonfessionellen libanesischen Parteien wie der KP aufgebaut worden, die auch bis heute im Vergleich zu bourgeois geführten schiitischen „Amal“ gemeinsam mit palästinensischen Kämpfern an vorderster Front des nationalen Widerstandes gegen die zionistischen Besatzungsstruppen stehen.

3. Der Iran ist kein Teil der arabischen Welt. Nun zum Hauptthema: H.Chr. Wagner stellt richtig fest, daß die arabische Organisation „Amal“ mit Unterstützung des arabischen Syriens gefährliche Angriffe auf die Präsenz des palästinensischen Widerstandes im Libanon geführt hat und damit faktisch in der historischen Kontinuität des israelischen Angriffs von 1982 steht. In ähnlicher Weise haben andere unmittelbar betroffene arabische Staaten – vor allem Jordanien – früher am palästinensischen Widerstand gehandelt. Die gemeinsame Kultur und vor allem Sprache der arabischen Völker als Grundlage des Panarabismus haben daran nichts geändert.

sische – miteinander verbinden. Aber die arabischen Staaten werden nicht von ihren „Völkern“, im Sinne von werktätigen Massen, sondern von verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie beherrscht. Deren wirkliche Interessen sind auf die Verteidigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Herrschaft und damit letztlich auf die strategische Kollaboration mit ihren Klassenbrüdern außerhalb der arabischen Welt, besonders mit den mächtigsten von ihnen, den Herren des imperialistischen Systems, gerichtet.

Revolutionäre Bewegungen in der arabischen Welt werden von solchen Kräften nur taktisch aus Gründen der ideologischen Legitimierung der eigenen Herrschaft oder aus Gründen des Machtschachters mit gleichgearteten Konurrenten unterstützt. Richtig ist sicher, daß der Sieg der palästinensischen Nationalbewegung die volle Unterstützung durch das arabische Hinterland zur Voraussetzung hat und darüber hinaus wohl auch ihre eigene Revolutionierung.

Diese Unterstützung durch einen Appell an die Einheit der bestehenden Staaten, d.h. der bestehenden bourgeois Herrschaftsgebilde, erlangen zu wollen, ist jedoch eine gefährliche Illusion. Notwendige – wenn auch nicht ausreichende – Voraussetzung für eine grundsätzliche Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Region ist vielmehr die Erringung der Herrschaft durch strukturell nicht an den Imperialismus gebundene Kräfte, d.h. der werktätigen Bevölkerung unter der Führung der organisierten Arbeiterklasse.

Der Weg dahin ist vermutlich noch lang; alle angepriesenen kürzeren Wege haben jedoch realiter ein anderes Ziel als die Liquidierung des imperialistischen Zugriffs auf die Region in Gestalt des Zionismus und der arabischen Bourgeoisien. Die PLO hat heute vor allem die historische Aufgabe, die palästinensische Nationalfrage als eine Frage mit besonderer antiimperialistischer Sprengkraft am Leben zu halten und damit auch ein ständig bohrender Stachel im Fleisch der arabischen Bourgeoisien zu sein.

Frank Braßel

Aquino beugt sich dem Militär

Eher als von allen Beobachtern vorausgesagt scheint auf den Philippinen nach dem letzten Putschversuch vom 28. August d.J. die Person der Präsidentin Corazon Aquino selbst zur Disposition zu stehen.

Für zwei bis drei Jahre säße die Regierung Aquino fest im Sattel, ehe eine Fraktion des Militärs versuchen würde, an die Macht zu gelangen, indem sie insbesondere die Korruption innerhalb der Regierung und die Unfähigkeit derselben, die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken, hervorheben würde. Das prognostizierte der Gründungsvorsitzende der illegalen Kommunistischen Partei (CPP), José Maria Sison, in einem seiner zahlreichen Interviews zu Beginn des Jahres.¹

Abgesehen vom Zeitrahmen lag Sison nicht so falsch. In der Tat beklagten die Putschisten um Oberst Honasan die weitgreifende Korruption in der Regierung Aquino. Dieses Faktum ist nicht zu bestreiten.

Selbst das neugebildete Präsidialkomitee für öffentliche Ethik und Verantwortlichkeit mußte gleich in seinem ersten Bericht feststellen, daß etwa 1/4 des gesamten philippinischen Staatshaushalts in den Korruptionskanälen versickern würde.²

Die Demokraten müssen gehen

Dieser Kritikpunkt der Putschisten wie auch ihre Forderung nach einer Sold erhöhung für die einfachen Soldaten, die – wie 3/4 der philippinischen Bevölkerung – deutlich unter der Armutsgrenze leben, trug allerdings nur populistischen Charakter. Von strategischer Bedeutung war demgegenüber die Kritik an der Regierung, sie sei „zu weich gegenüber dem Kommunismus“.

Das richtete sich insbesondere gegen den Exekutivsekretär Aquinos – eine Art Kanzleramtsminister – Joker Arroyo, der sich bereits mit seiner Kritik an der Einmischung reaktionärer Geschäftskreise in die Regierungsgeschäfte einflußreiche Gegner verschafft hatte. Arroyo war das letzte Überbleibsel der einst zahlreichen liberal-demokratischen Kräfte innerhalb der Regierung und galt als persönlicher Vertrauter der Präsiden-



Präsidentin Aquino steht stramm vor den Militärs

Vielmehr hatte er Marcos sogar einst als Justizminister gedient.

Daß neben Arroyo und Aquinos Rechtsberater und Redenschreiber, Teodoro Locsin, ebenfalls ein Liberaler, auch der erzkonservative und in Harvard ausgebildete Finanzminister Jaime Ongpin (er erfreute sich der besonderen Zuneigung der westlichen Finanzwelt, da er alle Auflagen des Internationalen Währungsfonds bedingungslos umsetzte) seinen Kabinettposten aufgeben mußte, darf über den neuerlichen deutlichen Rechtsruck auf den Philippinen nicht hinwegtäuschen.

Ongpin wurde durch den ehemaligen Bankier Vincente Jayme, bislang Minister für öffentliche Arbeiten, ersetzt, der ebenfalls dem Unternehmerflügel in der Regierung zugerechnet werden muß.⁴

Wichtiger aber noch ist, daß es nun keinerlei „Puffer“ mehr gibt zwischen den offensiv vorgetragenen Wünschen des Militärs und der Präsidentin selbst.

Jede Kritik von Seiten der Rechten an der Regierung richtet sich von nun an direkt gegen Aquino. Und diese erweist sich einmal mehr als erstaunlich anpassungsfähig.

Eine Erhöhung des Militäretats und des Soldes scheinen ausgemachte Sache. Mit der Ernennung von Brigadegeneral Ramon Montano zum Kommandeur des Verteidigungskommandos der Region Manila wurde einer der Hauptverantwortlichen für das Mendiola-Massaker an den eine Landreform einklagenden Bauern in diesem Januar mehr als rehabilitiert.

Aquino scheint sogar bereit, ihre vermeintlich wichtigste personelle Stütze im Militär, Generalstabschef Fidel Ramos, aufzugeben. Sie hat offenbar versucht, ihn auf einen Botschafterposten abzuschieben oder ihm ein neu zu bildendes Ministerium (der Inneren Sicherheit) zu übergeben.

Ramos war aber nur bereit, sein derzeitiges Amt gegen das des Verteidigungsministers einzutauschen. Das wollte nun wieder Rafael Ileto, der das Amt erst im vergangenen November von Juan Ponce Enrile übernommen hatte, nicht mit sich machen lassen.⁵

In dieses Gerangel um das Amt des Generalstabschefs sind zwei von derzeit drei ausmachbaren Fraktionen innerhalb der

philippinischen Streitkräfte verwickelt. Ramos vertritt hierbei die in die Streitkräfte integrierte Nationalpolizei Philippine Constabulary (PC), deren Angehörige er derzeit in Führungspositionen zu bringen versucht. Die anderen Waffengattungen beobachten dies mit Skepsis und werfen der PC vor, zuwenig direkte Kampferfahrung zu haben.

Über diese wiederum verfügt Verteidigungsminister Ileto, „ein geachteter ehemaliger Frontgeneral“ (Newsweek), reichlich. Er kann sich außerdem zugute halten, von Marcos auf den Botschafterposten in Bangkok abgeschoben worden zu sein, wo er im übrigen das Aufstandsbekämpfungsprogramm der thailändischen Armee gegen die Kommunisten genau studiert hat.

Zwar hat sich Ileto während Honasans Putschversuch loyal zu Aquino verhalten, er versucht jetzt aber keine falschen Gräben aufzuwerfen. Unsere „beiden Lager sind antikommunistisch, und sie (die Kommunisten; F.B.) würden gerne sehen, daß wir uns gegeneinander zer-splittern“.⁶

Faktionierung der Armee

An der dritten Fraktion, der Honasans, die sich auch des Zuspruchs von Ex-Verteidigungsminister Enrile erfreuen dürfte, kommt derzeit angesichts ihrer Massenbasis im Militär niemand vorbei. Das in Hongkong erscheinende Nachrichtenmagazin „AsiaWeek“ gibt in seiner Ausgabe vom 2.10.1987 eine Umfrage unter dem philippinischen Offizierskorps wieder, wonach ein gutes Drittel die zeitweise Machtaufnahme des Militärs befürworten würde.

Der in den Untergrund abgetauchte Honasan hatte sich ja für die „Fortsetzung der Februarrevolution von 1986“

ausgesprochen, d.h. die Errichtung einer damals angepeilten Junta, die mit Zivilisten und Militärs besetzt werden sollte.⁷ In diesem Fall wäre das Experiment einer parlamentarischen Demokratie auf den Philippinen beendet und der Startschuß zu einer Offensive gegen die legale wie illegale Oppositionsbewegung gegeben.

Ohne die Billigung Washingtons wird das kaum geschehen.

Die Reagan-Administration scheint demgegenüber noch gespalten.

Während der neue US-Botschafter auf den Philippinen, Nicholas Platt, von dem Putschversuch völlig überrascht wurde und Reagan sofort seine Unterstützung für Aquino aussprach, mehren sich in Manila die Gerüchte um eine direkte Unterstützung des CIA für Honasan, die nun noch verstärkt werden soll.⁸ Washington ist offenbar beunruhigt, daß der philippinische Senat, in den zahlreiche bürgerliche Nationalisten gewählt wurden, der Verlängerung des Militärstützpunkt-abkommens über 1991 hinaus nicht zustimmen und die fortschrittliche Opposition, insbesondere die Neue Volksarmee (NPA), weiter an Einfluß gewinnen könnte.

Die Frage ist, inwieweit Aquino diesen Schritt mitvollziehen würde. Da sie es aber bislang abgelehnt hat, das Volk bzw. „People Power“ gegen die Bedrohung der philippinischen Demokratie aufzurufen, sondern stattdessen auf Mauscheleien mit dem Militär setzt, ist ihr auch zuzutrauen, als zivile Fassade einer Militärdiktatur zu dienen. Dies umso eher, als ihre Rolle als Präsidentin ansonsten in naher Zukunft ausgespielt sein könnte.

Bliebe zu klären, warum sich die politische Situation auf den Philippinen bereits jetzt so zugespielt hat und nicht, wie von Sison u.a. erwartet, erst in zwei

oder drei Jahren? Zum einen ist da ein während der letzten Marcos-Jahre und insbesondere während des Februarumsturzes ungeheuer politisiertes Militär, das überdies auch seine einmal gewonnenen materiellen Pfründe nicht verlieren will. Zum anderen haben sich die Hoffnungen der Aquino-Administration, des Militärs und der USA, die revolutionäre Bewegung des Landes würde an Schlagkraft verlieren, in keiner Weise erfüllt.

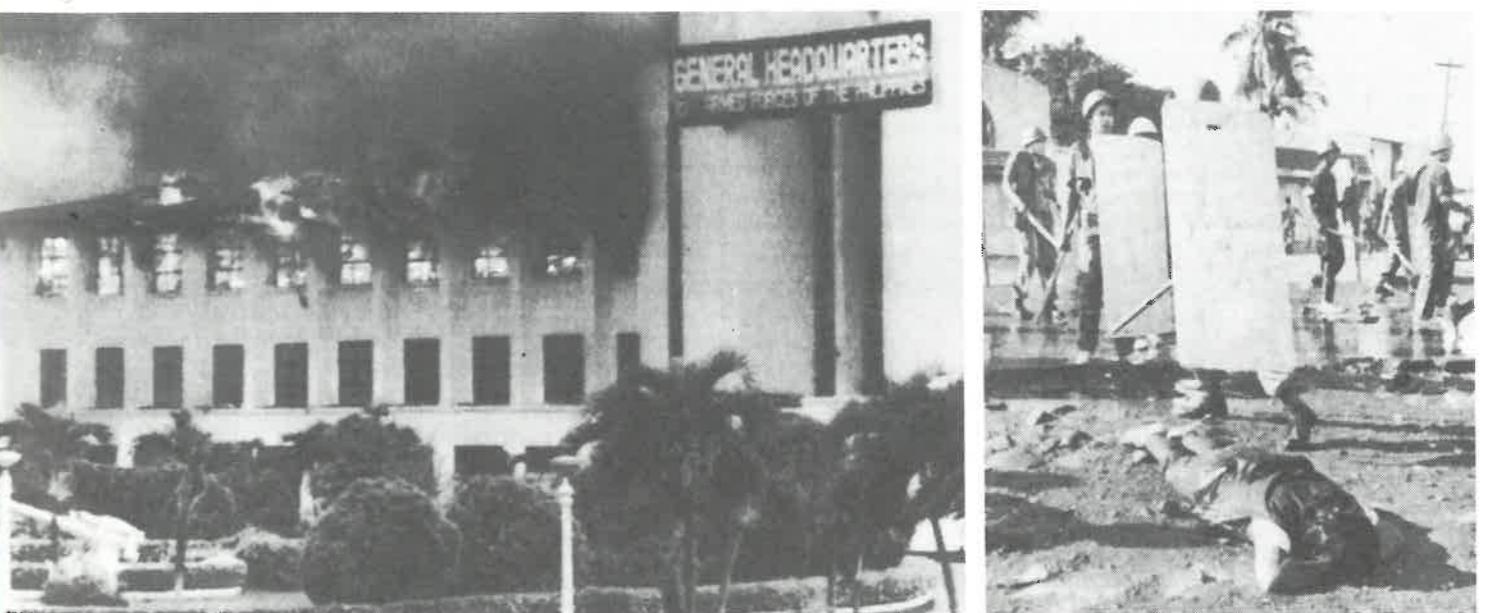
Die Linke bleibt handlungsfähig

Zwar hat es direkt nach der „Februarrevolution“ kurzfristige Rückschläge der Linken gegeben.

Auch ist die Niederlage der Linken bei den Parlamentswahlen im Mai d.J. nach Worten des Vorsitzenden der fortschrittlichen Volkspartei (Partido ng Bayan), Fidel Agcaoili, nicht nur auf staatliche Repression, sondern auch auf „interne Faktoren“ zurückzuführen.⁹ Doch in ihrem eigentlichen Terrain – den sozial-ökonomischen Auseinandersetzungen – ist die legale Volksbewegung, wie der Generalstreik gegen die Benzinpreiserhöhung am 26. August d.J. gezeigt hat, voll handlungsfähig.

Die von den Kommunisten angeführte Untergrundbewegung scheint ihre Position sogar noch ausgebaut zu haben. Rückschläge in Mindanao konnten durch den Ausbau der in Manila operierenden NPA-Einheit „Alex Boncaya Brigade“¹⁰ und verstärkte Aktivitäten auf Samar und Negros ausgeglichen werden. Die oben beschriebene Fraktionierung des Militärs will der Untergrund nun durch vermehrte Operationen vertiefen. Dabei wurde Bicol, der südliche Teil der Hauptinsel Luzon, Ende September durch den verschiedenen Einsatz

In Brand geschossenes Armeehauptquartier, das von den Putschisten gehalten wurde (l.); Polizeieinsatz gegen Demonstranten



von NPA-Bataillonen in Stärke von bis zu 500 Mann von der Hauptstadt abgeschnitten.¹¹

Doch inwieweit ist die philippinische Linke für einen vollen Angriff des Staats- und Militäraparats, der im Bereich des Möglichen zu liegen scheint, gewappnet? Die legalen Führer sind bereits jetzt außerordentlich verletzlich, wie der Mord am Generalsekretär der Massenorganisation Neue Patriotische Allianz (BAYAN), Leon Alejandro, am 19. September d.J. einmal mehr gezeigt hat. Anlässlich seines Begräbnisses hat Satur Ocampo, eine der Führungspersönlichkeiten des Untergrundes, vor einem „indonesischen Szenario“ gewarnt.¹²

Die Möglichkeit, daß hunderttausende Oppositioneller einfach abgeschlachtet werden könnten, wie in Indonesien 1965 geschehen, wird bislang in der philippinischen Linken noch wenig diskutiert. Man studiert stattdessen die Ereignisse in Mittelamerika.

Es scheint an der Zeit, die Niederlagen kommunistischer Bewegungen in Südostasien zu analysieren, auch wenn die philippinischen den einst mächtigen indonesischen Kommunisten um die Verfügbarkeit von etwa 25.000 unter Waffen stehenden Guerillakämpfern voraus sind.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. National Midweek (NM), Quezon City, 21.1.1987, S. 9
- 2) Vgl. die Angaben des Kabinettssekretärs, Jose de Jesus, in: The Philippine Star, Quezon City, 27.8.1987
- 3) Vgl. Newsweek, New York, 21.9. 1987
- 4) Zu den Kabinettsbesetzungen vgl. Time, New York, 28.9.1987
- 5) Vgl. Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 1.10.1987. In der gleichen Ausgabe berichtet das Blatt auch von offenen Mißtönen zwischen Aquino und Ramos.
- 6) Newsweek, 21.9.1987
- 7) Vgl. das Interview mit Honasan, ebd.
- 8) Vgl. Monitor Dienst Asien der Deutschen Welle vom 21.9.1987. Bemerkenswert ist auch, daß die Regierungen der ASEAN-Staaten nur sehr zurückhaltend auf den Putschversuch reagierten und Indonesien und Thailand erst nach drei Tagen ihre Solidarität mit Aquino bekundeten. Vgl. FEER, 10.9.1987. Die in Bangkok erscheinende Tageszeitung „The Nation“ dachte in ihrem Leithinnter vom 10.9.1987 sogar offen darüber nach, ob der für den 14./15.12.1987 vorgesehene 3. ASEAN-Gipfel besser nicht in Manila stattfinden sollte. Offenbar wollen die strikt antikommunistischen ASEAN-Regierungen ihr Mitglied Philippinen gerne wieder in geordneten militärischen Bahnen sehen.
- 9) Vgl. NM, 23.9.1987, S. 6-8
- 10) Der Aufbau einer städtischen Guerilla in Manila ist im übrigen innerhalb der philippinischen Linken nicht umstritten. Vgl. hierzu Omar Tupaz: Is NPA Sparrow Warfare Urban Terrorism, in: KASARINLAN, Quezon City, 3/1987, S. 63-72
- 11) Vgl. Asiaweek, Hongkong, 2.10. 1987, S. 15
- 12) Die Tageszeitung, 22.9.1987



Streik bei Flair Fashion im Frühjahr 1987

Rainer Werning Unter Adlern Reportagen aus Südkorea (III)

„Ich laß' mich nicht unter Druck setzen. Mit Terroristen verhandle ich nicht.“ Mit dieser forsch-unkonventionellen Begrüßung beginnt Günther M. Zimlich, Chefmanager der zu 100% in westdeutschem Besitz befindlichen Flair Fashion Co. Ltd., das Gespräch. Und dabei hatte ich mich mit einem Freund vorher bei ihm angemeldet, um erstmals direkt gerade seine Version über die „Vorfälle“ der südkoreanischen Niederlassung des zur Asko Deutsche Kaufhaus KG gehörenden Adler-Textilkonzerns zu erfahren. Flair Fashion liegt innerhalb der „Free Export Industrial Zone“ des ca. 230 km südwestlich von Seoul gelegenen Städtchens Iri.

Hinauswurf wegen Streik

Seit April d.J. ist Iri in Südkorea, mittlerweile auch in der hiesigen Presse, in die Schlagzeilen geraten. Mit „unverschämten niedrigen Preisen“ geht Adler, der in Europa lediglich Verkaufsstellen unterhält, bei uns mit hochglänzenden, farbigen Hauswurfsendungen auf Kundensuche. Produzieren läßt Adler seine Bekleidungsprodukte allerdings nur in Sri Lanka (etwa 900 Beschäftigte) und Südkorea (ca. 1.800 Beschäftigte). Beides Länder also, in denen Präsident und Firmenchef Fürchtegott Adler – der Mann heißt wirklich so! – die „komparativen

Kostenvorteile“ schätzen lernte. Darunter sind vor allem extrem niedrige Löhne, politisch gemaßregelt (bzw. verbotene freie) Gewerkschaften und der ungehinderte Profittransfer ins Ausland zu verstehen.

Im April kommt es bei Flair Fashion zum Streik. 12 Arbeiter/innen wurden fristlos auf die Straße gesetzt. Ihr „Vergehen“: Sie hatten sich gegen schikanöse Behandlungen im Betrieb, für höhere Löhne und freie gewerkschaftliche Betätigung stark gemacht. Polizei zog auf, firmeneigene Schlägertrupps droschen auf Arbeiterinnen ein. Es gab Verletzte und Festnahmen.

Kurzzeitig machte der Betrieb seine Pforten dicht. Die Magier der „unverschämten niedrigen Preise“ fühlten sich verunglimpft, als Opfer einer von „Terroristen“ entfesselten Verleumdungskampagne.

Zimlich, der sich mittlerweile aufruft, die – wenngleich merklich gekünstelte – Contenance zu wahren und von der unflätigen, indirekten Unterstellung, wir könnten potentiell diesem „Terroristen“-Milieu angehören, abläßt, versteht die Welt nicht mehr. „Es hat mich persönlich tief getroffen, als ‘Nazi’ beschimpft zu werden“, sagt er.

„Mir ist die ganze Aufregung unbegreiflich. Es hat bei uns im Frühjahr lediglich Arbeitsverweigerungen gegeben. Einige irregeleitete Leute haben ihre Stechuhren eingeschaltet und sich dann außer-

halb des Werksgeländes aufgehalten. So etwas ist doch in keinem Betrieb duldbar.“

„Sehen Sie hier“, erklärt Zimlich, dabei auf ein Fotoalbum der Geschäftsleitung weisend, „diese Aufnahmen haben wir von dem Streik gemacht. Sie können sich ja selbst davon überzeugen, wie wenige Personen die letztlich neun geschafften Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützen.“

Die Fotos der Streiksympathisanten in den verzerrten bewußt die Wirklichkeit. Sie wählen eine niedrige Kamerasstellung und schossen die Bilder direkt über die Köpfe der Streikenden hinweg. Offensichtlich sollte so der Eindruck erweckt werden, es handle sich bei dem Ereignis um eine Massenkundgebung gegen uns.

Und was war wirklich geschehen? Vom betriebsseigenen Bestrafungskomitee (Punishment Committee) wurden 12 Mitarbeiter wegen Arbeitsrechtsverletzungen entlassen. Von ihnen gehörten zwei männliche Mitarbeiter und eine Mitarbeiterin dem Exekutivkomitee unserer Gewerkschaft an.

Erst nach zwei Anhörungen der Betroffenen erfolgte der Entlassungsbescheid. Die Demonstration der Entlassenen und ihrer Sympathisanten fand dann am 7./8. April mit der Forderung nach Wiedereinstellung statt. Die Verbreitung von Verleumdungen fügt nicht nur dem Bild des Engagements deutscher Industrien in Korea schweren Schaden zu; damit soll allgemein das Image der Deutschen im Ausland beschmutzt werden.“

Umstürzlerische Elemente?

Auf welche Verleumdungen er sich beziehe, frage ich nach.

„Wir werden attackiert“, erläutert Zimlich, „weil wir angeblich miserable Arbeitsbedingungen haben, Hungerlöhne auszahlen und seit 1976, dem Jahr der Inbetriebnahme von Flair Fashion, unser Stammkapital um annähernd das Zwanzigfache aufgestockt haben sollen – alles auf Kosten einer ausgepowerten Arbeiterschaft.“

Das alles ist unsäglicher Unsinn. Flair Fashion zahlt im Vergleich zu koreanischen Unternehmen überdurchschnittliche Löhne. Die Beschäftigten erhalten zusätzlich: freies Mittagessen, kostenlose Bustransport, kostenlose Unterkunft im firmeneigenen Wohnheim für etwa 350 Personen, regelmäßige Picknicks und Partys.

Seit Jahren betreiben wir ein breitgefächertes Ausbildungsprogramm in Zusammenarbeit mit der (bundeseigenen) Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und dem hiesigen Arbeitsministerium (MOL) mit Modellcharak-

ter. Ich glaube, der ganze Rummel um uns, so unverständlich er mir ist und bleiben wird, wird von einigen umstürzlerischen Elementen auf der Arbeitnehmerseite zu einem Politikum hochgespielt, um darauf ihre eigene Suppe zu kochen.“

„Ungemein fleißig, mobil“

Nach einer Tasse Kaffee lädt Herr Zimlich zur Betriebsbesichtigung ein. Unser geduldiges Zuhören muß Eindruck gemacht und ihm genügend Sicherheit eingeflößt haben. Es ist 18.15 Uhr. Schichtwechsel. Die Arbeiterinnen im Alter von 17-25 Jahren müssen sich einer Kontrolle unterziehen. „So 'rabi' sind bei uns die Leibesvisitationen“, merkt Zimlich in zynischem Unterton an.

Die Arbeiterinnen zeigen sich verschüchtert, würdigen uns nur flüchtiger Blicke, wohl irritiert über unsere „Mission“ in der Firma. Über der schmuck eingerichteten, vollklimatisierten Geschäftsetage liegen die Zuschneide- und Nährräume. „Wissen Sie“, sagt Zimlich in fast peinlich berührender Zutraulichkeit, „die südkoreanischen Arbeiterinnen sind ungemein fleißig, geschickt und die wohl weltweit mobilsten. Ich habe es erlebt, daß einige Frauen, mit nur einer Plastiktüte in der Hand, bei uns vorsprachen, um Arbeit nachsuchten und nach ein paar Wochen oder Monaten wieder mit einer Plastiktüte davonzogen.“

Sexuelle Nötigung hat man unseren Aufsehern vorgesworfen. Alles Quatsch! Sollte das jemals erwiesen sein, so können Sie versichert sein, daß ich den Betroffenen eigenhändig vor die Tür setzen werde. Und wir hier, das deutsche Personal und die amerikanischen Lehrer meine ich, leben ein glückliches Familienleben.

Natürlich steht im Lande nicht alles zum besten. Aber wo gibt es das schon. Die Regierung hat wirtschaftlich Erstaunliches geleistet. Und ich bin zuversichtlich, daß sie auf politischem Gebiet auch eine Liberalisierung einleiten wird.“

Am 2. Juli, dem Tag dieses Gesprächs, waren die entlassenen Personen in Seoul. Vor der bundesdeutschen Botschaft protestierten sie gegen ihre Behandlung in Iri. Hartnäckig beharren sie auf Wiedereinstellung.

Gelingt ihnen das nicht, so bleiben ihre Namen auf „Schwarzen Listen“ – mit der bitteren Konsequenz, daß kein Betrieb im Lande sie jemals einstellt. Der Botschafter Jürgen Kleiner verspricht, „angemessene Schritte in die Wege zu leiten“. Seitens des Bonner Außenministeriums, so ist zu erfahren, werde man sich nach der Rückkehr von Fürchtegott Adler

Bestell-Coupon

(bitte einsenden an: AIB-Leser/-innen-Service, Postfach 510 868, 5000 Köln 51)



- Ich abonneiere das AIB ab Nr. ____ / ab sofort
 Ich bestelle ____ Expl. AIB Nr. ____ **
 Ich bestelle ____ Expl. AIB-Sonderh. Nr. ____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 24 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr: DM). Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 bzw. 2,50 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z. B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Name/Vorname _____

Straße/Nr. _____

Postleitzahl/Wohnort _____

Datum/Unterschrift _____

Gewünschte Zahlungsweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Kontonummer _____

Bankleitzahl _____

Geldinstitut _____ in _____

Rechnung

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB-Leser/-innen-Service, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum/Unterschrift _____

Werbeprämie

Der oben aufgeführte AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

mein Name _____

meine Adresse _____

mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot _____

AIB
DIE DRITTE WELT-ZEITSCHRIFT

Adler lässt Federn



TdF-Aktion vor Adler-Bekleidungsmarkt in Esslingen

Am 11. September d.J. ließ das Management des größten europäischen Textildiscounters, der Adler Bekleidungswerk AG, die zu 90% der Asko Deutsche Kaufhaus KG gehört, ihr Einlenken im Streit um ihren südkoreanischen Produktionsbetrieb Flair Fashion verlautbaren.

Wenige Stunden zuvor war – nach Brandanschlägen der „Roten Zora“ auf Niederlassungen der Firma, Mitte August d.J. – ein erneuter Anschlag, diesmal auf den Adler-Bekleidungsmarkt in Westberlin, verübt worden. Adler bezifferte den Gesamtschaden auf ca. 35 Mio DM.

Unter der Überschrift „Adler beugt sich der Gewalt“ teilte die Firmenleitung mit, daß sie keine andere Möglichkeit sehe, das „Werk in Südkorea und die Märkte in der Bundesrepublik ohne Gefahr weiterzuführen“, als eben die Forderungen der streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter zu erfüllen.

So wurde versprochen, die Entlassungen der 12 Arbeiter/innen zurückzunehmen. Inzwischen wäre in Lohnverhandlungen eine Gehaltserhöhung um 11% und damit eine Steigerung der Löhne von insgesamt 23,5% in diesem Jahr vereinbart worden.

Zudem wäre auch der Manteltarifvertrag erheblich verbessert worden. Über weitere Streitpunkte wie die Arbeitsplatzbedingungen, Werkschutz und Lohngutscheine sollte noch eine Einigung erzielt werden.

Diese Angaben entsprachen jedoch nicht ganz den Tatsachen. Die Geschäftsleitung nahm die Kündigung niemals zurück, sondern bot lediglich eine Abfindung von 500.000 Won, das sind ca. 12.000 DM, an. Die Lohnspanne bei Flair Fashion reichte zu diesem Zeitpunkt übrigens von umgerechnet 120-310 DM im Monat, d.h. bis zu 50% unter dem Existenzminimum.

Die Abfindung wurde jedoch von den Beschäftigten nicht akzeptiert, da sie die Betriebsratswahlen abwarten wollten, an denen sich erstmals unabhängige Gewerkschaften beteiligen konnten. Am 14. September wurde die Kandidatin der CAJ, einer unabhängigen katholischen Gewerkschaft, mit großer Mehrheit zur Vorsitzenden gewählt.

Danach stieg das Adler-Abfindungsangebot auf für koreanische Verhältnisse fürstliche

34.000 DM an. Zwei der Entlassenen nahmen dieses Angebot nicht an, sondern verlangten ihre Wiedereinstellung an den alten Arbeitsplatz. Die Geschäftsleitung sagte Ende September auch in dieser Frage ihr Einlenken zu.

Damit war der sieben Monate andauernde Arbeitskampf vorläufig beendet. Der hartnäckige, entschlossene Widerstand der Beschäftigten zwang die Firmenleitung letztlich zum Nachgeben. Aber auch der konsequenteren und in einem breiten Spektrum verankerten Solidaritätsarbeit ist dieses Ergebnis zu verdanken. Die führende Rolle übernahm dabei die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes (TdF), die über ein Jahr die Praktiken bei Adler recherchierte.

Bald machten weitere gesellschaftliche Gruppen auf den „Fall Adler“ aufmerksam, so u.a. die Gruppe der Frauen in der Dritten Welt, die Christliche Arbeiterjugend, der Bayrische Mütterdienst. In Frankfurt machten sich die Gewerkschaften Textil und Bekleidung sowie Handel, Banken und Versicherungen, christliche Gruppierungen, das Evangelische Industriepfarramt und autonome Gruppen für die Interessen der Flair-Fashion-Belegschaft stark. Obwohl anfangs kaum ein Interesse seitens der Presse bestand und das Adler-Management nach dem Anschlag am 15. August die Schließung des südkoreanischen Werkes ankündigte, brach die Kontinuität in der Unterstützung für die Forderungen der Textilarbeiterinnen nie ab.

Dabei hatten sich die Solidaritätsgruppen mit dem Vorwurf, sie würden den Terrorismus unterstützen, auseinanderzusetzen. So warf der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Adler AG, Karches, TdF vor, sie hätte „mit ihrem Engagement gegen Adler den Boden fruchtbar gemacht für die Gewaltakte“. TdF distanzierte sich von den Brandanschlägen und sah dadurch die Solidaritätsarbeit gefährdet. Daß jedoch nicht der Terrorismus – wie Adler glauben machen möchte – das Unternehmen zum Nachgeben zwang, zeigt der Umstand, daß Adler bereits vor den letzten Anschlägen zu Zugeständnissen im Arbeitskonflikt bereit war. Andreas Krajecek

(der gerade auf Geschäftsreise in der Schweiz weilte) um die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission bemühen.

Am 6. Juli kreuzen zwei Wagen mit Bereitschaftspolizisten vor der Botschaft auf. Die protestierenden Arbeiter/innen werden verhaftet und nach Iri zurückgebracht – das Ende vom Anfang einer alltäglichen Repression.

Trotz ihrer vorläufigen Niederlage – eine Wiedereinstellung lehnt das Flair-Fashion-Management noch immer kategorisch ab – bestechen Mut und Einsatz der Entlassenen und ihrer Freunde. Ein Lehrstück auch für konkretes solidarisches Handeln zwischen Koreanern und Deutschen – mit all seinen Stärken und Schwächen.

Die Schwachstellen berühren unterschiedliche kulturelle Normen und politische Vorgehensweisen. Die Botschaft zu blockieren und den Botschafter zu drängen, Adlers Machenschaften zu beenden, verkennt nicht nur die Einfluß- und Interventionsmöglichkeiten des diplomatischen Corps.

Eher noch wäre ein Druck in gegenläufiger Richtung denkbar, daß sich dann freilich finanziell stärkere Firmenchefs als gerade ein mittelständischer Fürchtegott ins Zeug werfen, um den Botschafter im Sinne der Industrie politisch-diplomaticisch im Gastgeberland initiativ werden zu lassen.

Lehrstück der Solidarität

Die Stärke: Der „Fall Adler“ zeigt, daß der niemals beschworenen, tatsächlich aber geschmeidig funktionierenden Solidarität der Herrschenden eine spürbare Solidarität von unten, selbst in einem diktatorisch regierten Land, entgegengesetzt ist.

Koreanische und deutsche Gruppen in der BRD und Südkorea sowie engagierte Einzelpersonen, vor allem aus dem kirchlichen und entwicklungs-politischen Spektrum, reagierten zügig. Die Betroffenen wurden ausführlich befragt, Dokumentationen erstellt, Gewerkschafter „angespitzt“ und Vertreter der Medien kontaktiert.

In einem Brief vom 30. April, den Herr Zimlich an die deutschen Mitarbeiter der Presbyterianischen Kirche in der Republik Korea (PROK) schrieb, forderte er wörtlich, „weitere Verleumdungsaktionen, unter dem Deckmantel der Kirche und Moral, zu unterlassen“. Überraschend strahlte das ZDF am 20. Juli im Rahmen seines Magazins „WISO: Wirtschaft & Soziales“ einen Adler-Bericht aus, in dem der Betrieb u.a. als Profiteur diktatorischer Verhältnisse „verleumdet“ wurde.

Wie stets bei solchen Arbeitskonflikten

tut sich allzu schnell ein Dickicht von Anschuldigungen, Behauptungen, Mutmaßungen, Dementis und Gegendarstellungen auf, in dem man sich leicht verheddert.

Nur, die Welt der „Verleumdeten“ erweist sich in diesem Falle als mickrige Teilwelt von Managern und Unternehmern, die trotz langjährigen Aufenthalts in Korea den legendären Affen gleichen – nichts sehen, nichts hören, nichts sagen und vor allem immer feste druff! Flair Fashion läßt als einziger Betrieb seiner Art nachts nähen. Aufgrund ungeeigneter Belüftungsvorrichtungen sind die Arbeitsbedingungen im Sommer schier unerträglich.

Die „Save the Company“-Werkschutzbandschlägertruppe fungiert als Kettenhund des Managements. Die firmeneigenen Unterkünfte (8 Betten pro Zimmer) sind ebenso wenig kostenlos wie die Mahlzeiten.

Ein auf Kommandoallüren reduzierter Umgangston kann für eine „West-Ost-Verständigung“ keine akzeptable Sprache sein. Die von Flair Fashion selbst angeführte Kapitalaufstockung von 72,45 auf 500 Mio Won (1 DM = ca. 450 Won) im Zeitraum 1976-86 läßt ahnen, daß sich hinter „unverschämt niedrigen Preisen“ zuallererst „unverschämt niedrige“ Löhne verbergen.

„Niemand behauptet“, kommentierten vier deutsche Mitarbeiter der PROK in einem kürzlich veröffentlichten Schreiben, „die in Iri bezahlten Löhne lägen unter dem koreanischen Durchschnitt. Wir hörten, daß im Seouler Industriedistrikt Yongdong-po Arbeiter für eine Erhöhung des Monatslohns auf 100.000 Won erbittert gekämpft haben und sich in diesem Protestkampf ein Arbeiter, Park Young Jin, selbst anzündete. Augenzeuge berichteten, die Polizei habe seine Freunde daran gehindert, ihn zu retten und das Feuer zu löschen.“

Rechtfertigen diese schlimmen Zustände irgendetwas in Iri? Wenn ADLER nur durch diese Art von Billiglöhnen in Deutschland erfolgreich anbieten kann (...), rechtfertigt das dann die Ausbeutung in Korea?“

Fazit ihres Kommentars: „Bei den entlassenen Arbeiterinnen, aber auch bei den Arbeiterinnen im Betrieb, spürten wir eine große emotionale Reserviertheit, beinahe Ablehnung uns gegenüber, eine latente Feindseligkeit gegenüber Deutschen und deutschen Männern im speziellen. Daß die entlassenen Arbeiterinnen aber, obwohl sie selbst zu den ‚Besser-Verdienenden‘ zählen, in ihrem Engagement für die schlechter Gestellten (insbesondere Anfänger) einen so hohen Preis zu zahlen bereit sind, macht uns ihr Zeugnis glaubhaft.“

Und selbst wenn man die positive Selbstdarstellung der Firmenleitung zugrunde-

legt, erschrickt man über die Konkretheit, in der die strukturelle Ausbeutung sichtbar wird: Die ‚unverschämt niedrigen Preise‘ bei uns in Westdeutschland und die außerordentlich hohen Profite eines deutschen Unternehmers in Korea sind möglich, weil die Arbeitsverhältnisse insgesamt so miserabel sind.“

Einer der Beteiligten soll nicht vergessen werden – der katholische Gemeindepfarrer in Iri, Bonaventura Sou-Hyeon Rhee. Mehrere Jahre hat er in der BRD gelebt, zeigt sich extrem gastfreudlich und ist sichtlich vergnügt, sein Deutsch bei einem „Schwätzchen“ aufzupolieren.

Zuflucht in der Kirche

Ein bemerkenswerter Mann mit lustig-listig funkelnden Augen, in Geste und Duktus mittendrin im „Minjung“ – den kleinen, geschundenen Leuten. Seinen „Job“ versteht er nicht nur als ein Dem-Volk-aufs-Maul-Schauen. Er ist Teil des Volkes...

„Sie müssen entschuldigen, daß ich noch nicht ganz fit bin. Einige Tage mußte ich im Krankenhaus zubringen. Unfreiwillig...“

Er krempelt seine Hosen hoch und zeigt auf die blutunterlaufenen Beine. „Die haben geschossen wie verrückt. Selbst auf unserem Kirchengelände hagelte es Tränengasgranaten. Mich hat's auch erwischt.“

Er kramt in seinen Unterlagen und holt einen Brief hervor, den er am 28. April d.J. an Bundeskanzler Kohl sandte. In diesem vierseitigen Schreiben schildert er aus seiner Sicht den „Fall Adler“. Der Brief schließt mit der Bitte: „Sie können uns helfen, einen Schritt auf dem demokratischen Wege weiterzukommen.“ Bis heute, Anfang Juli, habe er keine Antwort erhalten. Sympathiebriefe seien indes vom SPD-Vorsitzenden

Streikposten vor Flair Fashion in Iri



Vogel und Horst Ehmke eingegangen. „Kommt es zu keiner zufriedenstellenden Lösung des Konflikts und signalisiert Adler keinerlei Kompromißbereitschaft“, so befürchtet Pfarrer Rhee, „können sich die Schwierigkeiten 2-3 Jahre lang hinauszögern.“ Darauf scheint er sich vorbereitet zu haben.

„Das Bettzeug da hinten wird wohl noch etwas länger in Anspruch genommen werden“, sagt er lächelnd. Benutzt wird es von den entlassenen Arbeiterinnen, denen er ein Häuschen auf seinem Gemeindekomplex zur Verfügung gestellt hat.

Pfarrer Rhees Befürchtungen sind nicht unbegründet. Ich erinnere mich an die dreiseitige, bereits im Juni d.J. ausgearbeitete Erklärung eines Schiedsabkommens, in die mich Herr Zimlich während unseres Gesprächs einen kurzen Blick werfen ließ.

Seinerseits sei es okay und unterschriftenreif. Nur stünde die Signatur der Entlassenen noch aus, „bevor überhaupt etwas wieder in Bewegung kommen kann bzw. an eine mögliche Wiedereinstellung zu denken sei“.

Des Pudels Kern: Ausgearbeitet wurde diese Erklärung von einem vierköpfigen Komitee, dem nebst dem Bürgermeister von Iri, dem zuständigen Polizeichef und Vorsitzenden des Arbeitsamtes noch der als ausgesprochen reaktionär eingestufte katholische Pfarrer K.H. Koh angehörten.

Unter Punkt 3 dieser Erklärung heißt es beispielsweise: „Die Beteiligten akzeptieren die endgültige Entscheidung dieses Schiedskomitees und enthalten sich jeder Publicität gegenüber öffentlichen wie privaten Organisationen.“ Öffentlichkeit ist Flair Fashions Stärke nicht. Vor allem aber: Eine Unterschrift unter ein solches Schriftstück wäre für Adler ein willkommener Höhenflug, der ihm nur schwerlich glücken dürfte.

Norbert Beauregard Das Scheinreferendum



Polizeiüberfall auf friedliche Kundgebung von Referendumsgegnern

Mit einem Referendum am 13. September d.J. suchte die französische Regierung eine endgültige Entscheidung über den Verbleib der südpazifischen Kolonie Neukaledonien bei Frankreich herbeizuführen.

Der Ausgang der Abstimmung, an der alle Einwohner teilnehmen sollten, war von vornherein abzusehen gewesen, da

die Ureinwohner, die Kanaken, zu einer Minderheit im eigenen Land geworden sind. Sie stellen nur noch 43% der 146.000 Einwohner.

Die Bevölkerungsmehrheit stellen vor allem Franzosen (die sog. Caldoches) aus den ehemaligen französischen Kolonien sowie Inder, Vietnamesen, Tahitianer usw. Allein zwischen 1969 und 1976 folgten 25.000 Einwanderer der Einladung der französischen Regierung, die Position der Europäer in Neukaledonien zu verstärken.

Die Sozialistische Kanakische Nationale Befreiungsfront (FLNKS), die die Mehrheit der Kanaken vertritt, hatte zum Wahlboykott aufgerufen, nachdem ihre Forderung, daß nur jene abstimmen sollten, die über ein Elternteil verfügen, das in Neukaledonien geboren wurde, abgelehnt worden war.

Mit der Absicht, die Legitimität der Abstimmung zu erhöhen, hatte die französische Regierung Maßnahmen ergriffen, um die Wahlbeteiligung und die Anzahl der Ja-Stimmen zu steigern. Die Sicher-

heitskräfte wurden auf 8.400 Mann (d.h. einer auf vier erwachsene Kanaken) erhöht. Soldaten „warben“ in den Dörfern der Kanaken für die Beteiligung. Demonstrationen für einen Boykott wurden brutal niedergeknüpft. In Diensten der Unabhängigkeitsgegner standen zudem der Rundfunk, das Fernsehen und die einzige Tageszeitung des Landes.

Insgesamt nahmen 59,1% der Wahlberechtigten am Referendum teil, wovon sich 98,3% gegen die Unabhängigkeit aussprachen. Nach Angaben der FLNKS hatten jedoch von den Kanaken nur 16,8% am Referendum teilgenommen. FLNKS-Präsident Jean-Marie Tjibaou erklärte dazu: „Diejenigen, die sich für den Verbleib Kaledoniens in der Republik ausgesprochen haben, sind Einwanderer, die das Schicksal aller, einschließlich der Kanaken, festlegen wollen.“

Autonomie der Kanaken zurückdrehen

Jetzt sollen die wenigen Errungenschaften, die die Kanaken der vorherigen sozialistischen Regierung in Frankreich abringen konnten, rückgängig gemacht werden.

1984 hatten sie erreicht, daß Neukaledonien in vier Regionen aufgeteilt wurde, die über weitgehende Kompetenzen verfügten.

Bei den Wahlen zu den Regionalräten 1985 konnte die FLNKS die Mehrheit in

drei erreichen. Den Caldoches verblieb nur die Südregion mit der Hauptstadt Nouméa.

Nach dem Machtantritt der Rechtsregierung in Paris (März 1986) erfolgte jedoch ein Kurswechsel. Premierminister Chirac erklärte kurz und bündig: „Neukaledonien ist eine multirassische Gesellschaft, es gibt kein Kolonialproblem.“

Die Budgets der drei von der FLNKS geführten Regionen wurden gekürzt, Mittel für die wirtschaftliche Entwicklung anders verwendet. Jetzt sollen die Regionen neu aufgeteilt werden, um die Mehrheit der FLNKS zu brechen, und ihre Autonomie eingeschränkt werden. Ob Frankreich jedoch auf Dauer Neukaledonien die Selbstbestimmung verweigern kann, ist angesichts des internationalen Drucks und der Gegenwehr der Kanaken zu bezweifeln. Die Kanaken werden in ihren Forderungen von den Staaten des Südpazifischen Forums unterstützt.

Sowohl Australien als auch Neuseeland wandten sich gegen das Referendum. Am 22. September hatte der neuseeländische Premierminister David Lange die französische Präsidentin in Neukaledonien als Absurdität bezeichnet.

Bereits 1986 war es den südpazifischen Staaten gelungen, Neukaledonien in die Liste der sich nicht selbstverwaltenden Territorien der UNO aufzunehmen. Anfang Dezember d.J. wird die Frage der Unabhängigkeit Neukaledoniens erneut auf der Tagesordnung der UN-Vollversammlung stehen.

Dementsprechend forderten die Regierungen mehrerer verschuldeter Länder entweder Zinssenkungen oder „debt relief“, also Schuldennachlässe in verschiedenen Formen und Variationen. Vor allem Brasilien, Mexiko und Argentinien versuchten, ihren diesbezüglichen Forderungen Nachdruck zu verleihen, indem sie sich im Rahmen des IMF zur „Gruppe der 3“, kurz genannt G3, zusammenschlossen, um in Zukunft bei Schuldenerverhandlungen durch Gemeinsamkeit eine bessere Position zu haben.²

J.M. TJIBAOU: Es war die FLNKS, die das Referendum verlangt hat, aber nicht dieses Referendum.

1980, als die Sozialisten an der Macht waren, versammelten sich alle politischen Kräfte in Naville-La Roche, in Frankreich, und wir einigten uns auf die Anerkennung des Rechts auf Unabhängigkeit, der von den Nicht-Kanaken – Europäer oder nicht – erworbenen Rechten und der Verpflichtung Frankreichs, den kolonialen Tatbestand abzuschaffen. Wir gingen sehr weit in der Anerkennung der Rechte der Nicht-Kanaken, aber diesen Sozialisten begannen danach, einen Rückzieher zu machen.

Das Referendum ist wertlos. Es befriedigt nur die Sammlung für Kaledonien in der Republik (RPCR, die größte Partei der Caldoches, der französischen Siedler; d. Red.), die nicht einmal unsere Existenz als Volk anerkennt. Über die Aufstellung der Wählerlisten müssen die Kanaken entscheiden und dies mit den anderen Bürgern diskutieren.

FRAGE: Man sagt, daß sie die Caldoches aus Neukaledonien hinauswerfen wollen.

J.M. TJIBAOU: Nein. Wir erkennen an, daß wir nicht die einzigen Opfer des kolonialen Tatbestandes sind.

Deshalb wollen wir eine Wählerliste, in der alle aufgeführt sind, die hier geboren wurden und einen kaledonischen Elternteil haben.

FRAGE: Was bedeutet das jetzige Referendum in der Strategie Ihrer provisorischen Regierung?

(Quelle: El País, Madrid, 9. September 1987)

Charles Pauli Die Krise wird vermarktet IMF/Weltbank-Tagung

„Schuldenkrise ohne Schuldenmanager – Strategie-Wirrwarr in Washington“, überschreibt das Handelsblatt vom 30.9.1987 einen Bericht über die Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IMF) und Weltbank, die vom 28. September bis 1. Oktober d.J. in Washington stattfand.

Nach fünf Jahren Krisenmanagement des IMF und der international tätigen Großbanken, nach fünf Jahren „Sanierungs-politik“ mit den Mitteln der sog. freien Marktwirtschaft stellt die kapitalistische Finanzwelt fest, daß sich die Schuldenkrise wieder verschärft (siehe dazu auch: AIB 7/Juli-August 1987).

Der IMF beklagt in seinem Jahresbericht „sich eintrübende wirtschaftliche Perspektiven“ und die Weltbank berichtet, daß die Schuldenlast die Dritte Welt mehr denn je erdrücke.¹

Dementsprechend forderten die Regierungen mehrerer verschuldeter Länder entweder Zinssenkungen oder „debt relief“, also Schuldennachlässe in verschiedenen Formen und Variationen. Vor allem Brasilien, Mexiko und Argentinien versuchten, ihren diesbezüglichen Forderungen Nachdruck zu verleihen, indem sie sich im Rahmen des IMF zur „Gruppe der 3“, kurz genannt G3, zusammenschlossen, um in Zukunft bei Schuldenerverhandlungen durch Gemeinsamkeit eine bessere Position zu haben.²

Harter Kurs der Banken

Andererseits zeigte diese IMF-Tagung noch einmal in aller Schärfe, daß die westlichen Regierungen und Banken nicht bereit sind, auf die Forderungen der verschuldeten Länder einzugehen.

FRAGE: Man sagt, daß sie die Caldoches aus Neukaledonien hinauswerfen wollen.

J.M. TJIBAOU: Nein. Wir erkennen an, daß wir nicht die einzigen Opfer des kolonialen Tatbestandes sind.

Deshalb wollen wir eine Wählerliste, in der alle aufgeführt sind, die hier geboren wurden und einen kaledonischen Elternteil haben.

FRAGE: Was bedeutet das jetzige Referendum in der Strategie Ihrer provisorischen Regierung?

(Quelle: El País, Madrid, 9. September 1987)



US-Finanzminister Baker vor der IMF/Weltbank-Tagung

Auftakt der Washingtoner Weltwährungskonferenz ein paar klare Worte sprach. Von einem weitgehenden westlichen Konsens zum Schuldenerlaß, so seine Warnung an die Länder der Dritten Welt, könne keine Rede sein.

Man solle die in der Gipfelkündigung von Venedig signalisierte Bereitschaft, einer Gruppe ärmster Länder der Sub-Sahara-Region auch in der Form des 'dept relief' zu helfen, nicht mißverstehen. Der vermeintliche westliche Konsens zum Schuldenerlaß, so Ruding, erstrecke sich nur auf Entwicklungskredite, die angesichts der verheerenden Entwicklung dieser 'Armenhäuser' nicht mehr zu bedienen sind. Kommerzielle Kredite an die ärmsten Länder fielen also nicht unter den Konsens."

„Die in Washington zur IWF-Tagung versammelten Banken reagieren irritiert auf die hochgehende Diskussion über 'debt relief'. 'Die internationalen Geschäftsbanken', so Commerzbank-Chef Walter Seipp, 'stehen mit ganz wenigen Ausnahmen zusammen, wenn es um die

Interview mit Jean-Marie Tjibaou Wir wollen nur Unabhängigkeit

Jean-Marie Tjibaou ist Präsident der Sozialistischen Kanakischen Nationalen Befreiungsfront (FLNKS) und der provisorischen kanakischen Regierung, die sich auf die große Mehrheit der Ureinwohner Neukaledoniens, der Kanaken, stützen kann. Das folgende Interview, in dem Tjibaou die Positionen der FLNKS zur Erringung der Unabhängigkeit erläutert, wurde kurz vor dem Referendum vom 13. September d.J. geführt, mit dem Frankreich alle Bewohner Neukaledoniens über die Unabhängigkeit abstimmen ließ.

FRAGE: Befinden Sie sich im Krieg gegen Frankreich?

J.M. TJIBAOU: Nein, wir befinden uns nicht im Krieg. Wir befinden uns in einer Situation der endgültigen Verweigerung.

Wir sagen rundweg nein zu Frankreich. Sie haben uns des öfteren betrogen und jetzt wollen wir uns an keinen neuen Reform- oder Autonomievorschlägen mehr beteiligen.

FRAGE: Sind Sie zu einer Unabhängigkeit bereit, die die Beibehaltung irgendeiner französischen Militärbasis gestattet?

J.M. TJIBAOU: Wir wollen niemandes Mili-



FRAGE: Aber Ihr Volk ist zahlenmäßig sehr klein, etwa 60.000 Kanaken, und ist darüber hinaus eine Minderheit im eigenen Land.

J.M. TJIBAOU: Ja, aber die strategische Lage des Archipels verleiht uns eine größere Kraft, obwohl sie auch unser Unglück ist, daß sie der Grund für den Verbleib Frankreichs ist.

Der Südpazifik ist eine Zone, die militärisch von allen Mächten begehrte wird, sehr bedeutend für den Schiffsverkehr und die Fischerei und in der Nähe der Regionen gelegen, wo das größte Wirtschaftswachstum des Planeten erzielt wird.

FRAGE: Was bedeutet das jetzige Referendum in der Strategie Ihrer provisorischen Regierung?

(Quelle: El País, Madrid, 9. September 1987)



Ablehnung jeder Art von Schuldenverzicht geht.'³

Eine Lösung im Sinne der Menschen in den Schuldnerländern haben die Banken also nicht anzubieten.

Stattdessen versuchen sie im Sinne der Profitmaximierung unverändert so viel wie möglich an Zinsen herauszuholen, auch wenn das die Schuldner langfristig in den Bankrott zu treiben droht. Für diesen Fall haben die Banken in letzter Zeit verstärkt Vorkehrungen getroffen, um nicht selbst bei Zahlungsunfähigkeiten von Großschuldern in Schieflage zu geraten.

Vorsorge für Pleiten

Die Deutsche Bank beispielsweise, auch hier ein Muster an Solidität, hat inzwischen 70% ihrer Kredite auf hochverschuldete Länder abgeschrieben. Ähnliche Abschreibungen wurden von allen international tätigen Banken in der BRD vorgenommen.

Im Mai und Juni d.J. zogen auch die US-Banken nach, die bisher ohne nennenswerte Reserven der Verschuldungs krise vergleichsweise schwächlich gegenüberstanden. Geführt von der Citibank stellten sie in einem Kraftakt 10 Mrd \$ an Rückstellungen auf Entwicklungsländerkredite in ihre Bilanzen ein. Mit diesen Reserven im Rücken können sie derzeit leichter einzelne Zahlungseinstellungen verhindern und härtere Forderungen an die Politik und die Wirtschaftspolitik ihrer Schuldner stellen.

Gleichermaßen haben sie es weniger nötig, ständig neue Kredite an verschuldete Länder zu geben, um ihre Schuldner über Wasser zu halten. Auch die Welt-

bank stellt diese neue Entwicklung fest: „Nach Angaben der Weltbank ist ... eine Verhärtung in der Haltung der internationalen Bankenwelt gegenüber den Entwicklungsländern zu beobachten, nachdem mehrere Bankenkonsortien unlängst beschlossen, die eigenen Rückstellungen für mögliche Verluste aus Darlehen an die Dritte Welt um ein Vielfaches zu erhöhen. Einher mit dem verminderten Bankenengagement gehe ferner eine Stagnation der öffentlichen Subventionen in diesen Ländern, wie der Bericht betont.“

„Internationale Geschäftsbanken hatten ferner in den vergangenen vier Jahren ihr Engagement in den Entwicklungsländern 'beträchtlich' verringert, so der Jahresbericht, was dazu geführt habe, daß diese Institute nur noch geringe Neigung zeigten, über eine Umschuldung mit den Ärmsten der Armen zu verhandeln. Im Jahr 1986 konnte die Dritte Welt diesbezüglich Umschuldungsabkommen in Höhe von 71 Mrd \$ mit ihren Gläubigerbanken abschließen, insgesamt wurden jedoch nur 2,6 Mrd \$ neu vergeben. Darin sind allerdings nicht die Kredite an Mexiko enthalten, die Anfang 1987 ausbezahlt wurden.“⁴

Die Banken setzen sich also zunehmend ab, vergeben kaum noch neue Kredite, versuchen aber über den Bestand an Alt schulden in Umschuldungsverhandlungen weiter wirtschaftlichen und politischen Druck auszuüben.

Daß der Kapitalismus versucht, auch noch aus seinem eigenen Chaos und seinem Unvermögen Geld zu machen, zeigt die Diskussion über die „neuen Instrumente“ des Schuldemanagements, die auf der Jahrestagung geführt wurde.

Diese neuen Instrumente hängen mit der Absetzbewegung der Banken zusammen, die damit versuchen, ihre in unterentwickelten Ländern festliegenden Milliarden wenigstens teilweise wieder flüssig zu machen.

Die Zauberformeln heißen „securisation“ und „debt-equity-swaps“. Bei der Verbriefung (securisation) geben die Banken bestehende Forderung als handelbare Anleihen mit großen Abschlägen auf den Anleihemarkt an Dritte weiter.

„Neue Instrumente“

Die „debt-equity-swaps“ (Schulden-Eigenkapital-Tausch) bestehen darin, daß Banken ihre Kredite in Beteiligungen an profitablen Industrieunternehmen im Schuldnerland tauschen, und damit einen massiven Zugriff auf die dortige Industrie bekommen können. Letztendlich sind alle diese Geschäfte Anzeichen dafür, daß an eine Lösung der Schuldnerkrise im bestehenden Rahmen

gar nicht mehr zu denken ist. Auf einer ähnlichen Ebene liegt auch das einzige Ergebnis der IMF/Weltbank-Jahrestagung. Formell wurde der Beschuß gefaßt, das Kapital der Weltbank zu erhöhen. Näheres über Betrag und Verfahrensweise soll in den kommenden Monaten geklärt werden.

Die Weltbank wird damit erweiterte Möglichkeiten haben, da wo es politisch für notwendig erachtet wird, für die Geschäftsbanken einzuspringen und bestimmte Projekte zu finanzieren, die für die Banken und das Monopolkapital wichtig sind. Gleichzeitig erhält sie erweiterte Möglichkeiten, ihr Recht wahrzunehmen, in Verbindung mit solchen Kreditvergaben eine wirtschaftspolitische Kontrolle auszuüben.

Das bedeutet nichts anderes, als dazu beizutragen, daß sich die Spirale von Verschuldung, verschärfter Ausbeutung und vergrößertem Elend in der Dritten Welt unverändert weiter dreht.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Blick durch die Wirtschaft, 18.9. 1987
- 2) Vgl. Handelsblatt (HB), 26./27.9. 1987
- 3) HB, 19.9. 1987
- 4) Blick durch die Wirtschaft, 18.9. 1987

antimilitarismus information

DAS THEMENHEFT ZUR AKTUELLEN DISKUSSION UM FRAUEN UND MILITÄR

Hanne-Margret Birkenbach: zur Diskussion um Feminismus und Pazifismus, Elise Boulding: zu verschiedenen Frauengestalten in Geschichte und Gegenwart, Wendy Chapkis zum Mythos von der friedfertigen Frau, Cynthia H. Enloe: zu unterschiedlichen Formen militarierter Männlichkeit, Carol Cohn: zu Sprache und Denken der 'Verteidigungsexperten' in einem US-amerikanischen Zentrum für Rüstungstechnologie und -kontrolle, Gabi Dobusch: zu Frauen und Bundeswehr

Frauen haben kein Vaterland...



Das Themenheft hat 60 Seiten und kostet 4.50 DM (plus Porto)

Ich bestelle:
 o Ex. Themenheft: Frauen haben kein Vaterland...
 o ein Abonnement der 'antimilitarismus information', (d.h. pro Jahr 12 Hefte, davon drei Themenhefte) zum Preis von 32,25 (incl. Porto) jährlich
 o ein Kostenloses Probeheft

An ami (Redaktion und Vertrieb), Elbholzstraße 11, 1000 Berlin 30, Tel.: 030 / 215 10 35

Frieden und Dritte Welt

Wolfram Brönner

UNO-Konferenz für Abrüstung und Entwicklung Das Prinzip „Abrüstung für Entwicklung“ im Werden

Das Prinzip „Abrüstung für Entwicklung“ muß auf schnellstem Wege den verhängnisvollen Zustand „Abrüstung auf Kosten der Entwicklung“ ablösen. Dies war die Grundaussage einer Welt premiere, der ersten „Internationalen Konferenz über Abrüstung und Entwicklung“, die vom 24. August bis 11. September 1987 in New York über die Bühne ging.

Auch die Tatsache, daß die Reagan Administration und Südafrika der von der UNO ausgerichteten Veranstaltung fernblieben, vermag die Bedeutung dieses ersten umfassenden Dialogs des Staatenforums, dem die Verbindung zwischen Abrüstung und Entwicklung zugrundegelegt wurde, kaum zu schmälern.

Ruinöses Wettrüsten

Immerhin vermochten sich 150 UN-Mitgliedsstaaten, nebst 183 teilnehmenden nichtstaatlichen Organisationen, in einer einmütig verabschiedeten Schlußerklärung auf eine gemeinsame Position in dieser Frage zu einigen. So setzte die New Yorker Tagung einige ermutigende Zeichen, obgleich dank des Abweglers der Westmächte so mancher Realisierungsvorschlag erst einmal auf Eis gelegt werden mußte.

Eigentlich war die Konferenz bereits für den Herbst 1986 angesetzt gewesen. Auf Initiative des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand hatte die 39. UN-Vollversammlung 1984 beschlossen, sie in Paris auszurichten.

Doch angesichts des Gegenkurses der Reagan-Administration, den Vorbereitungsausschuß und die Konferenz zu boykottieren, und aufgrund ihres Drucks auf die engsten Verbündeten zog die unterdessen konservative französische Regierung Mitte 1986 ihre Zusagen zurück.

Die 41. UN-Vollversammlung aber ließ sich vom vehementen Widerstand der USA nicht einschütern und beschloß prompt, die Veranstaltung im darauffolgenden Herbst im New Yorker Hauptquartier der Vereinten Nationen



nachzuholen.

Die Regierung Reagan blieb bei ihrer konfrontativen Haltung und boykottierte das Ereignis. In einer Stellungnahme des State Department (Außenministerium) zum Konferenzauftakt gab sie ihre Altsicht zum besten, es gäbe überhaupt keine Verbindung zwischen Rüstung und wirtschaftlicher Entwicklung.

„Die Vereinigten Staaten sind seit langem der Meinung, daß Abrüstung in der industrialisierten Welt und Entwicklung in der Dritten Welt keine Sachverhalte sind, die direkt oder funktional miteinander verbunden sind.“ Von daher widersetzt man sich auch dem Ansinnen, die Dritte Welt könne einen automatischen Anspruch auf Finanzmittel, welche an Rüstungsausgaben eingespart

würden, geltend machen.

Nicht zu unrecht knüpfte das State Department daran die Sorge, eine solche Konferenz könnte als „Vehikel für einen propagandistischen Angriff gegen die Verteidigungsausgaben der industrialisierten Welt als der Hauptursache der wirtschaftlichen Probleme der Dritten Welt“ dienen.¹

Doch was blieb den Teilnehmern dieses nunmehr dritten Abrüstungsforums der Vereinten Nationen (nach zwei Sonder tagungen der UN-Vollversammlung 1978 und 1982) anderes übrig, als sich den nackten Tatsachen zuzuwenden. Und diese schlagen nun einmal in erster Linie gegen die Neuankurbler des Wett rüstens, die Reagan-Administration und ihre NATO-Alliierten, zu Buche.



Verhandlungspartner Reagan und Gorbatschow – ein erstes Abrüstungsabkommen wird noch für 1987 erwartet

Vorab ihre irrwitzigen Aufrüstungsprogramme der 80er Jahre, die von atomaren Erstschlagsraketen über erweiterte Interventionskontingente bis hin zum „Sternenkriegs“konzept SDI reichten², haben die jährlichen Weltrüstungsausgaben 1986 auf traumatische 1 Bio \$ hochgetrieben³. Und angesichts des gleichlaufend beschleunigten Auszehrungs- und Verarmungsprozesses der Dritten Welt (Verschuldungskrise, Drosselung der Entwicklungshilfe, Abblocken von Weltwirtschaftsreformen usw.) stehen die USA, da sie auf beiden Feldern die Weltnummer 1 verkörpern, naturgemäß am meisten in der Kritik.

Radikale Vorschläge der Sowjets

Davon abgesehen drängt einfach die dramatische Zuspitzung des Widerspruchs zwischen der Verschleuderung von Abermillionen \$ an den Moloch Rüstung und dem Elend von Milliarden Menschen zur Anklage und zur radikalen Veränderung. In einer vom UN-Sekretariat für die New Yorker Konferenz erarbeiteten Studie wird u.a. festgestellt, daß:

- sich die Militärausgaben im Zeitraum 1960-1980 verdoppelt haben, was sich 1980-87 in etwa wiederholte und zu einem neuen Anstieg ihres Anteils am Bruttonsozialprodukt auf rund 6% führte, nachdem dieser in den 70er Jahren stagniert hatte;
- die Militärausgaben im Schnitt ca 20% der Staatsausgaben ausmachen und

25% der Forschungsausgaben für militärische Zwecke, mit 70-80 Mrd \$ doppelt soviel wie für Waffenexporte, aufgewendet werden;

- die weltweiten Militärausgaben von 1 Bio \$ ungefähr der heutigen Schuldenlast der Dritten Welt und dem 25fachen der öffentlichen Entwicklungshilfe gleichkommen;
- der von westlichen Konzernen und Banken betriebene jährliche Kapitalentzug aus der Dritten Welt von derzeit ca. 250 Mrd \$ in etwa dem US-Jahresbudget für Rüstungszwecke entspricht;
- mit nur 1% der Rüstungslasten bereits hinreichende agrarische Aufbauhilfen in der Dritten Welt geleistet werden könnten, um sie zu Selbstversorgern mit Nahrungsmitteln zu machen, was ange-

Kein Wunder also, daß UN-Generalsekretär Perez de Cuellar bei der Eröffnung der New Yorker Konferenz die „Kolossal Verschwendungen durch den Rüstungswettlauf“ beklagte.

Indiens Außenminister Natwar Singh, Präsident des Abrüstungsforums, fügte hinzu, daß das Wettrüsten, „besonders das nukleare“, einerseits das Überleben der Menschheit bedrohe und andererseits ihre Lebensgrundlagen ruiniere. Während die Militärausgaben ins Uferlose stiegen, habe „es seit zwei Jahrzehnten keinen weltweiten Fortschritt bei der Abrüstung gegeben“.⁵

Eben hier setzten die weitreichendsten Maßnahmenvorschläge von New York an, die sich in einem Appell Michail Gorbac-

hovs äußerten, „die Welt für eine Welt ohne Rüstung“ zu gestalten, „die Welt der Entwicklung“ – zu bilden, der allen Staaten offensteht. Die UdSSR ist bereit, sich an diesem Fonds zu beteiligen.“

Weiter schlugen Gorbatschow und Petrowski ein „Sondertreffen der höchsten Persönlichkeiten der Mitgliedstaaten des UNO-Sicherheitsrates“ vor, welches die Fonds-Idee und andere Realisierungsmöglichkeiten erörtern sollte, darunter die weltweite Beschränkung der Rüstungsausgaben wie auch der Waffenexporte auf ein Mindestmaß bzw. eine Untergrenze, den Vergleich der Militärdoktrinen sowie eine Erarbeitung „eines neuen wirtschaftlichen Modells der Welt unter den Bedingungen der Abrüstung“, inbegriffen Pläne zur Umstellung von Rüstungs- auf Zivilproduktion.⁶

Die gangslage von Entwicklungsländern und sozialistischem Lager für künftige Anläufe in Sachen Abrüstung und Entwicklung merklich verbessert, sie auf eine neue legale und politische Grundlage gestellt. Worin sind die vorwärtsweisenden Ergebnisse der UN-Konferenz zu sehen? Zunächst einmal ist es als Erfolg des zähen Ringens von Nichtpaktgebundenen und sozialistischem Lager zu werten, daß die Anerkennung des Zusammenhangs bzw. der Wechselwirkung zwischen Abrüstung und wirtschaftlicher Entwicklung in der Schlußdeklaration verankert werden konnte. Dies gilt, wenngleich so manche Formulierung hätte prägnanter ausfallen können, wäre sie kein Kompromiß mit NATO-Aufrüster gewesen.

Die New Yorker Schlußdeklaration hebt hervor, daß „der Gegensatz zwischen den globalen Militärausgaben und den unbewältigten sozialökonomischen Erfordernissen einen zwingenden moralischen Appell dazu bedingt, die Abrüstung mit der Entwicklung zu verbinden. Es gibt auch eine zunehmende Anerkennung dafür, daß sowohl die Überrüstung als auch die Unterentwicklung Bedrohungen des internationalen Friedens und der Sicherheit darstellen.“

Freiwerdende Mittel umlenken

Zwar konnten die Rüstungslobbyisten die überzogene Feststellung unterbringen, Abrüstung und Entwicklung seien „getrennte Prozesse. Beide sollten entschieden vorangetrieben werden, unabhängig vom Tempo des Vorankommens des anderen; einer sollte nicht zur Geisel des anderen gemacht werden.“ Doch als Korrektiv bekräftigt der nachfolgende Abschnitt, daß „Abrüstung und Entwicklung in einer engen und mehrdimensionalen Beziehung zueinander stehen“. Als ein anderes Hauptergebnis anzusehen ist die in der Deklaration verankerte Anerkennung der von Rüstungskritikern vertretenen Auffassungen, daß die Reduzierung der Militärausgaben für die Weltwirtschaft von Vorteil wäre und einzige durch die Abrüstung zusätzliche größere Mittel zur Bekämpfung von Unterentwicklung und Armut freigesetzt werden könnten.

Außerdem benannte man die Entwicklungsländer ausdrücklich als bevorzugte Adressaten für auf diese Weise umzulenkende Rüstungsmilliarden. So stellt das New Yorker Schlußdokument klar, die Verknüpfung zwischen Abrüstung und Entwicklung „führt teils von der Tatsache her, daß fortgesetztes globales Wettrüsten und Entwicklung miteinander um dieselben begrenzten Ressourcen wetteifern, sowohl auf na-

tionaler als auch internationaler Ebene. Die Zuweisung massiver Ressourcen für die Rüstung verhindert es, die Entwicklung auf eine optimale Weise voranzutreiben... Abrüstung kann dem Entwicklungsprozeß Beihilfe leisten nicht nur, indem sie zusätzliche Ressourcen freisetzt, sondern auch, indem sie positiv auf die Weltwirtschaft einwirkt.“

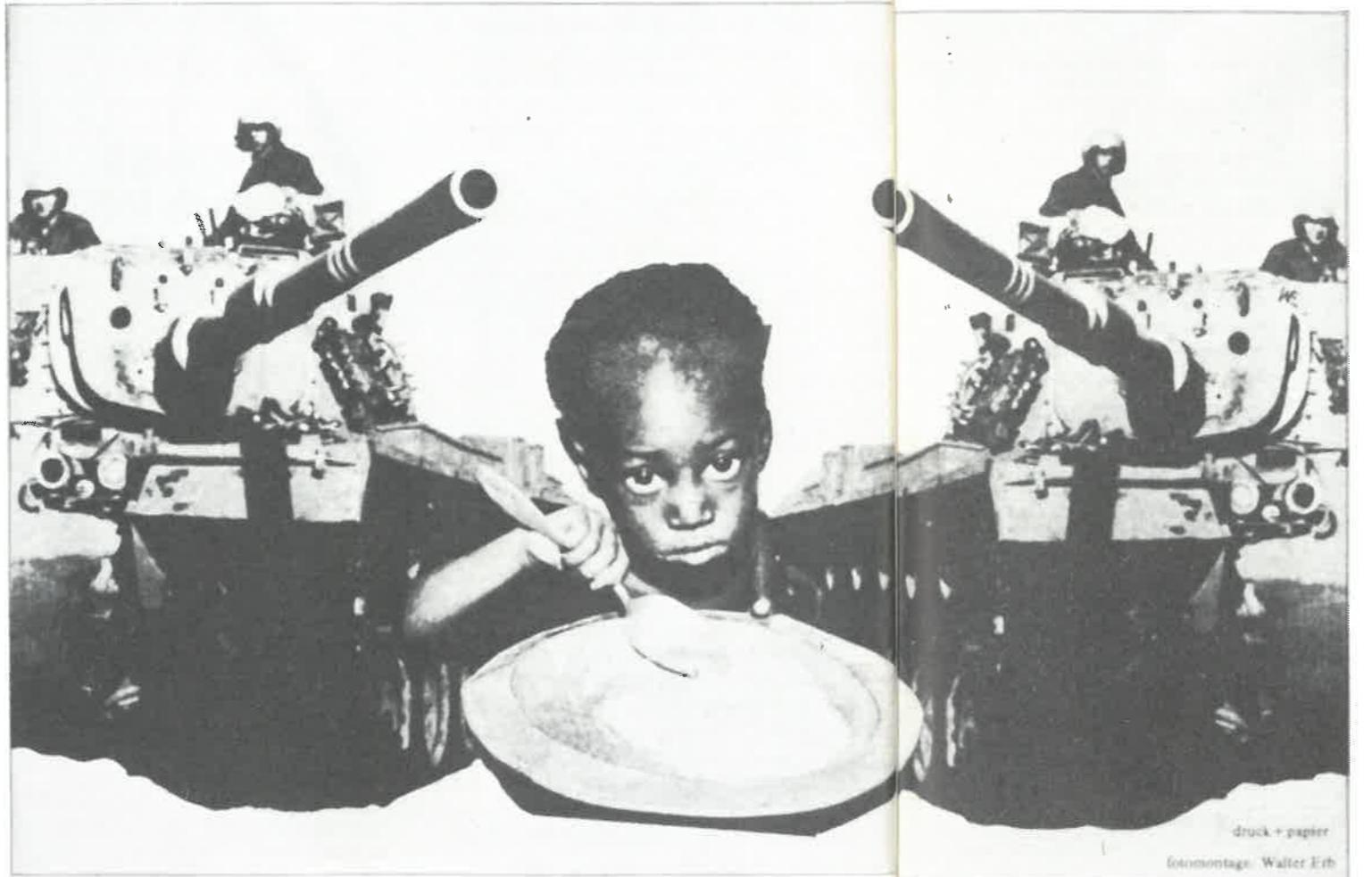
An anderer Stelle präzisiert die Deklaration, daß „die im Ergebnis von Abrüstungsmaßnahmen freigewordenen Ressourcen dem Voranbringen des Wohlergehens aller Völker, der Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen der Entwicklungsländer und der Überbrückung der wirtschaftlichen Kluft zwischen entwickelten und Entwicklungsländern zu widmen sind. Diese Ressourcen sollten jene ergänzen, die auf andere Weise als Hilfe für die Entwicklungsländer zur Verfügung gestellt werden.“

In einem im Rahmen der Schlußdeklaration entworfenen Aktionsprogramm kamen die Konferenzteilnehmer sodann überein, „ihr Augenmerk weiterhin auf die Annahme von Maßnahmen zur Reduzierung des Niveaus und Ausmaßes der Militärausgaben zu richten, welche, abgesehen davon, daß sie einen Zugang zur Abrüstung darstellen, eine Art der Umlenkung zusätzlicher Ressourcen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung insbesondere für die Entwicklungsländer wäre“.⁷

Ob die in New York eingebrauchten Realisierungsvorschläge in absehbarer Zeit wieder auf den Tisch kommen, dürfte in erster Linie vom – inzwischen denkbaren gewordenen – Vorankommen der globalen Verhandlungen UdSSR-USA und vom Druck der internationalen Friedenskräfte abhängen. Falls das mit der Washingtoner Übereinkunft vom September d.J. anvisierte erste Abrüstungsabkommen der beiden Weltmächte und gar Folgevereinbarungen noch 1987/88 ins Haus stehen sollten, stünde wohl auch eine zumindest teilweise Revidierung der Negativhaltung Washingtons in Sachen Abrüstung und Entwicklung zu erwarten.

Anmerkungen:

- 1) Nach: International Herald Tribune (IHT), Paris, 27.8.1987
- 2) Siehe dazu: AIB-Sonderheft 2/1984 zu AirLand Battle und AIB-Sonderheft 4/1985 zur Weltraumrüstung
- 3) Laut Schätzungen der UN-Fachgremien, die die Weltmilitärausgaben Ende der 70er Jahre auf rund 450 Mrd \$ und 1985 auf 800 Mrd \$ bezifferten.
- Daten nach: New Perspectives, Helsinki, Nr. 4/1987, S. 14ff. und Frankfurter Rundschau (FR), 28.8.1987
- 4) Ebd.
- 5) Nach: FR, 26.8.1987
- 6) APN, New York, 24. und 25.8.1987
- 7) Zit. nach: Frontline, Oakland, 28.9.1987 und IHT, 12./13.9.1987



druck + papier
Fotomontage: Walter Erb

sichts der nahezu 800 Mio Unterernährten bzw. Hungernden hochwirksam wäre;

- durch eine Umlenkung von 1/3 der Militärausgaben für Investitionen im Zivilbereich rund 170 Mio zusätzliche Arbeitsplätze in Entwicklungsländern und 10 Mio in den von Arbeitslosigkeit geplagten kapitalistischen Industriestaaten geschaffen werden könnten; und dies wäre recht viel, verglichen mit den insgesamt etwa 50 Mio Menschen, die derzeit in Rüstungsbranche und Militär tätig sind.⁴
- Dazu „wäre es wünschenswert“, so Gorbatschow, „im Rahmen der UNO einen internationalen Fonds – Abrüstung für

Während diese Vorschläge bei den Nichtpaktgebundenen auf große Zustimmung stießen, verlegten sich die Westmächte darauf, die Festschreibung irgendwelcher konkreter Maßnahmen abzublocken. So ließen sie nicht zu, daß zur Verwendungart der durch Abrüstung freiwerdenden Mittel für die Entwicklungsländer ausdrücklich als bevorzugte Adressaten für auf diese Weise umzulenkende Rüstungsmilliarden.

So stellt das New Yorker Schlußdokument klar, die Verknüpfung zwischen Abrüstung und Entwicklung „führt teils von der Tatsache her, daß fortgesetztes globales Wettrüsten und Entwicklung miteinander um dieselben begrenzten Ressourcen wetteifern, sowohl auf na-

D

Die Schwerpunkte aus UNSEREM Gesamtprogramm.

Pahl-Rugenstein

Dieter Engels/Jürgen Scheffran/Ekkehard Sieker (Hrsg.)

SDI – Falle für Westeuropa

Militärische, politische und ökonomische Dimension der US-Weltraumrüstung
KB 415, 345 Seiten, DM 16,80
ISBN 3-7609-1074-2

Udo Schelb (Hrsg.)
Reaktoren und Raketen
Bonn auf dem Weg von der zivilen zur militärischen Atomenergie
KB 462, 220 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-7609-1156-0

Frank Niess
Das Erbe der Conquista.

Geschichte Nicaraguas.
KB 406, 504 Seiten, DM 19,80
ISBN 3-7609-1058-0

Herbert Schui
Die Schuldenfalle
Schuldenkrise und Dritte-Welt-Politik der USA
KB 465, 200 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-7609-1159-5

Reinhard Kühn (Hrsg.)
Streit ums Geschichtsbild
Die „Historiker-Debatte“. Darstellung, Dokumentation, Kritik
KB 434, 330 Seiten, DM 16,80
ISBN 3-7609-1114-5

Sigrid und Wolfgang Jacobseit
Illustrierte Alltagsgeschichte des deutschen Volkes.
Bd. 1: 1550-1-10
Bd. 2: 1810-1900
Bd. 3: 1900-1945 (Erscheint Herbst '88)
Subskriptionspreis bei Vorbestellung statt DM 114,- nur DM 98,-. Einzelpreis DM 38,-. ISBN für die drei Bände: 3-7609-1996-0

Weltkreis

Ernesto Che Guevara

Ausgewählte Werke in Einzelausgaben. Band 2:
Kubanisches Tagebuch
302 Seiten, DM 16,80
ISBN 3-88142-382-6

Adrian Geiges

China im Aufbruch
Stationen einer Reise
Illustriert, 271 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-88142-399-0

Peter Schütt
... wenn fern hinter der Türkei die Völker aufeinanderschlagen

Bericht einer Reise in den Iran
Eine Streitschrift
192 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-88142-411-3



Weltkreis

Röderberg

Ruth Rewald

Vier spanische Jungen
Roman. Mit einem Nachwort von Dirk Krüger
176 Seiten, DM 16,80
ISBN 3-87682-838-4

Harry Naujoks

Mein Leben im KZ Sachsenhausen
Erinnerungen des ehemaligen Lagerältesten (1936-1942)
400 Seiten, DM 24,80
ISBN 3-87682-836-8

RÖDERBERG

Röderberg Taschenbücher

Otto von Bismarck

Dokumente seines Lebens.
Herausgegeben von H. Wolter
RT 159, 480 Seiten, DM 12,50
ISBN 3-87682-350-1

Antonio Gramsci

Gedanken zur Kultur.
RT 336 Seiten, DM 9,80
ISBN 3-87682-367-6

Mikis Theodorakis

Meine Stellung in der Musikszene.
RT 156, 288 Seiten, DM 7,50
ISBN 3-87682-358-7

Käthe Kollwitz

Bekenntnisse
63 Abb., 112 Seiten, DM 9,80
ISBN 3-87682-372-2



PAHL-RUGENSTEIN
Unsere Bücher sind Lebens-Mittel.

Energie

Hermann Bömer

Das weltweite Energieproblem (II)

Bestandsaufnahme, Prognose, Lösungstrategien

Die Lösung des globalen Umweltproblems hängt entscheidend von der Lösung des Energieproblems ab. Das ist ziemlich klar.

Es müssen m.E. vier Ziele gleichzeitig bewältigt werden:

Erstens ist es wünschenswert und notwendig, auf die Produktion von Atomstrom zu verzichten, weil dies schlicht sehr gefährlich ist. Schon die Produktion einer Kilowattstunde Strom führt zu einer tödlichen Strahlendosis — eine Faustregel, die man nicht vergessen kann. Ferner sind die Endlagerungsprobleme überhaupt nicht gelöst.

Was ist das globale Energieproblem?

Die Kosten sind enorm hoch. Das 'Begrenzen' des Unfall-Reaktors von Tschernobyl ist eine Notlösung. Wenn man jedoch liest, daß ernsthaft Projektstudien betrieben werden, die die Möglichkeiten eines 'Versenkens' ganzer Kernkraftwerke in Betonwannen im Erdreich prüfen, wird man den Eindruck nicht mehr los, daß diese Technologie von einem Heer von fachbornierten Spezialisten entwickelt und betrieben wurde nach dem Motto: nur nicht über den Tellerrand des eigenen Spezialgebiets hinausdenken, schon gar nicht an das 'morgen' denken!¹

Schließlich entwickeln sich zunehmend auch innere und äußere Sicherheitsprobleme.

Zweitens muß das CO₂-Problem gelöst werden (vgl. hierzu Lovins/Lovins/Krause/Bach, Wirtschaftlichster Energieeinsatz: Lösung des CO₂-Problems, Karlsruhe 1983), ebenso die anderen aus der fossilen Energieproduktion resultierenden Probleme der Luft- und Bodenverschmutzung.

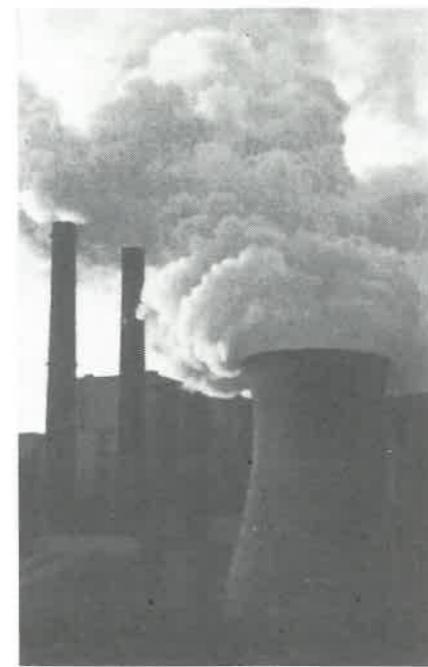
Man kann also nicht einfach sagen: Wir verzichten auf Kernenergie und setzen entsprechend mehr fossile Energieträger ein.

Drittens: Die wachsenden Bedürfnisse der Menschheit, speziell der Völker der Dritten Welt, dürfen nicht bei dieser globalen Energiekonzeption unter den Teppich gekehrt werden.

Das werfe ich z.B. der Arbeitsgruppe von

Prof. Meyer-Abich und Prof. Schefold vor, die das Buch „Die Grenzen der Atomwirtschaft“ (München 1986) geschrieben haben. In diesem Buch steht kein einziger Satz über die globalen Probleme. Das kann man sich nicht leisten, obwohl viele gute Ideen in diesem Buch enthalten sind.

Viertens: Die fossilen Energieträger, insbesondere das Erdöl und das Erdgas, müssen einerseits für nichtenergetische Zwecke für die zukünftigen Generationen reserviert werden, dürfen also nicht für energetische Zwecke in den hochentwickelten Ländern geplündert werden. Und sofern sie in den nächsten Jahrzehnten noch für energetische Zwecke genutzt werden, müssen sie vor allem den Ländern und Völkern der Dritten Welt zur Verfügung gestellt werden, die z.B. mit hochentwickelter Kohletechnologie viel schwerer zurechtkommen als mit Erdgas, z.B. Flüssiggas als Heiz-, Brenngasse.



Stark umweltschädigend: Braunkohlekraftwerk

Das Energieproblem kann man somit zusammenfassen auf folgende Frage: Welche Strategie muß eingeschlagen werden, um ohne Wohlstandsverlust und ohne Aufgabe des Gerechtigkeitsziels bezüglich der Nord-Süd-Problematik eine maxi-

male Primärenergieeinsparung vorzunehmen, oder wenn das nicht möglich ist, was kann getan werden, um diese Primärenergiennachfrage durch regenerative Energiequellen abzudecken?

Ich denke, daß diese grundsätzliche Problemstellung deutlich geworden ist. Man muß dem natürlich viel hinzufügen. Man muß z.B. hinzufügen, daß die Systemauseinandersetzung ein Thema dieser globalen Fragestellung ist.

Gäbe es eine maximale internationale Zusammenarbeit, Entspannung usw., wäre es viel leichter, diese Zielstellung zu realisieren. Ich würde sogar soweit gehen und sagen: Diese Zielstellung in dieser Radikalität ist nur realisierbar unter einer grundsätzlichen Veränderung der internationalen politischen Verhältnisse. Wenn die sich nicht ändern lassen, wenn der Systemkampf Kapitalismus/Sozialismus in der jetzigen Härte weiter stattfindet, wird es unglaublich schwer, die hier genannten Ziele gleichzeitig zu erreichen, und es wird immer schwerer, je später Entspannung und Abrüstung tatsächlich durchgesetzt werden.

B. Begriffliche Klärungen

1. Technische Ökonomie und Politische Ökonomie

Zunächst verweise ich kurz auf Abb. 3. Es ist ein wunder Punkt in der energiepolitischen Debatte in den letzten 10 Jahren (und da schließe ich mich auch mit ein), daß wir keine ausreichende theoretische und kategoriale Klarheit gehabt haben, die eigentlich notwendig gewesen wäre, um eine qualifizierte Debatte über die Energieprobleme zu führen. Betrachten wir z.B. nur die zu dieser Tagung vorgelegte These 1. Sie lautet: „Die Bedeutung des weltweiten Energieproblems besteht darin, daß der Energieverbrauch wegen des Anstiegs der Weltbevölkerung v.a. in der Dritten Welt selbst bei Beschränkung auf die Sicherung der Grundbedürfnisse auch zukünftig ansteigen wird.“ Was mit Sicherheit zukünftig ansteigen wird, ist der Energie-Dienstleistungsverbrauch. Das ist völlig richtig. Auch daß der Energieverbrauch ansteigen wird,

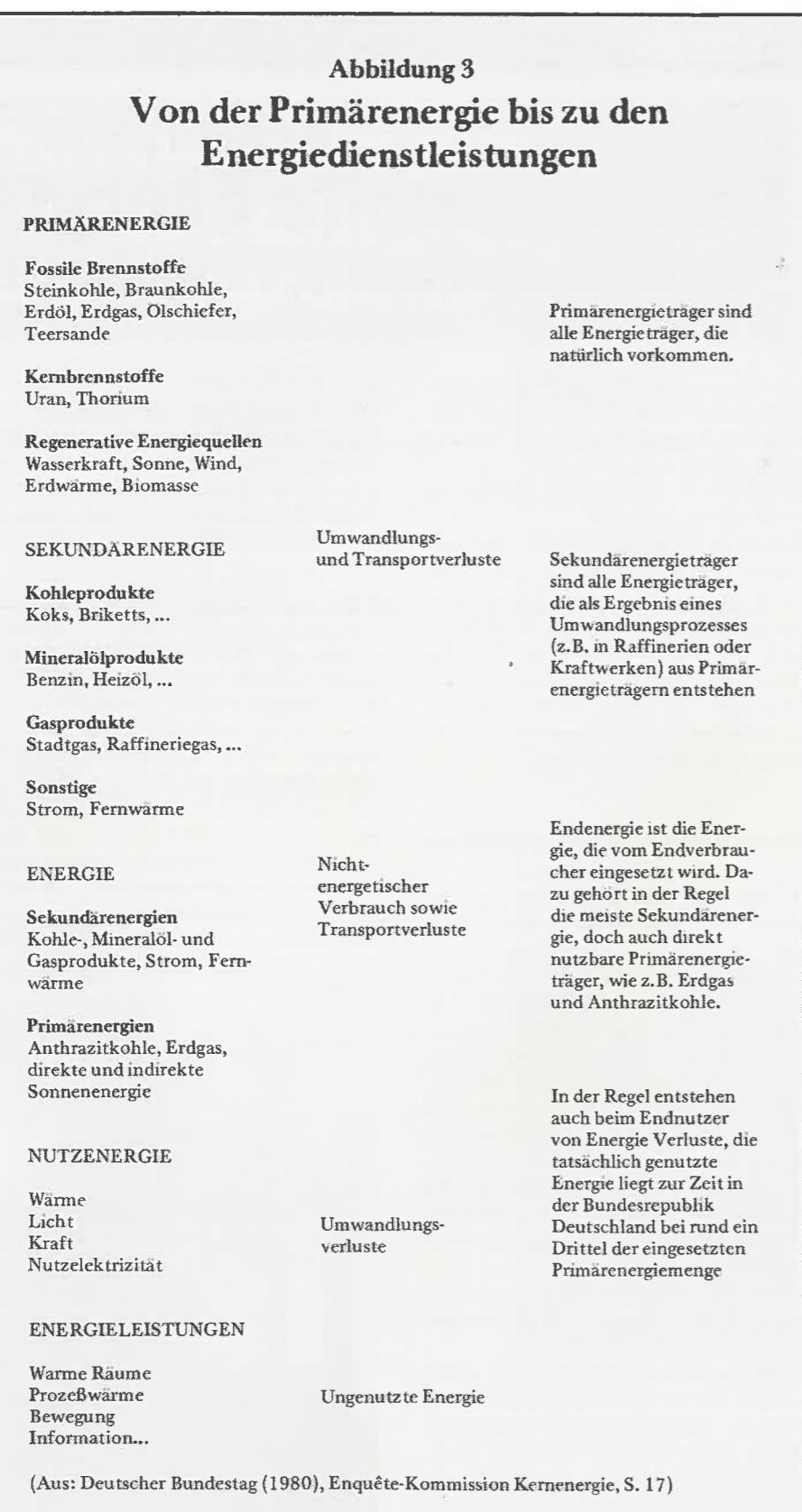
dürfte kaum strittig sein. Ob der fossile Primärenergiebedarf steigen wird, hängt ab von der Frage, welche energiepolitische Strategie insgesamt eingeschlagen wird.

Aber man muß unterscheiden zwischen dem fossilen Energieverbrauch und dem regenerativen Primärenergieverbrauch. Die energiewirtschaftlichen Begriffe werden offensichtlich immer ausdifferenzierter und dies ist in der Tat eine Wissenschaft, die Wissenschaft von der „technischen Energiewirtschaftslehre“ oder der „technischen Ökonomie“. Die in Abb. 3 entwickelten Begriffe müssen sogar noch ergänzt werden um den des Energiedienstleistungsbedürfnisses. Dies wiederum müßte im Lichte der Erörterungen von Bestushew-Lada (s.o.) diskutiert werden: niedere-höhere Bedürfnisse, Pseudobedürfnisse usw.

2. Das komplexe Optimierungsproblem

Die Grundfrage lautet also, ob die jeweiligen Energiedienstleistungsbedürfnisse nicht mit passiven Maßnahmen (z.B. Wärme-Dämmung) oder zumindest mit regenerativen Energiequellen befriedigt werden können.

Natürlich muß der Kostenaspekt berücksichtigt werden. Es liegt im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, den gesamtgesellschaftlichen Arbeitsaufwand zur Befriedigung dieser Energiedienstleistungsbedürfnisse und zur Reproduktion der Naturgrundlagen, die dafür erforderlich sind (also auch die Beseitigungskosten der Abfälle!), möglichst niedrig zu halten (Für die Zeit des Umbaus des Windkraftwerk – alternative Energieerzeugung



Energieproduktions- und Verteilsystems besteht die günstige Möglichkeit, mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Aber letztlich ist ein entscheidendes Entwicklungskriterium der Menschheit nach Marx die „disponible Zeit“, d.h. die Freizeit!. Es liegt also eine Mehrdimensionalität des Zielsystems vor. Deshalb sind keine einfachen Optimierungsaufgaben zu lösen, sondern mehrdimensionale! Die-

ser Ansatz läßt sich auch auf andere „Bedürfniskomplexe“² übertragen, z.B. auf den Bedürfniskomplex Ernährung und Gesundheit, Wohnen und Erholen, auf das Mobilitätsbedürfnis sowie auf das Integral all dieser Bedürfniskomplexe, die „ökologische Stadterneuerung“. In jedem Falle wird die Dimension ‘Raum’ zu einer Integrationsschiene. (Interdisziplinär ausgebildete Raumplane-

rinnen/er sind zur Bearbeitung derartiger mehrdimensionaler Fragestellungen besonders qualifiziert!). Dies muß sich in vernünftigen Stadt- und Regionalentwicklungsplänen, die alle Lebensaspekte integrieren, niederschlagen.

3. Systematik von Umweltschutzstrategien

Auch die verschiedenen Varianten von Umweltstrategien sind heute begrifflich ausdifferenziert. Unterschieden wird zwischen dem **Gemeinlastprinzip** (Erst wird Schmutz produziert, dann wird er öffentlich beseitigt. Der Klassenkampf um Steuern und Staatsausgaben entscheidet über die Finanzierung.), dem **Vetursacherprinzip** mit seinen beiden Varianten: Variante A: die Kosten für die Schmutzverhinderung werden über Preiserhöhungen auf die Endverbraucher abgewälzt; Variante B: Die Kosten werden aus Profiten finanziert; schließlich dem **Vorsorgeprinzip**, das zu einer Umwelt-, und Sozialverträglichkeitsprüfung zwingt, bevor die Produktion bestimmter Gebrauchswerte überhaupt aufgenommen wird.

Als Ergebnis dieser Prüfungen kann dann z.B. gesellschaftlich entschieden werden, daß bestimmte Produktionslinien nicht aufgenommen bzw. abgebrochen werden.³

4. Planung und Markt

Zum Verhältnis von Planung und Marktsteuerung bei der Realisierung der mehrdimensionalen Optimierungsaufgaben können hier nur einige Andeutungen gemacht werden.

Die Ablehnung der von der „technischen Ökonomie“ favorisierten Marktsteuerung bedeutet natürlich nicht ihre vollständige Ausschaltung, sondern ihre subsidiäre Funktion für die Strukturpolitik: geplant werden die Grundlinien der Entwicklung. Die Marktmechanismen (Waren-Geld-Beziehungen) sorgen für die (konfliktträchtige!) Feinabstimmung!⁴

C. Das globale Energieproblem – Lösungsmöglichkeiten

I. Zu den politökonomischen Ursachen der systematischen Behinderung der Lösung des Energieproblems verweise ich stichwortartig auf

- die Umsatz- und Profitmaximierungsziele des Energiekapitals (Hennicke u.a. 1985),
- die Kostenminimierungsstrategie der energieverbrauchenden Industrie (Memorandum '87),
- den aus diesen und anderen Interessen resultierenden Widerspruch zwis-



Protestaktion gegen Atomenergie in Mexiko-Stadt

– mir bekannt – in wissenschaftlich seriöser Form eine Energieprojektionsstudie unter Berücksichtigung aller modernen Probleme für die nächsten 100 Jahre gemacht worden ist. Aber es ist natürlich die Frage, ob es politisch vertretbar ist, das Angleichungsziel einfach um 50 Jahre zu verschieben. Was bedeutet das eigentlich politisch im Verhältnis Erste Welt/Dritte Welt, wenn eine solche Verschiebung erfolgt?

D.h. ja, daß die jetzt geborene Generation in den Ländern der Dritten Welt innerhalb ihrer Lebensperspektive, die etwa 60 Jahre beträgt, nicht mehr in den Genuss dieser auch von diesen Autoren gewollten sozialen Gerechtigkeit kommt, weil der Anpassungsweg zu langwierig ist. Das sind schwerwiegende Probleme, die man diskutieren muß, die auch m.E. völlig neue Anforderungen an die Ethik der Wissenschaftler und v.a. an diejenigen, die sich mit solchen globalen Projektionen beschäftigen, stellen.

Die Schlüsselfrage bei solchen Projektionen ist dann: Wie entwickelt sich die Fähigkeit der Menschheit, regenerative Energiequellen zur Bedarfsbefriedigung zu entwickeln? In welchem Umfang ist das eigentlich möglich? Darüber gibt es



Greenpeace-Blockade gegen Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf

ganz heftigen Streit.

III. Durchsetzungsprobleme

Der alte Weg, die Herstellung der reinen Marktwirtschaft, funktioniert sowieso nicht. 20 Jahre nach einer Entflechtung ist die Wirtschaft wieder monopolisiert. Die Gesetze der Konzentration und Zentralisation des Kapitals sind unaufhebbbar. Wir haben das in der BRD erlebt am Beispiel der Stahlindustrie, die nach dem 2. Weltkrieg entflochten, dezentralisiert worden ist. Es hat 15 Jahre gedauert, bis die 'Vereinigten Stahlwerke' wieder da waren (in Form der Thyssen AG).

Es muß also um „progressive Vergesellschaftung und Planung“ gehen und d.h. in der Bundesrepublik im wesentlichen: partielle Rekommunalisierung der Energiewirtschaft, volles Setzen auf die Wärmekraft-Kopplung. Darüber hinaus muß man auf die Preise einen planmäßigen Einfluß haben.

Das Problem der Marktwirtschaftsfetischisten ist ja, daß sie Einsparberechnungen gemacht haben, 1980/81/82, als der Erdölpreis sehr hoch war. Inzwischen ist er wieder völlig im Keller, und der ganze Anpassungsmechanismus ist dadurch natürlich – ökonomisch gesehen – zunächst einmal außer Kraft gesetzt.

Und man kann sogar behaupten: Je erfolgreicher die Energieeinsparung ist, desto heftiger zieht sich dieses Marktwirtschaftskonzept die eigene Grundlage unter den Füßen weg. Denn je mehr Energie eingespart wird, desto mehr sinkt ja wieder der Primärenergiepreis, und damit entfällt wieder der Hebel für das Einsparen von Primärenergie über hohe Preise.⁷

Der zweite Punkt ist also, daß man die Weltenergiepreise in dieses Konzept der

globalen Energieversorgung planmäßig einbeziehen muß. Man kann nicht zulassen, daß sie sich spontan entwickeln. Dann hätte man keine Möglichkeit mehr, diesen Gesamtprozeß zu steuern. Drittens muß der Neokolonialismus in allen seinen Facetten überwunden werden. Es muß eine Neue Weltwirtschaftsordnung (NIWO) durchgesetzt werden. Im Rahmen dieser NIWO gibt es dann, selbst wenn sie durchgesetzt ist, allerdings noch jede Menge Probleme zu lösen. Eines der größten Probleme, die es zu lösen gibt, ist, daß dieser sanfte Energiepfad im globalen Maßstab ein High-Tech-Pfad ist.

Es ist ja eine Lüge, wenn die Kernenergiebefürworter sagen, der Ausstieg sei ein Abschied von der Hochtechnologie. Im Gegenteil, der sanfte Energiepfad ist Hochtechnologie zum Quadrat, und zwar in der vollen Breite, nicht nur für einen Sektor, z.B. bis in die Architektur hinein.

Der sanfte Pfad

Die Architekten müssen sich überlegen, wie man Städte, Häuser usw. so baut, daß insgesamt ein möglichst geringer Energieverbrauch entsteht. D.h., man hat einen riesigen Bedarf an hochqualifizierten Ingenieuren jeder Art, an Wissenschaftlern, Planern, Architekten, Politikern, die diese komplexen Aufgaben begreifen und anpacken.

Es ist aber gerade ein Resultat des Neokolonialismus, ein dramatisches Resultat, daß dieses Qualifikationspotential – dies gilt nicht nur für den Wissenschaftler- und Ingenieurbereich, sondern auch

für den einzelnen Handwerker, der das Auto richtig warten können muß, um optimale Verbrauchszielen zu erzielen bei Bussen z.B. – nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist. Man braucht gerade für diesen sanften Weg ein hochqualifiziertes Arbeitskräftepotential jeder Art. Aber der Neokolonialismus hat nun die Eigenschaft, genau dieses Potential nicht zur Verfügung zu stellen. Im Gegenteil: Er tut alles, um zu verhindern, daß sich dieses hochqualifizierte Arbeitskräftepotential in der gesamten Breite, wie es für diesen Weg erforderlich ist, tatsächlich entwickelt.

Daher ist und bleibt es eine strategische Aufgabe im Rahmen einer NIWO, das hohe Kenntnispotential in den hochentwickelten kapitalistischen und sozialistischen Ländern dazu zu nutzen, daß diese rasant anwachsenden Aufgaben von den Völkern der Dritten Welt in zunehmendem Maße selbst gelöst werden können. Es stellt sich also die Frage: Wie macht man Entwicklungspolitik in Richtung auf eine maximale Entwicklung der Qualifikation des Arbeitskräftepotentials der Völker der Dritten Welt und wie macht man sie so, daß damit nicht neue Abhängigkeiten entstehen?

Denn wir wissen natürlich, daß man den Neokolonialismus auf höherem Niveau reproduzieren kann. So definieren z.B. Zyniker die Hochtechnologie als diejenigen Produktgruppen, an deren Herstellung die Entwicklungsländer mit weniger als 0,5% beteiligt sind!

Wird fortgesetzt

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 11.2.1987
- 2) Vgl. H.J. Hermann, Gemeinsamer Informationsbedarf von Umweltplanung und Raumplanung, Diplomarbeit, Dortmund 1977
- 3) Vgl. hierzu: H. Bömer, Ökologie und Politik in der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse heute, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 2/1987, S. 220-227
- 4) Vgl. hierzu: H. Bömer, Markt, Plan, Vergesellschaftung. Zum Stand der wissenschaftlichen Debatte über das globale Energieproblem, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF, Nr. 11/1986, S. 314-337
- 5) H. Roos/G. Streibel, Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen, Berlin (DDR) 1979
- 6) Vgl. hierzu: A.B. Lovins/L.H. Lovins/F. Krause/W. Bach, Wirtschaftlichster Energieeinsatz: Lösung des CO₂-Problems, Karlsruhe 1983; Wiederabdruck der Tabelle in: H. Bömer, Markt, Plan, Vergesellschaftung, a.a.O., S. 355; W. Bach, Ausstiegs-Dossier, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 12/1986, S. 1466-1488
- 7) Zum Verhältnis von Wert, Preis und Nachfrage für Primärenergieträger siehe: M. Vogel, Krisenprozesse in der kapitalistischen Energiewirtschaft, in: IPW-Berichte, Berlin (DDR), Nr. 3/1987, S. 31-37

Gewerkschaften

Christoph Sodemann

Erstes Treffen gewerkschaftlicher Solidaritätsgruppen

Erstmals fand am 25./26. September 1987 in Essen ein Treffen gewerkschaftlicher Solidaritäts- und Aktionsgruppen mit der Dritten Welt statt, ein „längst überfälliges Treffen“, wie von vielen der 220 Teilnehmer/innen zu hören war.

Der DGB hatte zur eröffnenden Podiumsdiskussion Experten aus der Wissenschaft geladen. Wer Ursachen der Verschuldungskrise verstehen will, will zunächst Geldbewegungen analysieren, umriß Elmar Altvater (FU Berlin) das Thema. Geld, das nicht mehr faßbar, per Computer von einem ans andere Ende der Welt geteilt wird.

Gegenstrategie in Kinderschuhen

Otto Kreye (Starnberger Institut für die Erforschung globaler Strukturen, Entwicklungen und Krisen) referierte über aktuelle Konzernstrategien: „Die Unternehmen gehen selbst von der Einschätzung aus, daß die Nachfrage weltweit stagniert. Und deswegen sind in der gegenwärtigen Diskussion die beiden Schlagworte Kostenminderung und Erhöhung der Flexibilität bestimmt für die Unternehmensstrategie.“

Kostenminderung werde durch Produktionsverlagerung in die Dritte Welt erreicht, weil dort die Produktionsfaktoren Arbeitskraft, Grund und Boden sowie industrielle Vorleistungen für weniger Geld als früher zu kaufen seien.

Reinhard Doleschal (Gesamthochschule Paderborn) erläuterte, daß „mehr Flexibilität“ für die Unternehmen vor allem Konkurrenzkampf um den Einsatz neuer Technologien bedeutet. Der VW-Konzern z.B. kann seine Produktion mit über 120 Satellitenrechnern global steuern. Als im mexikanischen VW-Werk die Arbeiter streikten, war es für die Konzernleitung ein Leichtes, die Produktion von Audi-Rahmenteilen ins VW-Werk Kassel umzudirigieren.

Dieser Flexibilität der Unternehmen müssen die Gewerkschaften etwas entgegensetzen, wollen sie nicht weltweit gegeneinander ausgespielt werden. Doch die Diskussion um gewerkschaft-

liche Gegenstrategien – das wurde in Essen deutlich – hat gerade erst angefangen. Eine gewerkschaftliche Infrastruktur, Informationsaustausch und internationale Kooperation von Betriebsräten gibt es erst in Ansätzen.

Geradezu anachronistisch wirkt es, wenn die IG Metall, die größte Einzelgewerkschaft der Welt, nur zwei hauptamtliche Sekretäre für internationale Beziehungen beschäftigt. Internationale Solidaritätsarbeit muß auch verbreitete Skepsis in den Betrieben überwinden, stellte Otto Steiert (IG Metall) fest. Viele Kollegen erwarteten, daß Betriebsräte und Gewerkschaften erstmal die Interessen der Belegschaften hier sichern.



DGB-Bundesvorstandsmitglied Brusis



Immerhin hat die IG Metall jetzt damit begonnen, Unternehmensprofile aufzustellen, mit denen Wirtschaftsdaten sowie Informationen über (exclusive) Zulieferbetriebe und Produktionsorte von Teilprodukten gespeichert werden. Für mögliche schnelle Solidaritätsstreiks eine Grundvoraussetzung – wie die hysterische Reaktion der Arbeitgeberverbände zeigte.

Was die Gewerkschaften an konkreter praktischer Hilfe leisten, kann sich jetzt schon sehen lassen. Dies wurde vor allem in den Arbeitsgruppen zu Nicaragua und Südafrika deutlich sowie bei den Ausstellungen und Infoständen, mit denen die gewerkschaftlichen Aktionsgruppen in der Essener Gruga-Halle ihre Solidaritätsprojekte präsentierten.

In vielen Betrieben haben Gewerkschaften direkte Kontakte in die Dritte Welt geknüpft, organisieren sie Infoabende und Geldsammlungen. Fast alle DGB-Gewerkschaften entsenden inzwischen Arbeitsbrigaden nach Nicaragua. Und schließlich kündigte DGB-Vorstandsmitglied Ilse Brusis bei einem großen Abschlußkonzert gegen Apartheid eine „Welle der Solidarität“ mit den streikenden Kollegen in Südafrika an.

Horst-Eckart Gross

Che Guevara – nichts als ein Mythos?

Vor 20 Jahren, am 8. Oktober 1967, ist mit Che Guevara einer der größten Revolutionäre unseres Jahrhunderts in Bolivien verwundet, gefangen genommen und erschossen worden. Nicht ausgelöscht werden konnte damit jedoch die Ausstrahlung, die von seinem Wirken, seinem Beispiel und seinen Schriften ausgeht. Die bleibende Bedeutung Che Guevaras aus heutiger Sicht zeichnet Horst-Eckart Gross, Autor und Herausgeber mehrerer Werke über bzw. von Che, nach.



20 Jahre nach seinem Tode ranken sich immer noch Legenden um den Guerillero, der den Ministerposten in Havanna aufgab, um in den unwegsamen Wäldern Boliviens für die sozialistische Revolution zu kämpfen und zu sterben – ein Fanatiker und Abenteurer für die einen, ein aufrechter Kämpfer für die Armen und Ausgebeuteten für die anderen, aber unbestritten bereits zu Lebzeiten ein Mythos.

Aber war sein Lebenslauf nicht geradezu prädestiniert für Legendenbildung? Während seines Medizin-Studiums vagabundierte der namenlose Student aus Argentinien durch Lateinamerika, lehnte 1953 nach erfolgreichem Examen das Angebot ab, als Assistent eine Karriere an der Universität zu beginnen.

Stattdessen widmete er sich dem Revolutions-Tourismus; das Ziel hieß damals Guatemala. Die unter Präsident Arbenz durchgeföhrte Agrarreform – was Aufsehen in ganz Lateinamerika verursachte – wurde von den USA in Blut ersticken (im Jahr 1954; d. Red.): Ein Schlüsselerlebnis für Ernesto, der wie viele fliehen mußte.

In Mexiko lernte er einen jungen kubanischen Rechtsanwalt kennen, der sein Land von der Diktatur befreien wollte. Eine ganze Nacht redeten sie miteinander, und im Morgengrauen hatte Fidel

Castro einen neuen Mitstreiter gewonnen.

Im Dezember 1956 begann unter abenteuerlichen und mehr als widrigen Umständen der Kampf in Kuba, zwei Jahre später floh der Diktator Batista, die Rebellen übernahmen die Macht. Zu diesem Zeitpunkt war aus dem unbekannten Arzt der nicht nur in Kuba, sondern in der ganzen Welt bekannte „Che Guevara“ geworden.

War bis 1959 die Biographie des Ernesto Guevara nicht aufregend und vielseitig, hatte er nicht Hunderte von Abenteuern erlebt?

Doch immer neue Eigenschaften traten bei ihm hervor. Jetzt galt es, in einem unterentwickelten Land eine neue Gesellschaft aufzubauen, und auch dazu trug der Arzt aus Rosario entscheidend bei als Minister, Präsident der Nationalbank, Leiter der Planungsbehörde, Vertreter Kubas im Ausland, Mitglied der höchsten politischen Gremien; und auch als Militärrammandant der Region, in der Kuba den Angriff erwartete, der dann in der Schweinebucht erfolgte.

Zwei, drei, viele Vietnam

Alle diese Aufgaben hinderten ihn nicht, sowohl literarisch als auch publizistisch zu wirken, bei freiwilligen Arbeitseinsätzen körperlich hart zu arbeiten und fast 150 zum Teil umfangreiche und politisch gewichtige Reden zu halten. Kein Zweifel: Che Guevara ist eine der führenden Persönlichkeiten der kubanischen Revolution.

Dann die große Überraschung: Nach dem 15. März 1965 ist Che Guevara spurlos verschwunden. Spekulationen und Gerüchte ufern in den kapitalistischen Medien aus, aber auch sonst ist das Rätselraten groß.

Machtkämpfe zwischen Fidel und Che? Fraß die kubanische Revolution die eigenen Kinder? „Säuberungen“? Doch die Realität sah wie oft anders aus als das

Zerrbild der westlichen Medien. An seine Eltern schrieb er damals: „Mit meinen Fersen spüre ich wieder die Rippen meiner Rosinante, wieder mache ich mich, die Rüstung angetan, auf den Weg. (...) Viele nennen mich einen Abenteurer, das stimmt, nur bin ich eben ein Abenteurer besonderer Art, einer von denjenigen, die ihre Haut riskieren, um zu beweisen, daß sie recht haben.“

Erst kämpfte Che in Afrika, dann in Lateinamerika. Die genauen Umstände seiner Aktivitäten sind bis heute nicht genau bekannt, aber es ist erwiesen, daß seine Aktivitäten in Bolivien kontinentale Dimensionen hatten:

Anvisiert war nicht nur die Revolution in einem Land, sondern der ganze lateinamerikanische Kontinent sollte befreit werden. „Schafft zwei, drei, viele Vietnam“ war die Losung, und darin zeigt sich, daß für Che die Revolution in Lateinamerika sowohl die Befreiung der dortigen Völker von Hunger, Elend, Unterentwicklung wie auch der Entlassung des damaligen schweren Kampfes des vietnamesischen Volkes gegen die Aggression seitens der USA galt.

„Konkrete Solidarität mit Vietnam durch Revolution im eigenen Lande!“

Che als Bergsteiger in den Anden (l.); mit Fidel Castro in der Sierra Maestra



war Mitte der 60er Jahre eine in den westlichen Ländern weit verbreitete Lösung. Eine Analyse seiner Aktivität in Bolivien steht noch aus, und sicherlich führten nicht nur operative Fehler, Mißgeschicke und Verrat zu seinem Tod und dem Scheitern der revolutionären Bewegung in Bolivien, sondern es müssen auch konzeptionelle und strategische Fragen gestellt werden.

So ging Che von einem hohen Maß von Einheitlichkeit bei den Ländern Lateinamerikas aus und dürfte dabei die nationalen Eigenheiten unterschätzt haben. Ebenfalls dürften die Möglichkeiten für die rasche Herstellung der Einheit der revolutionären Kräfte überschätzt worden sein, war doch Mitte der 60er Jahre weltweit die Epoche der „Polemik über die Generallinie“ und die Hochblüte der Spaltungen und Fraktionierungen in der revolutionären Bewegung.

Was Che Guevara allerdings nicht vorgeworfen werden kann, ist eine rein militaristische und letztendlich unpolitische Haltung, wie sie von einigen westeuropäischen „Fokus-Theoretikern“ propagiert wurde. Che Guevaras eindeutige Einstellung zur Notwendigkeit der Verbindung des politischen mit dem bewaffneten Kampf und seine konkreten Beiträge zur Einheit unterschiedlicher politischer Kräfte im Verlauf des revolutionären Kampfes in Kuba schließen aus, daß er ein militaristisches Konzept vertrat, also die Revolution ausschließlich als eine militärische Frage verstand. Diese Einschätzungen können durch seine veröffentlichten Schriften und Reden eindeutig belegt werden. Dennoch kann es Überraschungen geben: Neun Bände mit Aufsätzen und Reden Che



Che Guevara und Ho Chi Minh: Symbole des Aufbegehrens

Guevara sind bisher veröffentlicht worden, mindestens 20 weitere Bände könnten mit seinen Texten gefüllt werden, die heute allgemein nicht zugänglich in Archiven schlummern.

Nicht nur aus diesem Grund steht die umfassende Analyse seiner Ideen und seiner Handlungen noch aus.

Scheiterte Che Guevara? Ja und Nein. Er scheiterte mit seinem mehr als kühnen Unternehmen, „die Anden in die Sierra Maestra Lateinamerikas“ zu verwandeln, also die Revolution kurzfristig in zahlreichen Ländern so weit voranzutreiben, daß die USA sich gezwungen sähen, dort unmittelbar wie in Vietnam militärisch einzutreten, und so ganz Lateinamerika in ein Vietnam zu verwandeln. Politisch, ökonomisch und militärisch wäre ein derartiges Vorhaben von den USA sicherlich nur für kurze Zeit möglich gewesen, die Niederlage ebenso wie in Vietnam voraussehbar.

Aber dazu ist es nicht gekommen, obwohl umfangreiche Vorbereitungen getroffen worden waren. Der legendäre Guerillero war mit einer ausgesuchten Truppe, darunter mehrere Mitglieder des ZK der Kommunistischen Partei Kubas, persönlich aufgebrochen.

Sein Charisma sollte dazu beitragen, die Völker Lateinamerikas aufzurütteln. Eingedenk der Einheit von politischem und militärischem Kampf, die Che Guevara stets anstrehte, war der Zusammenschluß der lateinamerikanischen Revolutionäre vorbereitet, was sich niederschlug in der großen Gründungskonferenz der Organisation für lateinamerikanische Solidarität (OLAS), die am 29. Juli 1967 in Havanna eröffnet wurde.

Weiterhin waren zahlreiche Guerilla-Aktivitäten in mehreren Staaten rundum vorbereitet, die zum Teil auch stattfanden.

Oder mit anderen Worten: Genausowenig wie Fidel Castro im Dezember 1956 mit 12 Mann die kubanische Revolution begann, genausowenig begann Che seine Aktivitäten in Bolivien mit einigen Männern. In beiden Fällen gab es zahlreiche Vorbereitungen und Hinter-

gründe, die teilweise bis heute nicht umfassend bekannt sind. Der große Unterschied: Fidel Castro siegte, Che Guevara starb.

Natürlich ist es – insbesondere aus der sicheren Entfernung – leicht, Argumente für den Sieg Fidel Castros und für die Niederlage Che Guevaras aufzuzählen. Damit wird Geschichte jedoch nicht verstanden.

Einmal war die Guerilla-Bewegung in Kuba insbesondere in den ersten sechs Monaten, als sie sich auf eine einzige nomadisierende Gruppe beschränkte, mehrere Male nur durch glückliche Zufälle von der Vernichtung verschont geblieben, und zweitens ist die Niederlage einer Guerilla-Gruppe oder der Tod einer führenden Persönlichkeit kein Wahrheits-Kriterium für die revolutionäre Konzeption.

Das beste Beispiel dafür ist José Martí, die führende Kraft des kubanischen Befreiungskrieges gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Er starb in einem der ersten Gefechte des Krieges gegen die Spanier, doch er prägte mit seinem Beispiel und seinen Schriften sowohl den Krieg wie auch das Denken zukünftiger Generationen nicht nur in Kuba.

Er war nach den Worten Fidel Castros der intellektuelle Autor des Angriffs auf die Moncada-Kaserne 1953, dem ersten entscheidenden Schritt des revolutionären Prozesses, der zum Sieg der kubanischen Revolution 1959 führte. Über seinen Tod hinaus veränderten die Ideen José Martis die Realität, und ebenso war dies bei Che Guevara der Fall.

Nach dem Tod Che Guevaras scheiterten zahlreiche Ansätze, eine Guerilla aufzubauen.

Es waren nicht nur die simplen Epigonen, die mit viel Mut und persönlicher Aufopferung, aber ohne politische und militärische Vorbereitung in die sichere Niederlage marschierten. Es gab zahlreiche derartige Fälle, die schon fast tragisch bezeichnet werden müssen, aber es gab auch breite Bewegungen, die mit

einer Brutalität ohnegleichen vernichtet wurden, und deren Analyse genauso aussteht wie die umfassende Analyse nicht der Niederlage, sondern des Scheiterns des Ernesto Che Guevara in Bolivien. Gleichzeitig wurde das Scheitern angeblich „militaristischer“ Revolutionskonzepte gepredigt. Wie aber hat die sandinistische Revolution in Nicaragua gesiegt? Durch den konsequenten militärischen Kampf, der getragen wurde durch die Einheit der revolutionären Kräfte und der tiefen Verwurzelung der revolutionären Bewegung mit der gesamten Bevölkerung. Ohne den Volksaufstand und ohne Waffen hätte die sandinistische Revolution in Nicaragua nicht gesiegt.

In El Salvador wurde und wird die Revolution, sprich der bewaffnete und der politische Kampf, seit Beginn der 80er Jahre getragen von der großen Mehrheit der Bevölkerung. Ist es ein Zufall, daß in diesem Land nicht nur das Niveau des bewaffneten Kampfes, sondern auch die Einheit der revolutionären Organisationen weiter gediehen ist als in jedem anderen lateinamerikanischen Land?

Weiterhin ist in einem Land wie Chile, in dem der bewaffnete revolutionäre Kampf ganz besondere Probleme aufwirft, seit einiger Zeit mit der Patriotischen Front Manuel Rodriguez eine Organisation tätig, die bewaffnete Aktionen als einen wichtigen Bestandteil im Kampf gegen die Pinochet-Diktatur ansieht, und sie ist damit durchaus nicht politisch isoliert.

Und zeigte nicht andererseits das tragische Beispiel Grenada, daß Zwietracht und Uneinigkeit einer revolutionären Bewegung den Widerstand gegen eine stets miteinzuberechnende Aggression seitens der USA lähmt und einen bewaffneten Widerstand im Kern erstickt?

In den 80er Jahren erlebt der bewaffnete Kampf in Lateinamerika eine neue Aktualität, die in der Tradition der Konzeptionen Che Guevara gesehen werden muß, auch wenn zahlreiche weitere politische Faktoren, wie der Widerstand gegen die Diktaturen, die Außenver-

Chilenische Kinder, verkleidet als Priester und FPMR-Guerilleros posieren vor einem Che-Wandgemälde in der Arsenalsiedlung La Victoria



schuldung und die zunehmende Vereinigung breiter Schichten der Bevölkerung als neue Faktoren berücksichtigt werden müssen.

Die politischen Rahmenbedingungen für revolutionäre Veränderungen haben sich seit 1968 auch in Lateinamerika verändert, aber die zentrale Frage blieb: Wie können grundlegende Veränderungen erreicht werden? Vieles spricht dafür, daß der bewaffnete Kampf dabei eine grundlegende Rolle spielt. Die Revolution bleibt in Lateinamerika auf der Tagesordnung, und damit auch die Konzeptionen und Ideen Che Guevaras.

Keine revolutionäre Bewegung kann seine Ideen und sein Beispiel ignorieren, sondern muß sich mit ihnen auseinandersetzen. Was für einen besseren Beweis für die Gültigkeit seiner Ideen und seines Beispiele kann es geben?

Lehrreich nur für Lateinamerika?

Heute beherrschen Null-Lösungen und allgemein der Abbau der Atom-Arsenale, also die Verhinderung der Vernichtung der Menschheit, die politische Diskussion nicht nur in West-Europa. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß in Zukunft die Gefahr eines nuklearen Weltkrieges geringer wird.

Aber dadurch sind und werden die existentiellen Probleme der unterentwickelten Länder und der menschenunwürdigen Lebensbedingungen von Hunderten von Millionen von Menschen nicht gelöst. Der bisher weitgehend unerfüllte Anspruch auf ein Leben frei von Elend, Hunger, Analphabetismus und mit einer wenn auch minimalen medizinischen Versorgung und kulturellen Entfaltung bleibt für die meisten Menschen der unterentwickelten Länder bestehen.

Können wir in der Bundesrepublik uns diesen Tatsachen und diesen Ansprüchen durch Gleichgültigkeit entziehen, zumal wir wissen, daß unser hoher Lebensstandard nur dank der Ausplünderung der unterentwickelten Länder und der

dort lebenden Menschen möglich ist? Deshalb gilt auch für unsere Länder der Anspruch Che Guevaras, daß es eine moralische Pflicht gibt, diese Verhältnisse nicht zu tolerieren und die Realität zu verändern; und zwar grundlegend und radikal zu verändern, also die Revolution zu machen. Der Ausspruch und Anspruch Che Guevaras bleibt bestehen: **Die Pflicht eines jeden Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen.**

Che Guevara blieb aber nicht bei einem abstrakten Anspruch stehen. Seltener sind die Menschen, bei denen wie bei ihm die Übereinstimmung zwischen Wort und Tat, zwischen Theorie und Praxis so hoch entwickelt war. Dieses Beispiel ist auch heute noch eine Herausforderung an jeden politisch aktiven Menschen.

Neben seiner tatsächlichen Bescheidenheit bis hin zur Selbstaufopferung ist ein weiterer Charakterzug an Che Guevara eine Herausforderung an uns: Seine Offenheit gegenüber Problemen, Schwächen und Fehlern.

Nicht rücksichtloses und verletzendes Anprangern, sondern die energische und gleichzeitig behutsame, also die Ursachen analysierende und auf Veränderung abzielende Kritik war bei ihm stets anzutreffen; egal, ob es um persönliche Fehler in einem unbedeutend erscheinenden Bereich oder bei Fehlentwicklungen beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ging.

Aus seinen Schriften und Reden wird deutlich, wie entschieden er einerseits die neue sozialistische Gesellschaft propagierte, wie er aber gleichzeitig konkret, offen und ohne Scheu Fehlentwicklungen und Probleme benannte. Die Begriffe „Glasnost“ und „Perestroika“ konnte er als Begriffe nicht kennen, aber er propagierte die Einstellung, die hinter diesen Begriffen steht, und die neuen Menschen, die gemäß dieser Einstellung leben.

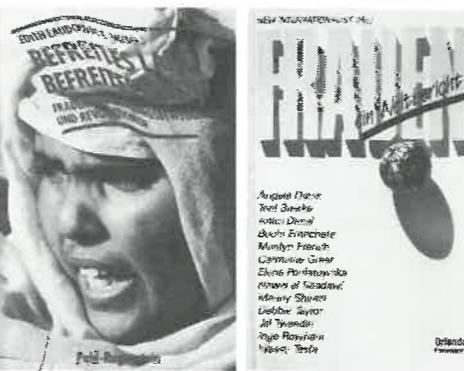
Wir benötigen eine neue Gesellschaft, zu der jeder Mensch seinen aktiven Beitrag leisten kann, soll und muß. Die neue Gesellschaft benötigt den bewußten und aktiven Menschen, der sein Schicksal selbst in die Hände nimmt, sich mit Unrecht und Mißständen nicht abfindet, sich mit ihnen auseinandersetzt und damit nicht nur einen aktiven Beitrag für die Zukunft leistet, sondern auch sein eigenes Leben, seine eigene Persönlichkeit entwickelt.

Diesem im Ansatz neuen Menschen können die Schriften Che Guevaras keine Rezepte, fertigen Modelle und Schematismen vermitteln, wohl aber Denkanstöße, Anregungen, Analysen und Darstellung von Problemlösungen. Kann deshalb nicht festgestellt werden: Che lebt?

(Quelle: Vorwärts, Zürich, 8. Oktober 1987)

Rezension

Frauen in Befreiungsprozessen



Zwei Bücher von und über Frauen sollen hier vorgestellt werden:

Edith Laudowicz (Hg.), Befreites Land – Befreies Leben? Frauen in Befreiungsbewegungen und Revolutionen, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1985, 300 S., 16,80 DM und **New Internationalist (Hg.), Frauen – ein Weltbericht. Mit Beiträgen von Angela Davis, Marilyn French, Germaine Greer, Nawal el Saadawi u.a., Orlanda Frauenverlag, Berlin-West 1986, 378 S., 36,- DM.**

Angeregt durch die Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985, die den Abschluß der ersten UNO-Dekade der Frau markierte, untersuchen beide Bände die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen in unterschiedlichen Ländern.

Der von E. Laudowicz herausgegebene Band betrachtet die Rolle von Frauen in Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, stellt sich die Frage, ob es einen „automatischen“ Zusammenhang zwischen Frauen und nationaler Befreiung gibt. Berichte über befreite Staaten wie Kuba, Vietnam und Afghanistan fragen nach, was denn die nationale Befreiung den Frauen gebracht habe. Nur ein „Negativbeispiel“ führen die Autorinnen an, den Iran, in dem nach dem Sturz des Schah ein reaktionäres theokratisches Regime die Macht eroberte.

Die Betrachtung noch um die Befreiung ringender Bewegungen wie etwa der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) macht erstmals für ein bundesdeutsches Publikum den Anteil der Frauen, die in ihren Reihen kämpfen, erfahrbar. Gleichzeitig bemühen sich diese Beiträge um die Darstellung der frauenspezifischen Forderungen, die schon in der Phase des Kampfes um nationale Befreiung gestellt werden.

Doch „nach der Befreiung müssen Frauen oft zur alten Arbeitsteilung zurückkehren, und Männer benutzen die neue Freiheit, indem sie Frauen in jenen Bereich verweisen, den sie als traditionelle nationale Kultur begreifen“ (Vorwort, S. 7).

Dieser Entwicklung vorzubauen, so das Resultat der Autorinnen, bedarf es einer eigenständigen Frauenpolitik, die entweder von selbstständigen oder in die Struktur der Befreiungsbewegung eingebundenen Frauenorganisationen geleistet werden muß. Letzteres ist etwa beim ANC der Fall.

Je stärker und engagierter die Frauen selbst sich für ihre besonderen Belange einsetzen, desto mehr werden ihre Forderungen auch nach der Befreiung in dem allgemeinen gesellschaftlichen Veränderungsprozeß Beachtung finden. Dabei müssen sich gerade die Frauen in Bereichen durchsetzen, in denen vorhandene Strukturen besonders zählebig und festgefügten sind. Die Arbeitsteilung in Familie und Gesell-

schaft, die weltweit den Frauen die Verantwortung für Hausarbeit und Kindererziehung zuschreibt, bringt auch fortschrittlichen Männern soviel Vorteile, daß sie nur ungern und oft nur unter massivem Druck von der Notwendigkeit der Veränderung zu überzeugen sind.

Die Berichte über die einzelnen Länder und ihre Bewegungen belegen, daß es keine automatische Befreiung der Frau gibt, wenn die nationale Befreiung erkämpft wurde. Doch der Kampf gegen nationale Unterdrückung, die Abschaffung kolonialer oder neokolonialer Herrschaft und der Aufbau unabhängiger Staaten in der Dritten Welt sind die notwendige Voraussetzung auch für die Veränderung der Lebensbedingungen der Frauen.

Diese Notwendigkeit veranlaßte die Frauen der Dritten Welt auf dem Weltkongress in Nairobi (1985), sich nicht abspielen zu lassen mit sog. freuenspezifischen Problemen wie Empfängnisverhütung, Vergewaltigung usw. Sie traten an mit klaren politischen Forderungen nach der Abschaffung von Rassismus und Abhängigkeit der Staaten der Dritten Welt vom kapitalistischen Weltmarkt. Und sie benannten Hochrüstung und Schuldenkrise als verantwortlich für das Leben von Millionen Frauen und ihrer Familien in Massenarmut und Unterdrückung.

Zu dieser Schlüssefolgerung kommt auch der Band „Frauen – ein Weltbericht“ in seinen abschließenden Kapiteln, die sich mit der Konferenz in Nairobi befassen. Doch hat das Buch eine andere konzeptionelle Schwerpunktsetzung.

Autorinnen aus der Dritten Welt und aus Nordamerika bzw. Europa haben Frauen aus jeweils fremden Ländern besucht, sich mit dem Alltag und der Arbeit von Frauenorganisationen in einer für sie fremden Gesellschaft vertraut gemacht.

Das Buch vermittelt Eindrücke von der weltweiten Unterdrückung der Frauen, deren Ausmaß in zahlreichen Staaten auch im finsternsten Mittelalter nicht schlimmer gewesen sein kann. Der in diesem Band mögliche Vergleich zwischen Ländern der Dritten Welt, die sich für einen fortschrittlichen Weg entschieden haben, und anderen, deren Gesellschaft vom Neokolonialismus geprägt wird, macht noch deutlicher, wie eingebunden die Befreiung von Frauen in allgemeine gesellschaftliche Prozesse ist.

Der Bericht über Indien weist eindringlich nach, daß ohne grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen die große Masse der Frauen auch von geänderten Gesetzen nur minimal profitieren kann.

Die Länderberichte werden ergänzt von einer Einführung Debbi Taylors, die sich mit der Unterdrückung von Frauen in wichtigen Lebensbereichen wie Familie, Arbeitsplatz, Ausbildung und Sexualität auseinandersetzt. Ergänzt wird dieser Versuch einer allgemeinen Einschätzung durch einen umfangreichen statistischen Anhang.

Beiden Büchern gelingt es, das Ausmaß der besonderen Unterdrückung und die Notwendigkeit ihrer Abwehr deutlich zu machen. Hoffnungsträger der Autorinnen sind Frauenorganisationen. Doch ist die Aussage der Autorinnen des prä-Bandes eindeutiger, daß der Kampf um die Rechte der Frauen zwar ein eigenständiger, aber in den allgemeinen Befreiungsprozeß eingebundener Prozeß ist.

Marianne Kolter

FORUM Wissenschaft

Das kritische Wissenschaftsmagazin

Nr. 3/1987 ist erschienen:

»neue deutsche Weltraum- dynamik...«



Aus dem Inhalt:

- J. Scheffran: Der Griff nach den Sternen
- Interview mit E. Keppler:
- Konsequenzen der bemannten Raumfahrt für die Weltraumforschung
- J. Weyer: Subventionsruinen im erdnahen Orbit
- A. Gottschalk: Cui bono? oder Der ökonomische Sinn bemannter Raumfahrt
- H. Schierholz: Die Beherrschung des Raumes
- R. Rudert: Mit dem Space-Shuttle in die Raumfahrt-Krise?
- U. Briefs: Weltraumfahrt und Arbeitsplätze
- G. Butt: ... von Wunschvorstellungen beherrscht
- U. Albrecht: Weltrauminstitut Berlin GmbH
- H. Lange: Sterntaler für die Uni Bremen
- R. Rilling: Dossier Weltraumpolitik
- R. Junker: SPD-Positionen zur Weltraumpolitik
- W.-M. Catenhusen: Unerträgliche Einengung
- U. Briefs: Die Kritik der Grünen an der westdeutschen Raumfahrt
- Memorandum: Kritik der Bonner Weltraumpolitik
- * Außerdem: AIDS (M. Dannecker, F. Rühmann)
- Antifeminismus des ökonomischen Neokonservatismus (U. Beer)
- Möllermann's Fehlanzeigen (E. Kuhlwein)
- sowie Sonja Hilzinger zu Helga Königsdorf und Gunther Otto zu Wolfgang Klapka

Forum Wissenschaft erscheint viertjährlich mit 60 – 80 Seiten und kann abonniert werden bei BdW (Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler), Postf. 543, 3550 Marburg. Jahresabonnement 20.- (Studenten/Arbeitslose 15.- DM). Probeexemplar anfordern!

Interview mit dem nicaraguanischen Karikaturisten Róger Sánchez

Der Humor ist nur ein Mittel

Róger Sánchez ist Karikaturist der „Barricada“, der Zeitung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), und leitet die Zeitschrift „La Semana Cómica“ (Die humoristische Woche). Sánchez wurde 1960 in Managua in einer Familie der Mittelschicht geboren. Während seines Ingenieurstudiums verdiente er sich bereits ab 1978 seinen Lebensunterhalt mit Karikaturen für die – damals antisomozistische – Zeitung „La Prensa“. Nach dem Sieg der Revolution zeichnete er für „Barricada“ und entschied sich 1981, dies zu seinem Beruf zu machen. Im folgenden Interview erläutert Róger Sánchez seine Entwicklung und sein Selbstverständnis als Karikaturist.

FRAGE: Welche Erinnerungen hast Du an Deine Anfangszeit bei „Barricada“?

R. SANCHEZ: Es war eine Zeit des Enthusiasmus. Und gleichzeitig war es eine schwierige Zeit, mit einer gewissen Unsicherheit, was mit den politischen Kräften der Rechten geschehen sollte. Da war auch „La Prensa“ mit ihren Attacken gegen die Sandinistische Front. Damals lebte ich in einer Art Mikrokosmos, in dem ich viele Dinge nicht voraussagen konnte. (...)

FRAGE: Warst Du Dir damals des Interesses bewußt, das Deine Zeichnungen erweckten?

R. SANCHEZ: Nun, Du weißt, daß die Leute alles für bare Münze nehmen, was in den Zeitungen steht. Und dessen war ich mir bewußt.

So dachte ich, daß meine Arbeit auch eine Möglichkeit wäre, der Revolution Ausdruck zu verleihen. Ich hatte jedoch noch keine berufliche Erfahrung und auch keine sehr umfassende Bildung.

Mit 19 Jahren war mein politisches Wissen sehr karg, obwohl ich schon einige marxistische Texte gelesen hatte. Ich war mir noch etwas unsicher, welche Art von Karikaturen ich machen sollte. Politisch war es eine Zeit des Feierns. Du wußtest nicht, wer die Feinde sind und wer nicht.

Die Rechte im Visier

Robelo (Alfonso Robelo, Mitglied der Regierungsjunta nach dem Sturz Somozas, ist heute einer der Contra-Führer; d. Red.) entschied sich erst fünf Monate nach dem Sieg. Als Robelo ging, fand ich in meiner Arbeit eine klarere Linie.

FRAGE: So eng war der Zusammenhang zwischen dem Einen und dem Anderen?

R. SANCHEZ: Ja, denn als Robelo der Revolution abtrünnig wurde, sah ich alles viel klarer, sah ich die verschiedenen Klassen, zu denen jeder Einzelne gehört.



Als Mann der Sandinistischen Front, als sandinistischer Karikaturist erkannte ich, daß es ein Gebiet, ein spezifisches Ziel gibt: die Rechte dieses Landes. (...)

FRAGE: Deine Karikaturen sind mehr als eine persönliche Ausdrucksform...

R. SANCHEZ: Das ist, was ich sagte, mit meiner Arbeit zeichne und spreche ich. Aber mein Ausdruck entsteht durch das Zusammenwirken vieler Dinge: durch die Leute, mit denen ich spreche, durch meine Lektüre, durch das Leben, das mich umgibt. Es ist nicht exakt die offizielle Meinung der FSLN, denn innerhalb der Partei gibt es verschiedene Meinungen. Es gibt ein Endziel, aber Tausende von Köpfen, die darüber nachdenken, wie man an dieses Ziel gelangt.

FRAGE: Vorhin hast Du gesagt, daß die Definierung der Rechten Dir geholfen hat, Deine Arbeit klarer auszurichten. Willst Du damit sagen, daß Du Dich der Kennzeichnung und Anklage ihrer Widersprüche gewidmet hast?

R. SANCHEZ: Die Rechte zwingt einen, ihr Antworten zu geben. Sie manipuliert ständig mit Hilfe der Kirche. Und das bringt mich dazu, ihr entgegenzutreten. „La Prensa“ kritisierte alles und in einer bösartigen Form. Und auch das ließ mich ihnen antworten. Es war eine Periode des Lernens.

Heute denken wir nicht mehr so wie damals. Ich glaube zum Beispiel, mich im Konzept geirrt zu haben. Vielleicht war meine Arbeit insgesamt ein bißchen romantisierend. (...)

FRAGE: Hast Du nicht durch die Art und Weise, wie Du Deine Arbeit einsetzt,

in gewissem Maß an Kreativität verloren?

R. SANCHEZ: Nein, denn ich trenne den Karikaturisten Róger nicht vom Revolutionär Róger.

Irgendeine Propaganda sagt, daß Du zum Funktionär wirst, wenn Du in die Partei eintrittst, aber das stimmt nicht. Im Gegenteil, sie zwingt Dich, Dein Denken um eine Entscheidungs- und Kompromißfähigkeit zu erweitern.

Man muß über die Arbeit diskutieren, ein aktiver Vorkämpfer, ein Kader sein, auf den die Front zählen kann. Viele Leute machen gar nichts, wenn sie keine genauen Instruktionen vom Chef erhalten.

FRAGE: Róger, kennzeichnete die Zunahme des Krieges einen anderen Abschnitt in Deiner Arbeit?

R. SANCHEZ: Es war notwendig, die Leute in einer organisierten Form für den Krieg zu mobilisieren. Und um die Revolution zu unterstützen, reichte es nicht, auf den Marktplatz zu gehen.

Es kommt der Moment, in dem man sein Leben geben muß. Dafür mußte man argumentieren, es nicht rechtfertigen, sondern argumentieren. Man mußte den Feind richtig bestimmen.

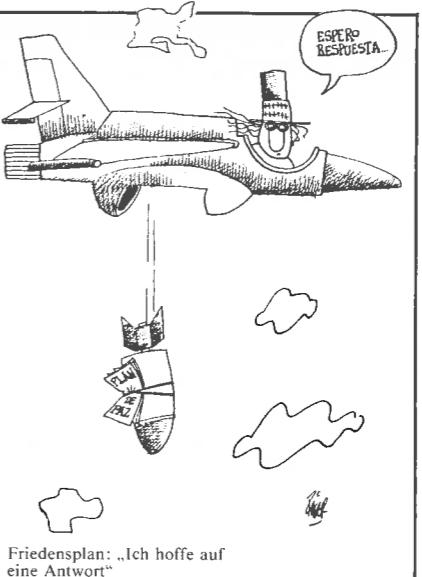
Jetzt, da die Menschen genug Mut haben und der militärische Faktor genügend gestärkt ist, können wir dazu übergehen andere Punkte, wo größere Schwächen vorhanden sind, in Angriff zu nehmen.

FRAGE: Das Leben muß weitergehen und die Revolution muß anderen Herausforderungen ins Auge sehen: dem eigenen Aufbau einer neuen Gesellschaft. Wie siehst Du die Themen des täglichen Lebens?

R. SANCHEZ: Ich glaube, daß dies heute das Problem ist.

Ich bin kein Ideologe. Ich arbeite für die Propaganda, das ist meine Kampffront. (...)

Das Sichentfernen vom Volk ist auf einen gewissen Grad an Elitismus und Übermacht zurückzuführen.



Friedensplan: „Ich hoffe auf eine Antwort“

FRAGE: Könntest Du präzisieren, was Du darunter verstehst?

R. SANCHEZ: Der Krieg läßt Dir keine Zeit, nachzudenken. Das ist das Problem, dem wir gegenüberstehen.

Wir mußten auf einer praktischen Ebene antworten und die Leute ständig mobilisieren. Das ermüdet. Teilweise war dieses

Übermaß darauf zurückzuführen, daß der Führungskader der Front, der Mann, der die Politik der Front zu leiten hatte, keine ideologische Unterstützung bekam.

Die Kaderschulen sind ein sehr langer Prozeß. Man wirft die Frage des neuen Menschen auf, aber ihn läßt man allein, ohne neue Moral.

Ich glaube, wir müssen zu einer Militanz in einem effektiveren Sinn zurückkehren. Man muß sich den Menschen nähern. Wir haben uns zu sehr distanziert. (...)

Das Sichentfernen vom Volk ist auf einen gewissen Grad an Elitismus und Übermacht zurückzuführen.

Eine militante Kritik

FRAGE: Wie berücksichtigst Du das in Deiner Arbeit?

R. SANCHEZ: Wir bringen das in „La Semana Cómica“ zur Sprache, und wir werden damit in „Barricada“ anfangen. Denn die Sandinistische Front als Partei ist sich bewußt, daß dies geschieht, daß das Phänomen sogar angewachsen ist und man es stoppen muß.

FRAGE: „La Semana Cómica“ scheint dem täglichen Leben gegenüber sehr aufgeschlossen zu sein...

R. SANCHEZ: Sieh mal, als sie mir „La Semana Cómica“ gaben, war diese tot. Das war im November 1985. Keiner wollte sie haben.

Ich nahm an, denn als Zeichner sah ich, daß es die beste Möglichkeit war, um meinen Beruf freier auszuüben: „Barri-

cada“ ist die offizielle Tageszeitung und logischerweise bedeutet das eine bestimmte Begrenzung. „La Semana Cómica“ nimmt einen unabhängigen, flexibleren Raum ein und erlaubt daher eine aggressivere, vollständigere Arbeit. Man kann eine Vielzahl von Themen mit einer größeren Ungezwungenheit anschneiden. (...)

FRAGE: Wie würdest Du die Art von Kritik, die Ihr macht, definieren?

R. SANCHEZ: Es ist eine militante Kritik, die zeigen soll, was schlecht läuft. In der Front gibt es soviele Leute, daß man nicht alles kontrollieren kann, was im Staat geschieht.

FRAGE: Man bemerkt eine starke Beschäftigung mit dem täglichen Leben...

R. SANCHEZ: Ich glaube, daß man von den Menschen nicht mehr verlangen kann als das, was sie schon gegeben haben. Es kommt ein Moment, in dem wir uns mit ihnen zusammensetzen, zusammen und uns annähern müssen. Wir sind an der Reihe, uns anzunähern. Weshalb sollten wir uns an einen Schreibtisch setzen, damit die Leute vorne vorbeigehen? Wir müssen anfangen, kleine Probleme zu lösen.

Wir erzählen ihnen nicht vom Sozialismus. Wir setzen kleinere, erreichbarere Ziele.

FRAGE: Damit kommen wir wieder auf das Thema der Ideologie...

R. SANCHEZ: Selbstverständlich. Du kannst von der Front sein und Dich nicht verändert haben.

Du kannst weiterhin selbstherrlich und ein Macho sein oder eine klassenbewußte Haltung haben. Es gibt Leute, die ihren Status und ihren Rang aufrechterhalten. Für uns ist der Humor nur ein Mittel. Dahinter muß es eine Philosophie geben. (...)

FRAGE: Der Verlag „Vanguardia“ der Sandinistischen Front hat gerade ein Buch von Dir mit dem Titel „Erotischer Humor“ publiziert. Ist das ein Beweis für die Öffnung hin zu alltäglichen, intimen Themen?

R. SANCHEZ: Der erotische Humor ist auch ein politischer, ideologischer Humor.

Wenn ich anfange erotischen Humor zu machen, dann tue ich das, um die Leute zu ärgern: Warum soviel Heuchelei, soviele Glaubensbekanntschaften...? Ist Dir klar, daß das tägliche Leben, das sexuelle Leben sich in einem Drunter und Drüber befindet?

Die sexuelle Unterdrückung ist – historisch gesehen – ein Faktor der bürgerlichen Herrschaft, der in der Revolution fortduert. Und es ist ein Faktor der religiösen Herrschaft.

Die Kirche zwingt nicht nur den Priestern die sexuelle Unterdrückung auf, sondern der ganzen Gesellschaft. Daher kam ich auf den Gedanken, daß der



erotische Humor eine Form war, der entfremdenden Religion entgegenzutreten, ohne Torheiten zu sagen. Du schaffst eine neue Vision der Leute, des Mannes, der Frau, des Humanismus.

Da kommt ein junger Bursche, liest den erotischen Humor, der ihn zum Lachen bringt, und er entdeckt, was Lüge ist, und das bringt ihn dazu, die Rolle der Kirche und deren Weltanschauung in Frage zu stellen.

FRAGE: Man kann eine Weiterentwicklung Deiner Ausdrucksform feststellen. Am Anfang hast Du mehr auf Stereotype zurückgegriffen...

R. SANCHEZ: Ich möchte, daß die Karikatur den Menschen hilft, nachzudenken, zu diskutieren. Daher gibt es Karikaturen, die scheinbar unvollendet, diffus oder unschlüssig sind.

Aber es ist so, wenn Du den Leuten sagst, „das ist weiß“, sehen sie, daß es weiß ist, und die Sache ist gestorben. In meiner Konzeption der Karikatur hat es etwas Unbekanntes, etwas Mysteriöses gegeben, aber sie hat sich auch weiterentwickelt.

Der erotische Humor ist dafür da, daß jeder Leser ihn nach seinem eigenen Guttücken interpretiert. Meine Befriedigung wurzelt in der Anzahl der Kunstgriffe, die ich beisteuern kann, in der geistreichen Lösung, die ich einem Witz geben kann.

Außerdem beinhaltet der erotische Humor eine sehr hübsche Sache: den Generationsfaktor. Er wird von den jungen Leuten anders betrachtet als von den alten. Für den jungen Menschen, der Antworten sucht, hat er einen sehr positiven Aspekt, konfliktreich, aber positiv.

FRAGE: Wieviele Leser hat „La Semana Cómica“?

R. SANCHEZ: Ich kann in Verkaufszahlen sprechen. 50.000 Exemplare wöchentlich.

Und wer liest sie? Gemäß einer Umfrage, die man an den vier wichtigsten Schulen Managuas machte, lesen von 100 Jugendlichen 77 „La Semana Cómica“. Und von den 100 kaufen 54 sie aus eigener Tasche.

Daraus sehe ich, daß die Jugend eine große Unruhe fühlt. Und was uns am meisten beschäftigt, ist, wie wir mehr zu ihrer Bildung beitragen können, wie wir die Jugendlichen dazu bringen, mehr zu lesen, z.B. Marxismus.

Wir haben Marx in „La Semana Cómica“ in einer humoristischen Weise dargestellt, und in dieser Form versuchen wir, ihn den Jugendlichen näher zu bringen, ohne Dogmatismus, ohne Orthodoxie, sondern mit Frechheit.

Wir ermuntern die Jugendlichen, Marx ernsthaft zu lesen, und mit dem Humor bauen wir ihnen eine Brücke dahin. (Quelle: pensamiento propio, Managua, Nr. 42, Mai 1987, S. 24-28)

Lesermeinungen • Standpunkte

Lapsus zu Österreich

Zunächst möchte ich Euch meine Anerkennung für die Beiträge im AIB aussprechen, sie stellen eine wertvolle Information für mich dar. Ich möchte nur auf einen Österreich betreffenden Lapsus in der Septembernummer aufmerksam machen: Dort wird „neben anderen EG-Staaten“ Österreich dafür gelobt, daß es bereit ist, die chilenischen Flüchtlinge aufzunehmen. (Kommentar von Heidi Czapek, Seite 4)

Bitte – Österreich ist kein EG-Staat, sondern blockfrei und „immerwährend neutral“. Diese Feststellung ist vor allem deshalb wichtig, weil es starke politische Kräfte gibt, die gegen die staatsvertraglichen Verpflichtungen einer EG-Mitgliedschaft anstreben – im Interesse vor allem des BRD-Großkapitals... Wolfgang Bürger, Klagenfurt/Celovec, Österreich

„Dorfschützer“ sind Kollaborateure!

Ich verstehe ja Eure kritische Haltung gegenüber der PKK, und – ob Ihr es glaubt oder nicht – auch meine Haltung ist kritisch. Das darf aber m.E. nicht dazu führen, Tatsachen zu leugnen, wie geschehen in AIB 9/87 bei den Kurzinformationen unter dem Titel „Türkei-Syrien“.

Dort schreibt Ihr bezugnehmend auf die Operationen der ARKG gegen „Dorfschützer“ und ihre Angehörigen: „Die ... PKK rechtfertigt diese Massaker als Vergeltungsaktionen gegen angeblich mit dem türkischen Staat kollaborierende Kurden.“ Hier muß unmissverständlich betont werden, daß auch von den linken Kräften, die die Art des Umgangs der PKK mit diesem Problem für tendenziell kontraproduktiv halten, nie in Frage gestellt wurde, daß es

sich bei ihnen in der Tat um Kollaborateure handelt, die bekämpft werden müssen.

Die PKK macht in den erwähnten konkreten Fällen geltend, daß sie nicht wahllos jeden „Dorfschützer“ mit seiner Familie umbringt, sondern solche Strafaktionen nur nach vorheriger Warnung gegen besonders aktive und an der Ermordung kurdischer Revolutionäre aktiv beteiligte Dorfschützer durchführt; dabei sei es leider aus militärtechnischen Gründen unvermeidbar, daß Frauen und Kinder zu den Opfern gehören.

Es ist jedenfalls interessant festzustellen, daß unter den Kurden diese Massaker keineswegs eine einheitliche Verurteilung nach sich gezogen haben, sondern oft im Gegenteil als gerechte Strafe verstanden werden. Darüber hinaus haben diese Aktionen angesichts der Unfähigkeit der türkischen Kolonialarmee, ihnen zu begegnen, offenbar auch dazu beigebracht, wenn nicht unbedingt die Liebe des Volkes zur Guerilla, so doch zumindest die Bewunderung für ihre Kraft zu erhöhen.

Es führt nichts um die Erkenntnis herum, daß die PKK mit ihrem monopolistischen Anspruch vielleicht nicht die Befreiungsbewegung ist, die man sich in aufgeklärten marxistischen Kreisen wünschen mag, daß sie aber zweifellos die einzige in Türkei-Kurdistan ist, die heute einen Massencharakter hat. In diesem Zusammenhang möchte ich einen Satz zitieren, den man immer wieder in kurdischen Kreisen hört: „In einem in Flammen stehenden Kurdistan hört man keine Stimme außer der der Peşmerga.“ In Türkei-Kurdistan ist die PKK bis heute alleine in der Arena.

Eine praktische Kritik an der PKK kann es letztlich nur durch die an der kurdischen Realität zu überprüfende Praxis ihrer kurdischen Kritiker geben. Die Schärfe ihrer Kritik steht bislang allerdings in einem umgekehrten Verhältnis zu ihrer Nähe zum Kampfplatz. Dieter Falk, Bonn

Zeitschriftenschau

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 2/1987

Thema: Weil Du arm bist, mußt Du früher sterben. Gesundheit in der Dritten Welt • Das Heft stellt weniger Altbekanntes dar, sondern lenkt den Blick auf Aspekte, die sonst weniger Raum finden: Asiatische Krankenschwestern in der BRD • Kontinuitäten der Bevölkerungspolitik vom Dritten Reich zur Dritten Welt • Psychosoziale Auswirkungen von Folter und Gewaltherrschaft • Export radioaktiv verseuchter Nahrungsmittel in die Dritte Welt

Einzelpreis 4 DM; Abo 22 DM
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Blätter des iz3W, Nr. 144/Oktobe 1987

Mittelamerika nach dem Friedensvertrag • Protest gegen Adler • Peru: Waru-Waru – angepaßte Technologie • Kambodscha im neunten Kriegsjahr • Sri Lanka: Halt der Friedensvertrag • Philippinen: Wirtschaftspolitik • Südkorea im Sommer '87

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: iz3W, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 6/September 1987

Schwerpunkt: Namibia • Repression gegen die Opposition • Terror der südafrikanischen Armee im Norden • Gewerkschaftsbewegung • „Verfassungs“-Papiere • Namibia-Politik des BMZ • Wirtschaftsbeziehungen BRD-Namibia • Außerdem: Sanktionsdiskussion: COSATU-Beschluß/Briefwechsel DGB-Südafrikanische Botschaft • Treffen weißer Liberaler mit dem ANC

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

ila-info, Nr. 108/September 1987

Schwerpunkt: Chile – 14 Jahre Staatsterrorismus, Basta! • Blum-Besuch in Chile und Strategie der CDU • Analyse der aktuellen politischen Konjunktur und Politik der Opposition • Kulturpolitik der chilenischen Linken • Außerdem: Freispruch für kubanischen Contra Orlando Bosch in Venezuela • Salvadorianische Flüchtlingscamps in Honduras • Präsidentenwechsel in Mexiko • Kurzberichte: Honduras, Nicaragua, Guatemala, Brasilien

Einzelpreis 3,50; Abo 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Mittelamerika Magazin, Nr. 63/September-Oktober 1987

Schwerpunkt: Mittelamerika-Friedensplan von Esquipulas • El Salvador: Gewerkschaften und Streikbewegung • Nicaragua: Wirtschaft im Überblick • Multinationale Unternehmen • Guatemala: Aufstandsbekämpfung mit Entlaubungsmitteln

Einzelpreis 3 DM; Abo (6 Hefte) 18 DM
Bezug: Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1

BRD-Infodienst

Das Treffen sprach sich zudem für eine verstärkte Auseinandersetzung mit den Freunden der Contras in der Bundesrepublik und für eine Unterstützung der IWF-Weltbank-Kampagne '88 aus.

zu Asylrecht

Die Gefangenenehrlsforganisation amnesty international (ai) hat beklagt, daß es für Menschen, die aus ihrer Heimat vor Verfolgung, Folter und Mord fliehen müssen, „immer schwieriger wird, Asyl zu finden“. Besonders in Westeuropa und in Nordamerika werde „das Asylrecht zunehmend restriktiver gehandhabt“. Diese Tendenz sei insbesondere auch in der Bundesrepublik zu beobachten.

Bei der Vorlage des Jahresberichts sagte die Generalsekretärin der bundesdeutschen ai-Sektion, Brigitte Erler, Ende September d.J. in Bonn, ihr sei „eine Reihe von Fällen bekannt, in denen trotz akuter Gefährdung für Leib und Leben“ das Bundesinnenministerium die Aufnahme bedrohter Menschen verweigert habe. „Die Ablehnungsgründe für Asylbewerber werden auch bei uns immer mehr ausgeweitet.“ Besonders die Westberliner Ausländerbehörden seien derzeit dabei, eine „Vorreiterrolle“ bei Abschiebungen zu übernehmen.

Termine

11.-22. November

,Lateinamerika-Tage '87“ in West-Berlin zum Thema „Bezahlt wird nicht! Verschuldung, Verelendung, Widerstand“. Berichte, Diskussionen, Ausstellungen, Konzerte, Theater, Lesungen und Filmtage (5.-12. November). Informationen bei: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61.

21. November

Entwicklungspolitisches Forum der Jungsozialisten in Mannheim. Referate und Arbeitsgruppen zur Entwicklung der Weltwirtschaft, zur Rolle der BRD in der internationale Arbeitsteilung, zu 40 Jahren bundesdeutscher Nord-Süd-Politik, zum Thema Entwicklungshilfe und zur unabhängigen Solidaritätsbewegung. Anmeldung: Juso-Bundeskretariat, Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn 1.

27.-29. November

Seminar „Zwischen Bank und Besen. Frauengleichheit, Weltwirtschaft und Verschuldung“ in 5442 Mendig. Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50.

4. Dezember 1987

Vorbereitungsseminar für den Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen im Mai 1988, der sich wie bereits der letzte BUKO mit dem Thema Weltwirtschaft und Verschuldung befassen wird. Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

11.-13. Dezember

Seminar „Rüstungsexport – Absatzmarkt: Golfkrieg“ in Bielefeld. Das Seminar befaßt sich mit den Rüstungsexporten der BRD und ihrer Verwicklung in den Golfkrieg. Anmeldung: Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Horstweg 11, 4973 Vlotho.

Surinam

Die neue Verfassung Surinams, die nach siebenjähriger Militäregierung eine Rückkehr zum Parlamentarismus festschreibt, wurde am 30. September d.J. in einem Referendum von 93,8% der abgegebenen Stimmen befürwortet. Hauptkontrahenten bei den Wahlen am 25. November d.J. werden die Nationaldemokratische Partei (NDP) des Staatspräsidenten Desi Bouterse und die Front für Demokratie und Entwicklung sein. Die Mitgliedsparteien dieser Front, die Nationale Partei Surinams (NPS; linke Mitte), die Progressive Reformistische Partei (VHP; konservativ) und die Partei für Nationale Einheit und Solidarität (KTP), alle drei mit einer ethnischen Basis, waren 1980 durch die Machtübernahme nationalistisch ausgerichteter Militärs unter der Führung Bouterse aus dem politischen Leben ausgeschaltet worden. Seit 1985 wurden sie jedoch in den Demokratisierungsprozeß und in die Regierungen einbezogen.

Der Verfassungskompromiß kam unter äußerem und innerem Druck zustande. Die eher progressive Ausrichtung der Militäregierung fand das Mißfallen der ehemaligen Kolonialmacht Niederlande sowie der USA. Als die Regierung Bouterse nach einem mißlungenen rechten Umsturzversuch im Jahr 1982 mehrere Opponenten in einer „Überreaktion“, so die Regierung selbst, hinrichtete, strich die niederländische Regierung die Entwicklungshilfe. Der Fall des Preises von Bauxit, das Surinam etwa 80% der Exporterlöse einbringt, verstärkte den wirtschaftlichen Druck auf die Regierung.

Unterstützt durch die niederländische Regierung und toleriert durch die französische Kolonialverwaltung brachten seit 1984 vom benachbarten Französisch-Guyana aus operierende bewaffnete Gruppen die Regierung Bouterse kontinuierlich und zuletzt mit wachsendem Erfolg in Bedrängnis. Ausländischer Druck veranlaßte die surinamesische Regierung bereits zu einer weniger US-kritischen Haltung und 1983, nach der Grenada-Invasion, zur Ausweisung kubanischer Berater. Zuletzt fand sie sich zu einem Kompromiß mit den „traditionellen“ Parteien bereit.

USA-Geheimdienste

In seinem Ende Oktober d.J. erschienenen Buch „*VEIL: The Secret Wars of the CIA, 1981-1987*“ (Bob Woodward, Geheimcode *VEIL*, Reagan und die geheimen Kriege der CIA, Droemer Knaur Verlag, München, 672 Seiten, 38 DM) deckt der Reporter der „Washington Post“, Bob Woodward illegale Aktivitäten des CIA im Ausland auf. Woodward hatte 1974 durch seine Enthüllungen über die Watergate-Affäre zum Sturz von Präsident Richard Nixon beigetragen.

Woodwards Buch stützt sich auf ca. 200 Gespräche mit führenden CIA-Mitarbeitern, darunter etwa 50 mit dem im Mai d.J. verstorbenen CIA-Chef William Casey. Neben der Bestätigung bereits bekannter Geheimoperatoren des CIA (z.B. Falschinformationen an den Kongress, um die Contra-Unterstützung durchzusetzen), deckt das Buch bisher unbekannte illegale Aktionen auf.

Casey soll Woodward im Krankenhaus kurz vor seinem Tod bestätigt haben, daß er von den Waffenlieferungen an den Iran und der Verwendung der Erlöse für die nicaraguanische Contra gewußt habe. Um gesetzliche Beschrän-

kungen seiner Aktivitäten zu umgehen, habe der CIA sich anderer Geheimdienste bedient. So habe der saudische Geheimdienst am 8.3.1985 im Auftrag des CIA in Beirut ein Bombenattentat gegen den Chef der libanesischen fundamentalistischen Hisbollah, Scheich Fadlallah, durchgeführt, bei dem dieser jedoch unverletzt blieb, aber 80 Menschen in Beirut ums Leben kamen. Daraufhin habe man Fadlallah mit 2 Mio bestochen um seine Organisation von Anschlägen gegen US-amerikanische Einrichtungen abzuhalten. Mit saudischen Spenden seien zudem der Tschad gegen Libyen unterstützt und die Wahlchancen der Kommunistischen Partei Italiens gemindert worden. Woodward deckt weiterhin auf, daß der ägyptische Präsident Mubarak vom CIA abgehört wurde, daß der 1982 gewählte und anschließend ermordete libanische Präsident Bashir Gemayel seit Anfang der 70er Jahre auf der Gehaltsliste des Geheimdienstes stand, daß die rechte nicaraguanische Tageszeitung „La Prensa“ CIA-Gelder erhielt und für Nicaragua ein Invasionsplan ausgearbeitet worden war.

Nach Erscheinen des Buches bemühten sich Vertreter des CIA und der Regierung die Enttäuschungen herunterzuspielen und die Glaubwürdigkeit des Autors infrage zu stellen. Verteidigungsminister Weinberger, Präsident Reagan und die Witwe Caseys zogen in Zweifel, daß Woodward noch mit dem todkranken Casey habe sprechen können, da dieser abgeschirmt und des Sprechens nicht mehr mächtig gewesen sei. Der ehemalige CIA-Chef Richard Helms erklärte, das Buch habe den US-Interessen im Ausland „schweren Schaden“ zugefügt. Um gesetzlichen Beschränkungen der Aktivitäten des CIA vorzubeugen, ließ der neue CIA-Chef William H. Webster, verlauten, unter seiner Regie würde der CIA sich absolut an die Verfassung und die Gesetze halten.

Äthiopien

Am 12. September d.J., anlässlich des 13. Jahrestages des Sturzes von Kaiser Haile Selassie, wurde in Addis Abeba die Ablösung der Militäregierung durch zivile Machtorgane vollzogen.

Nachdem im Februar 1987 per Volksabstimmung eine neue Verfassung angenommen worden war (siehe AIB 4/1987, S. 41/42), beschloß am 3. September d.J. der Provisorische Militärrat DERG seine Auflösung. Vom 9.-11. September trat sodann die Nationalversammlung (Shengo), deren 835 Mitglieder im Juni d.J. gewählt worden waren, zu ihrer Gründungssitzung zusammen. Sie wählte die neuen Regierungsorgane Äthiopiens, den Präsidenten, seinen Stellvertreter, den Staats- und Ministerrat sowie die obersten Richter. Revolutionsführer Mengistu Haile Mariam (47 J.) fungiert nunmehr als Präsident und Vorsitzender des Staatsrates.

Die am 12. September in Kraft gesetzte Verfassung der „Demokratischen Volksrepublik Äthiopien“ bestimmt die Shengo zum obersten Machtorgan. Sie definiert die Arbeitgeberpartei Äthiopiens, deren Generalsekretär Mengistu ist, als „führende Kraft“ in Staat und Gesellschaft und „orientiert auf eine weitere Beschleunigung bei der Grundlegung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung“. Zur ernstesten Herausforderung der frisch gewählten Staatsorgane droht eine heraufziehende neue Hungerkrise zu werden. Eine

Dürre in den Regenmonaten Juni/Juli d.J. in 14 von Äthiopiens 22 Provinzen bewirkte riesige Ernteausfälle bei den Grundnahrungsmitteln Mais, Sorghum, Gerste und Weizen. Die äthiopische Hilfs- und Rehabilitierungskommission (RRC) und die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen schlugen im August/September d.J. Hungeralarm, um einer Wiederholung der Hungerkatastrophe von 1984/85 zuvorzukommen. Um ein Massensterben abzuwenden, so appellierte FAO-Direktor Edouard Saouma an die Weltöffentlichkeit, müßten für das Jahr 1988 mindestens 950.000 t Getreide als Sonderhilfe aufgebracht werden. Die bereits zur Jahreswende 1987/88 vor Ort benötigten 200.000 t sollen durch die unverzügliche Verschiffung seitens der EG und der USA sichergestellt werden. Zur Überbrückung will die äthiopische Regierung 92.000 t ihrer strategischen Vorräte und 100.000 t bereits eingetroffener Getreideimporte zur Verteilung in die betroffenen Regionen bringen.

Angola

Um eine erfolgreiche Offensive der angolanischen Streitkräfte gegen die Banden der Nationalen Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) im Süden des Landes zu stoppen, haben Ende September/Anfang Oktober d.J. südafrikanische Truppen verstärkt in die Kämpfe eingegriffen. Nach angolanischen Angaben griffen vier südafrikanische Bataillone mit Luftunterstützung angolanische Truppen entlang des Flusses Lomba an. Drei weitere Bataillone würden sich auf den Einmarsch vorbereiten. Bereits in den vorausgegangenen Wochen hatten südafrikanische Kampfflugzeuge Angriffe gegen angolanische Stellungen in der Südostprovinz Cuanza-Cubango geflogen. 10 Maschinen waren abgeschossen worden.

Contra-Führer Savimbi erklärte, bei der angolanischen Offensive handle es sich um die bisher größte Schlacht, die gegen seine Organisation geführt worden sei. „Wenn die UNITA besiegt wird“, so Savimbi am 2. Oktober d.J., „werden die Sowjetunion und die kubanischen Streitkräfte sich gegen Namibia wenden.“

Mit einer ähnlichen Begründung gab der südafrikanische Verteidigungsminister tags darauf erstmals zu, daß südafrikanische Truppen sich in Angola befinden. Sein Land müsse sich „bei niemandem entschuldigen, daß es die UNITA moralisch, materiell und humanitär“ unterstütze. Im Interesse seines Landes sei es erforderlich, dem sowjetischen Expansionismus in der Region mit einer begrenzten militärischen Präsenz Einhalt zu gebieten.

Südafrika

Nach einem fast zweimonatigen schweren Arbeitskampf beugte sich Mercedes-Benz of South Africa (MBSA) am 1. Oktober d.J. den Forderungen der Nationalen Gewerkschaft der Metallarbeiter Südafrikas (NUMSA). Die Firma stimmte einer Erhöhung des Mindestlohns auf 4,50 Rand pro Stunde, wie ihn NUMSA nach einer Reduzierung ihrer Forderung von 5 auf 4,50 Rand zuletzt gefordert hatte, mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 1988 zu. Danach steigt der Mindestlohn für weitere sechs Monate auf 4,86 Rand die Stunde. In diesen Löhnen ist der Ausgleich für Arbeitszeitverkürzungen enthalten. Die Firmenleitung sagte außerdem die Wiedereinstellung der

im Laufe des Arbeitskampfes entlassenen Belegschaft zu, was ein ganz entscheidender Sieg der Gewerkschaft ist. Die Arbeiter weigerten sich jedoch am 5. Oktober die Arbeit wieder aufzunehmen, da viele in eine niedrigere Lohngruppe herabgestuft werden sollten.

Am 9. September hatte MBSA, um einen seit dem 4. August im Rahmen der Kampagne des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU für einen „Lohn zum Leben“ andauernden Streik zu brechen, 2.800 Arbeiter entlassen und sich auch im benachbarten Bantustan Ciskei um die Anwerbung von Streikbrechern bemüht. Die harte Gangart des Konzerns scheiterte, wie ein NUMSA-Sprecher sagte, an der Einheit der Arbeiter und der Unterstützung der bundesdeutschen Belegschaften von Mercedes und VW. Die IG Metall hatte zugunsten der NUMSA interveniert und nicht zuletzt durch ihre Öffentlichkeitsarbeit zu ihrem Erfolg beigetragen.

Argentinien

In der Nacht vom 28./29. September d.J. gelang dem Stabschef des Heeres, General Cardi, eine mehrstündige Meuterei in der Kaserne von La Tablada, nahe der Hauptstadt Buenos Aires, unblutig zu beenden. Etwa 150 Offiziere des 3. Infanterie-Regiments hatten gegen die vorzeitige Versetzung ihres Kommandeurs General Darío Fernández Maguer protestiert. Maguer war an der von Oberstleutnant Aldo Rico im April d.J. angeführten Militärrevolte in der Kaserne von Campo de Mayo beteiligt gewesen (siehe AIB 6/1987). Er sollte jetzt Ende Dezember 1987, ein Jahr früher als geplant, von seinem Posten abgelöst werden. General Rico selbst befindet sich unter Anklage der Rebellion in Haft. Zwei Tage vor Ausbruch der Meuterei in La Tablada erfolgte die Ablehnung eines Gesuchs, ihn gegen Kaustration auf freien Fuß zu setzen.

Verteidigungsminister Horacio Jaunarena gab in einem Kommuniqué bekannt, daß der Chef und drei Offiziere des 3. Regiments wegen fehlenden Gehorsams jetzt abgelöst worden seien. Über mögliche Zugeständnisse an die Aufständischen ließ er nichts verlauten.

Im Frühjahr 1987 war Präsident Alfonsín auf die Forderungen der Rebellen eingegangen und hatte ein Amnestiegesezt erlassen, das rangniederen Offizieren für während der Militärdiktatur begangene Verbrechen Straffreiheit gewährte (siehe AIB 7-8/1987). Demnach müssen sich nur noch ca. 50 Generäle vor Gericht verantworten. Einige dieser Prozesse sollen im Oktober d.J. eröffnet werden.

Persischer Golf

Mit der Beschießung und Kaperung eines iranischen Minenlegers am 21. September d.J. und der Versenkung von drei iranischen Schnellbooten am 8. Oktober durch US-amerikanische Einheiten haben sich die Spannungen im Persischen Golf weiter verschärft.

Der Iran bestreitet die Darstellung der USA, das iranische Schiff habe Minen gelegt und die Schnellboote hätten zuvor einen US-amerikanischen Hubschrauber beschossen. Ein irantisches Schnellboot hätte erst nach dem Angriff der USA einen Hubschrauber abgeschossen, was jedoch wiederum von Washington deminiert wurde.

Unterdessen gingen die Angriffe Irans und Iraks auf Handelsschiffe und Wirtschaftsziele weiter. Am 6. Oktober schlugen zwei iranische

Militärdiktatur“ auf den Fidschis nicht anerkennt werden. Sollte Rabuka seine Politik weiterverfolgen, werde Neuseeland seine Militärhilfe einstellen und Wirtschaftssanktionen verhängen.

Demgegenüber bekundete Australiens Premierminister Robert Hawke in einer Erklärung vor dem Parlament in Canberra Verständnis für die Putschisten. Seiner Meinung nach sei eine Änderung der Verfassung Fidschis erforderlich, damit die einheimischen Melanesier gegenüber den zugewanderten Indern „nicht zu einer Minderheit im eigenen Land herabsinken“.

Sri Lanka

Indischen Truppen, die in der Ost- und Nordprovinz Sri Lankas ein Abkommen zwischen Sri Lanka und Indien über die Beilegung des Bürgerkriegs überwachen sollen (siehe AIB 8/1987) nahmen am 9. Oktober d.J. über 200 Kämpfer der größten tamilischen Guerillaorganisation, der Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE), darunter ihren Führer Prabhakaran, fest. Der Anlaß waren Überfälle der LTTE in der Ostprovinz, denen seit dem 6. Oktober über 200 Menschen, meist singhalesische Zivilisten, zum Opfer gefallen waren.

Die LTTE hatten vorher die Freilassung von 17 ihrer Kämpfer gefordert, die sich in Händen der srilankischen Sicherheitskräfte befanden. Als sie von Jaffna in die Hauptstadt Colombo gebracht werden sollten, um sich vor Gericht wegen der Ermordung von 100 Zivilisten im April d.J. und der Ermordung von Kämpfern anderer tamilischer Organisationen im September (siehe AIB 9/1987) zu verantworten, starben 12 von ihnen bei einem Selbstmordversuch.

Anfang Oktober d.J. war es noch in der Nordprovinz zu einer Einigung über die Bildung einer Übergangsregierung gekommen, die bis zu den Regionalwahlen im Dezember d.J. amtierten soll. Danach erhalten die LTTE 7 von 12 Sitzen. Zwei erhalten die Singhalesen, je einer die Revolutionäre Studentenorganisation von Eelam (EROS), die gemäßigten Vereinigten Tamilischen Befreiungsfront (TULF) und die Moslems.

Die LTTE hatten sich erst nach massivem indischem Druck auf die Abmachung eingelassen, nachdem es noch Ende September d.J. nach dem Hungertod eines Angehörigen der LTTE zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Tamilen und Singhalesen in Jaffna gekommen war. Kritik übten die LTTE vor allem an der noch nicht abgeschlossenen Freilassung aller politischen Gefangenen und der Nichtauflösung der Polizeicamps in der Nord- und Ostprovinz.



G 7426 E

Postvertriebsstück

Zeitungsgebühr bezahlt

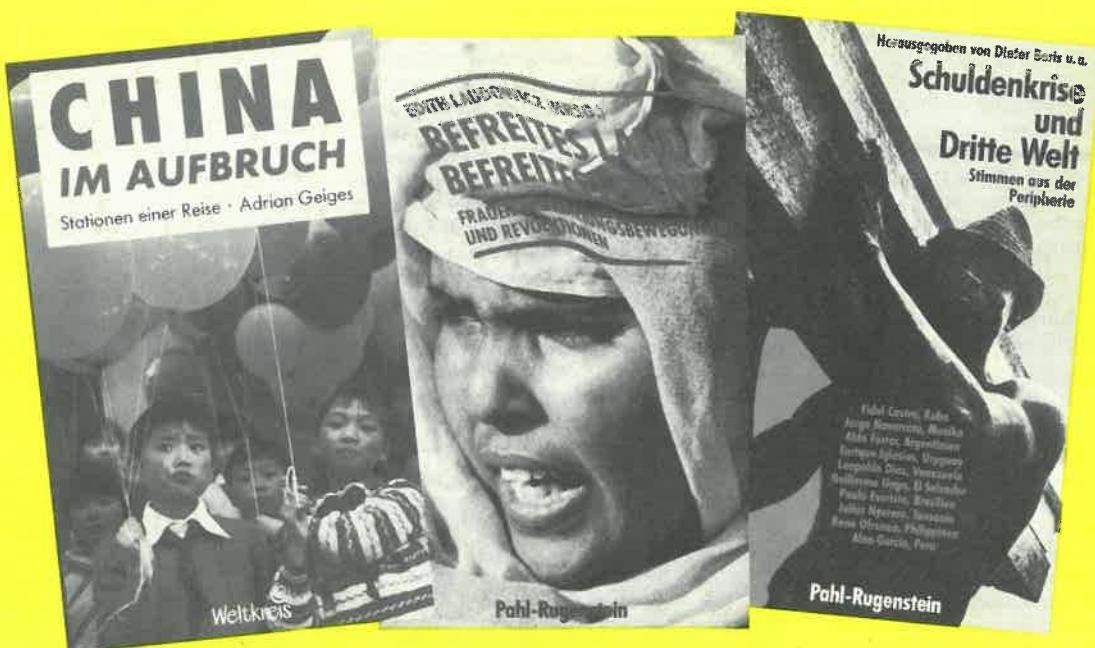
Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51



Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Adrian Geiges
China im Aufbruch
Stationen einer Reise · Weltkreis
272 Seiten, 14,80 DM

Edith Laudowicz (Hrsg.)
Befreites Land - Befreites Leben?
Frauen in Befreiungsbewegungen und Revolutionen
Pahl-Rugenstein
304 Seiten, 16,80 DM

Dieter Boris u. a. (Hrsg.)
Schuldenkrise und Dritte Welt
Stimmen aus der Peripherie
Pahl-Rugenstein
240 Seiten, 14,80 DM